

234

XXVII

234



234

XXVII

234



234

bs. Reich

gegen
Einschränkungen

1925-1931

I/D
Justizrat W. C.
u. Dr. J. H.
Frankfurt

Vorb.

Deut.

Vinc.

Lebn.

Her
P
to

I/D

Justizrat W. Gebhardt, Notar
u. Dr. J. H. Gebhardt
Rechtsanwälte
Frankfurt a/Oder
Praxis: Markt 10

Frankfurt a/O, den 12. Juni 1925

Vorbereitender Schriftsatz

in Sachen

Deutsches Reich & Preuss. Staat

gegen

Termia am 7. Juli 1925

Fischerinnungen der Gubener und

Lehnauer Vorstadt hier

S.O. 240.23.

Zunächst wird darauf aufmerksam gemacht, daß es ausgeschlossen ist, daß das Deutsche Reich und der Preussische Staat nebeneinander als Kläger auftreten können.

Der Staatsvertrag betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich bzw. das neue Reichsgesetz vom 29. Juli 1921 (RGBl. S. 961) sind ebenso gemeint und anzulegen wie der Staatsvertrag vom 31. März 1920 und das entsprechende Reichsgesetz vom 30. April 1920 (RGBl. S. 773) über den Übergang der Staatseisenbahn. Danach ist durch diese Staatsverträge bzw. durch diese Gesetze eine sogenannte Universalaccession herbeigeführt, so daß soweit der betreffende Gegenstand auf das Reich übergegangen ist, überall das Reich nur und soweit ein Übergang nicht erfolgt ist, noch das betreffende Land Rechteinhaber geblieben ist. Beide nebeneinander kommen aber nicht in Frage.

erner sei darauf aufmerksam gemacht, daß eine der Voraussetzungen der Klage offenbar

die

Herrn

Herrmeister
Schulze

hier
to Kenntnis
and

die bisher allgemein herrschende Ansicht zu sein scheint, daß mit der Einführung des BGB. die sogenannte Breitsung aufgehört habe eine Quelle von erwerbenden Rechten in Wassergrundstücken zu sein.

Jetzt hat das RG. in überzeugender Weise ausgeführt, daß diese Meinung falsch ist und daß auch nach Einführung des BGB. soweit Wassergrundstücke als dienende Grundstücke in Frage kommen, die Breitsung ganz abgesehen vom § 8 des neuen Fischereigesetzes als rechterswerbender Titel in Kraft geblieben ist.

Auf weitere Einzelheiten wird eingegangen werden, nachdem zunächst von diesen allgemeinen Gesichtspunkten aus eine weitere Stellungnahme seitens der Kläger erfolgt sein wird.

Hankman Die Rechtsanwalte
Justizrat Gebhardt & Dr. J. H. Gebhardt
durch: ges: Gebhardt
Justizrat

I/D

Justizrat W. Gebhardt, Vize
Dr. J. H. Gebhardt

Rechtsanwalt
Frankfurt a/Oder
Regierungsstr. 4a

Vorbereitender Schriftsatz

in Sachen

Deutsches Reich

Termin am 16. März 1926

I/D

Frankfurt a/O, den 21. Juli 1925

Herrn

Obermeister Hermann Schulze

hier

Fischerstr. 62

In Sachen Deutsches Reichs gegen Fischerinsungen
bedürfen wir, um die beiden Zeugen Hauswart Ferdinand
Wittstock hier, Gr. Müllroserstr. 81 und den Fischer-
meister Adolf Schwartze hier, Fischerstr. 81 im
"egeder Beweissicherung zu vernehmen, der Geburts-
scheine derselben, um daraus nachzuweisen, daß die
Leute so alt sind, daß man mit ihrem Absterben rech-
nen muss, oder einer Bescheinigung, daß sie so wenig
gesund sind, daß man damit rechnen muss.

Hochachtungsvoll ergebenst

Justizrat

erischen Schrift

a/O hat die
nicht so falsch
met, als er das
abgab.

t sich das
ufschrift :
fugten

zelnen Piesen
it erkennen.
Sgabe vom 6.

in Stettin
r in Händen
h diejenigen
und linken
den Fischen
gibt usw.

gabe vom 15.

an Fischer-

sünfte sich darüber beschweren, daß in der
Oder und des ihres Fischereirecht unterliegen-
den Gewässern unerlaubte Fischereigeräte ange-
wendet werden.

Darauf

Obermeister
Schulze
zur Kenntnis
brenannt

die bisher allgemein herrschende Ansicht zu sein scheint, daß mit der Einführung des BGB. die sogenannte Breitsung aufgehört habe eine Quelle von erwerbenden Rechten in Wassergrundstücken zu sein.

Jetzt hat das RG. in überzeugender Weise ausgeführt, daß diese Meinung falsch ist und daß auch nach Einführung des BGB. soweit Wassergrundstücke als dienende Grundstücke in Frage kommen, die Breitsung ganz abgesehen von § 8 des neu geblieben ist.

Auf weitere Sitzungen allgemein
tens der Klagen

I/D

An

das Mag

Ober
Sch
tu

I/D

Seckrat W. Gebhardt, Notar Frankfurt a/O, den 3. März 1926

Dr. J. H. Gebhardt

Rechtsanwalt
Frankfurt a/Oder
Regierungsstr. 4a

Vorbereitender Schriftsatz

in Sachen

Termin am 16. März 1926

Deutsches Reich

I/D

Frankfurt a/O, den 27. Februar 1926

An

das Magistratsarchiv

hier

In einer rosewache gegen die hiesigen
Fischerinnungen - 3.O.240.25. - nächster
Termin am 16. März 1926 hora 9
kommt es auf folgendes an :

I.

Gibt es Akten aus denen ersichtlich ist,
daß die hiesigen Fischerinnungen die
durch die sogenannten Privilegien ihre
alten Zunftartikel bestätigt erhalten hat
ten, in späterer Zeit, namentlich Anfang
des 19. Jahrhunderts nochmals, also
um 1800 herum, nochmals eine besondere Be-
stätigung oder Neufassung des Innungs-
statuts erhalten haben ?

II.

künfte sich darüber beschweren, daß in der
Oder und den ihrem Fischereirecht unterliegen-
den Gewässern unerlaubte Fischereigeräte ange-
wendet werden.

Darauf

gnariachen Schrift

a/O hat die

al nicht so falsch

Amst, als er das

5 abgab.

st sich das

aufschrift :

efugten

I

zelnem Piesen

it erkennen.

Eingabe vom 6.

:

in Stettin

r in Händen

a diejenigen

und linken

den Fischen

gibt usw.

gabe vom 15.

an Fischer-

Obermeister
Schulze
zur Kenntnis
betrachtet

die bisher allgemein herrschende Ansicht zu sein scheint, daß mit der Einführung des BGB. die sogenannte Breitsang aufgehört habe eine Quelle von erwerbenden Rechten in Wassergrundstücken zu sein.

Jetzt hat das RG. in überzeugender Weise ausgeführt, daß diese Meinung falsch ist und daß auch nach Einführung des BGB. soweit Wassergrundstücke als dienende Grundstücke in einem Grundstück die Breitsang ohne Absehen von § 8 des neu-

geblieben ist.
Auf weitere Ein-
diesen allgemei-
tens der Klüger

II.
Gibt es noch im Archiv oder sonst wo diejenigen Akten, die in der anliegenden Urkunde vom 30.12.1821 unterschrieben: Borsche, Stadtrat und Assessor der 18blischen Fischerinnung erwähnt sind?

III.
Oder gibt es hier noch andere Akten die von Bedeutung sind über die Gewässer, auf die sich die sogenannten Fischereirechte der hiesigen Fischerinnungen beziehen?

IV.
Wurde die Archivverwaltung bereit sein, dieses Schreiben dort zu behalten und über obige Punkte zu Händen der Rechtsanwälte Gebhardt hier besondere Auskunft zu erteilen.

Für die Gebühren und Kosten würden die Fischerinnungen gern einstehen.

Die Rechtsanwälte
Justizrat Gebhardt & Dr. J. H. Gebhardt
durch:

Justizrat

Her
Ober
Sch
tu

I/D

Rechtsrat W. Gebhardt, Advokat Frankfurt a/O, deb 3. März 1926

Dr. J. H. Gebhardt

Rechtsanwalt
Frankfurt a/Oder
Regierungsstr. 4a

Vorbereitender Schriftsatz

in Sachen

Termin am 16. März 1926

Deutsches Reich ./.. Fischerinnungen

3.O.240.25.

wird auf den letzten gegnerischen Schriftsatz erwidert :

I.

Der Reg.Präsident in Frankfurt a/O hat die Sach- und Rechtslage doch wohl nicht so falsch beurteilt, wie die Klägerin annimmt, als er das Ankunfts schreiben vom 2.9.1896 abgab.

In der Lade der Fischerzunft hat sich das anliegende Aktenstück mit der Aufschrift :

Acta zum Strohgarb des unbefugten Fischfanges usw. Lit.C.No I

befunden.

Das ganze Aktenstück und die einzelnen Piesen darin lassen deutlich die Echtheit erkennen. Auf Seite 19 befindet sich eine Eingabe vom 6. Dezember 1819. Der Eingang lautet :

Der Oderstrom von hieraus bis Stettin gehört zum Fischen laut mehr in Händen habenden Dokumenten uns, auch diejenigen kleinen Gewässer am rechten und linken Oderafer woselbst die Natur den Fischen eine stille Wasserfläche dargibt usw.

Auf Seite 2 befindet sich die Eingabe vom 15. März 1820 inhalts deren die hiesigen Fischer-
künfte sich darüber beschwerten, daß in der Oder und den ihrem Fischereirecht unterliegenden Gewässern unerlaubte Fischereigeräte angewendet werden.

Darauf

Herrn
Obermeister
Schulze
zur Kenntnis
betroffen

Darauf erklären sich auf Seite 5 ff die zur Rechenschaft her angesetzten Vertreter der Gemeinden Radahn, Niedersaathen, Peetsig, Berlinchen dahin, daß sie nicht etwa das Fischereirecht der Innungen in Frankfurt a/O bestreiten, sondern vielmehr dieses Recht deutlich anerkennen und nur behaupten, daß sie die verbotenen Fischereigeräte nicht angewendet hätten bzw. daß sie dieselben aus Not hätten anwenden müssen.

Charakteristisch ist dabei, daß was Blatt 6 der Akten zu lesen ist:

So wie wir auch dieselbe in einen Oderarm die Militse genannt, welcher bei Peetsig anfängt und bei Hipperweise mit dem wirklichen Strom wieder zusammenfließt usw.

Man sieht also daraus ganz deutlich, daß schon seit mehr als 100 Jahren die Sache so gehandhabt worden ist, daß die Fischerinnungen nicht etwa bloss in einer bestimmten Schifffahrtsrinne, sondern im ganzen System der Oder frei, offen und ungestört und als ihr gutes verbrieftes Recht die Fischerei ausgeübt haben.

Wir nehmen ferner Bezug auf die Akten betreffend Beweissicherung 7.H.34.14. - des Amtsgerichts hier.

Dort ist ein Zeuge vernommen worden, und zwar aus ewigen Gedächtnis, der bestätigt hat, daß er aus eigener Wahrnehmung mitangesehen und mitgewirkt hat, wie unterhalb von Schwedt a.B. in den sogenannten Kuhlbergen, und an einer anderen Gewässerstrecke, die zu den sogenannten Altarmen der Oder gehörte, gefischt worden ist.

Die Wahrnehmungen dieses Zeugen reichen bis 1881 zurück.

Ferner ist diesselbe Zeugenbeweis angetreten, daß in gleicher Weise bis in die neueste Zeit in denjenigen Gewässerstrecken, die jetzt verboten werden sollen, die Fischerei ausgeübt worden ist.

II.

Es ist wiederholt aufmerksam gemacht worden, daß in den sogenannten Privilegien (richtig Zanftartikel und Zanftrechtbestätigungen) auf Erbsitzung als Quelle des Rechtes Bezug genommen ist. Die dauernde Übung ist aber auch die wichtigste Quelle für Auslegung der Privilegien. Daß die Erbsitzung bis zum Inkrafttreten des neuen Wassergesetzes, und zwar nach den diesbezüglichen Bestimmungen des Landrechtes trotz BGB. wirksam geblieben ist, hat das R.G. in Bd. III S. 96 entschieden.

Ebenso

Kbenso hat das R.G. in einer neueren Entscheidung abgedruckt in Seuf-
ferts Archiv Bd. 79 S. 305 das in Bezug auf das sogenannte Privileg der
Fischerinnung in Stettin eine sehr interessante Entscheidung abgegeben.
Diese Entscheidung stellt eine Ergänzung dar der Entscheidung des Ober-
tribunals vom 3. Mai 1865 .

Von dieser letzteren Entscheidung wird eine unbeglaubigte auszugsweise
/ Abschrift überreicht.

In dieser letzteren Entscheidung hatte das Obertribunal ausgeführt, daß
wenn einer Fischerinnung ein Privileg erteilt ist, das sich auf eine
größere Strecke eines Gewässers bezieht, daß dann die Ausübung der Fi-
scherei auch nur auf einen Teil der Strecke das Fischereirecht auf
der ganzen Strecke erhält.

In dem letzteren Entscheidungs-falle hat das R.G. entschieden, daß wenn
wie in dem damals und auch jetzt wieder vorliegenden Falle einer Zunft
ein Fischereirecht erteilt ist, jedes einzelne Zunftmitglied dieses
Fischereirecht für die ganze Zunft erhält.

III.

Im übrigen ergibt doch gerade was das Privileg selbst an Beschränkungen
ausdrückt, daß davon keine Rede sein kann, daß das Fischereirecht nur
auf die Schiffahrterinnung beschränkt sein solle. Denn beschränkt ist
nur das Fischereirecht in der Weise, daß in Ausgängen und Laken d.h.
in Orten die außerhalb der regulären Ufer liegen die Fischerei nicht
stattfinden dürfe. Daraus folgt, daß in allen aus System der Oder gehö-
rigen Nebenarmen und Altarmen das Fischereirecht auch Platz greifen
sollte, solange sie sogenannte Fischereigewässer darstellen.

Die Rechtsanwälte

Justizrat Gebhardt & Dr. J. H. Gebhardt

durch: ges: Gebhardt

Justizrat

Justizrat W. Gebhardt. Notar

Pfischel
Rechtsanwalt u. Notar
Frankfurt a. Oder
Bühnenplatz 2
Telefon 111

Abschrift!

Frankfurt a/Oder, den 19. April 1926 .

6

An das
Landgericht
hier

Justizrat W. Gebhardt, Notar
u. Dr. P. H. Gebhardt

Frankfurt a/Oder, den 4. März 1926
Regierungsstr. 4a

7. April 1926.

5

Herrn

Obermeister Hermann Schulze

hier

In Sachen Deutsches Reich gegen Fischerinnungen
haben wir alle Akten aus der Lade durchgesehen.
Durch 2 Akten haben wir zurückbehalten, weil wir
dieselben benutzen können. Alle übrigen Akten haben
wir zusammengebunden und bitten wir, dieselben schleu-
nigst hier wieder abzuholen.

Hochachtungsvoll ergebenst

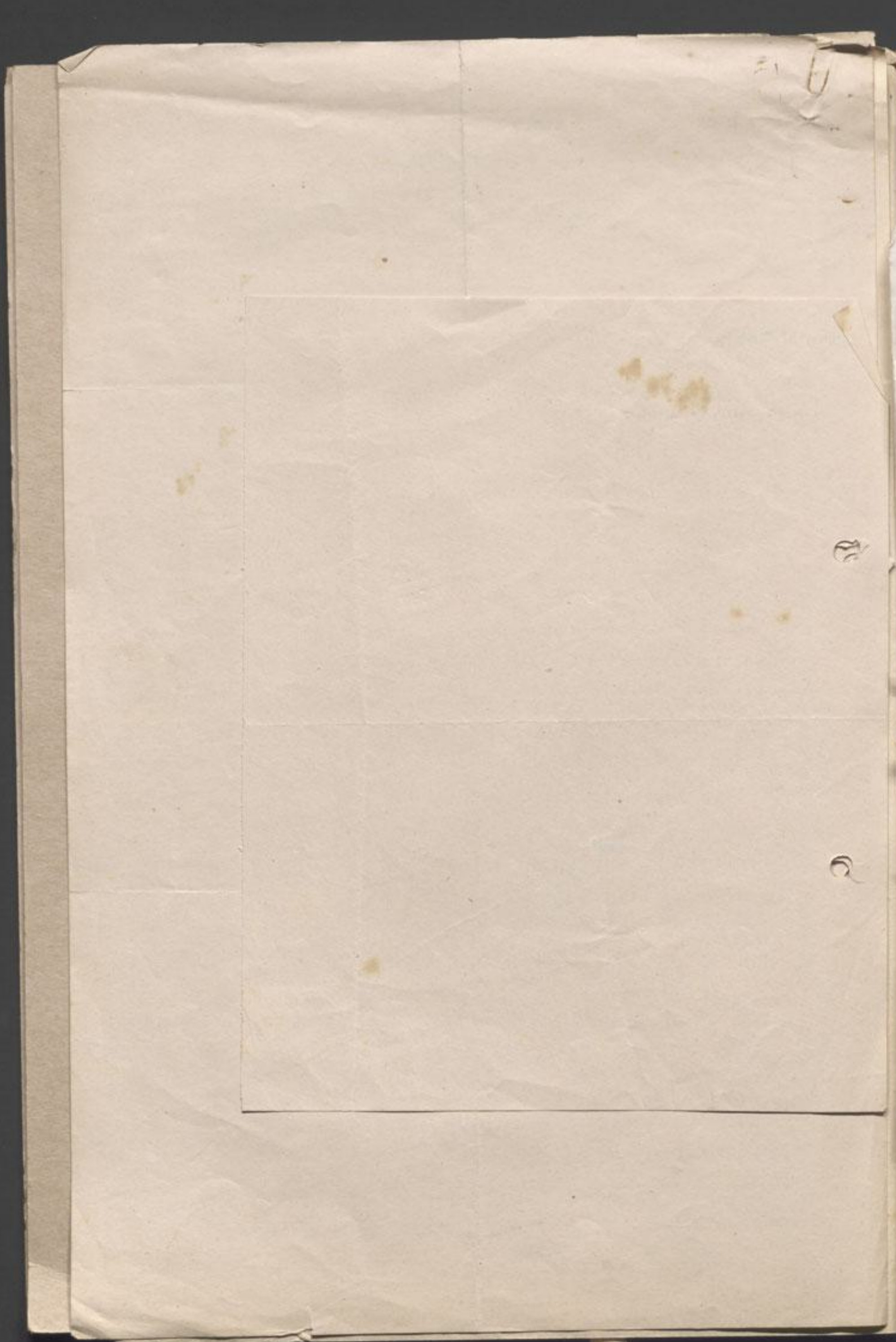
Justizrat

eklagten vom

r Lade der
,kann für die-
men, als nicht
serdem betrifft
in Raduhn usw.
genden Falle
freien Oderstrom.
den Fischern
tet, dass das
then abwärts,
loschen ist
cht als "freier"
en, die im ein-
geographisch
es Erachtens
ags ein Fische-
usw. nicht in

Frage, selbst also auch dann nicht, wenn s.B. die Verjährung
nicht durchgreifen sollte, für die Strecke von Nieder-
saathen abwärts. Der Vollständigkeit halber wird noch-

mal



Justizrat Dr. Püschel
Rechtsanwalt i. R. Notar
Frankfurt a. Oder
Wührensplatz 2
Telefon Nr. 118

Abschrift!

Frankfurt a/Oder, den 19. April 1926 .

6

An das
Landgericht
hier .

Termin am 27. April 1926.

In Sachen
Fiskus gegen Fischerinnung
3. O. 240/25

Auf den Schriftsatz des Beklagten vom
3. März wird folgendes erwidert :

I. Was in einem, sich in der Lade der
Fischerzunft befindlichen Aktenstück steht, kann für die-
sen Prozess so lange nicht in Betracht kommen, als nicht
die Echtheit dieser Urkunde feststeht. Ausserdem betrifft
die dort angeführte Erklärung der Gemeinden Raduhn usw.
garnicht Wasserstrecken, welche im vorliegenden Falle
streitig sind. Denn die Fischerei auf dem freien Oderstrom
d. i. die Ostoder bis Niedersaathen wird ja den Fischern
nicht bestritten. Es wird lediglich behauptet, dass das
Fischerrecht auf der Ostoder von Niedersaathen abwärts,
also von km 687,750 ab durch Verjährung erloschen ist
und dass die Westoder von km 20,500 ab, nicht als "freier"
Oderstrom anzusehen ist. Auf diesen Bezirken, die im ein-
zelnen im Schriftsatz vom 29. Oktober 1925 geographisch
genau bezeichnet sind, kommt dann auch meines Erachtens
infolge der klaren Bestimmungen des Privilegs ein Fische-
reirecht der Beklagten auf den Seitenarmen usw. nicht in
Frage, selbst also auch dann nicht, wenn z. B. die Verjährung
nicht durchgreifen sollte, für die Strecke von Nieder-
saathen abwärts. Der Vollständigkeit halber wird noch-

mals

malis darauf hingewiesen, dass im Gemeindebezirk Nipperwiese, also von km 695,0-699,5 die Fischerei dem Fiskus nicht zusteht. Diese Strecke bildet also nicht Gegenstand des Prozesses.

Im Ubrigen ist es auffallend, dass die Beklagten sich erst jetzt auf die angebliche Auskunft des Regierungspräsidenten in Frankfurt a.O. zum Beweis ihres Rechts berufen, während sie bisher davon nichts erwähnt, sondern nur sich auf das Privileg gestützt haben. Für den Fiskus ist jedenfalls nur das Privileg massgebend und lediglich dessen Auslegung wird mit vorliegendem Rechtsstreit bezweckt.

II. Es trifft zu, dass nach R.G. 111,96 die Ersitzung auf wasserrechtlichem Gebiet bis zum 1. Mai 1914, dem Inkrafttreten des W.G. zulässig ist. Dagegen ist damit nicht gesagt, dass Ersitzung neben einem Privileg als rechtsbegründende Quelle in Frage kommen kann. Das eine muss doch folgerichtig das andere ausschliessen, da ein Recht, welches durch Privileg zusteht, nicht erst ersessen zu werden braucht, und andererseits der klare Wortlaut eines Privilegs die bona fides des angeblich Ersitzenden für die im Privileg ausgenommenen Wasserstrecken ausschliessen muss. Wenn also das Privileg bestimmt, dass nur der "freie" Oderstrom befischt werden dürfe, dann ist damit gesagt, dass der Staat auf den Seitenarmen usw. sein Regal keiner Beschränkung unterwerfen wolle. Dann kann weiterhin aber diese Absicht nicht durch die Möglichkeit einer Ersitzung illusorisch gemacht werden. Wenn also die Beklagten etwas behaupten wollen, dass sie das Recht zur Befischung der Seitenarme ersessen hätten, so muss dies auch aus dem Grunde bestritten werden, weil sie bisher den Beweis für das Vorliegen der Voraussetzungen ihrer Ersitzung nicht erbracht haben.

III.

1826

7

III. Was die Beklagten hier ausführen, ist ja gerade streitig. Wenn das Privileg davon spricht, dass die Fischerei sich auf den "freien" Oderstrom beschränkt und Ausgänge und Laken ausgenommen sein sollen, so kann doch daraus keineswegs gefolgert werden, dass damit alle Nebenarme usw. dem Privileg unterworfen sein sollten. Wo sollte dann da überhaupt die Grenze gezogen werden? Es muss jedenfalls bestritten werden, dass nach dem Wortlaut des Privilegs unter Ausgängen und Laken nur die Orte zu verstehen sind, welche ausserhalb der regulären Ufer liegen. Dann hätte das Privileg ja ganz einfach vom "Oderstrom" sprechen können; denn was ausserhalb der regulären Ufer liegt, ist eben nicht mehr Strom. Die Auslegung der Beklagten spricht also eigentlich gegen sie selbst.

gez. Dr. Wedow

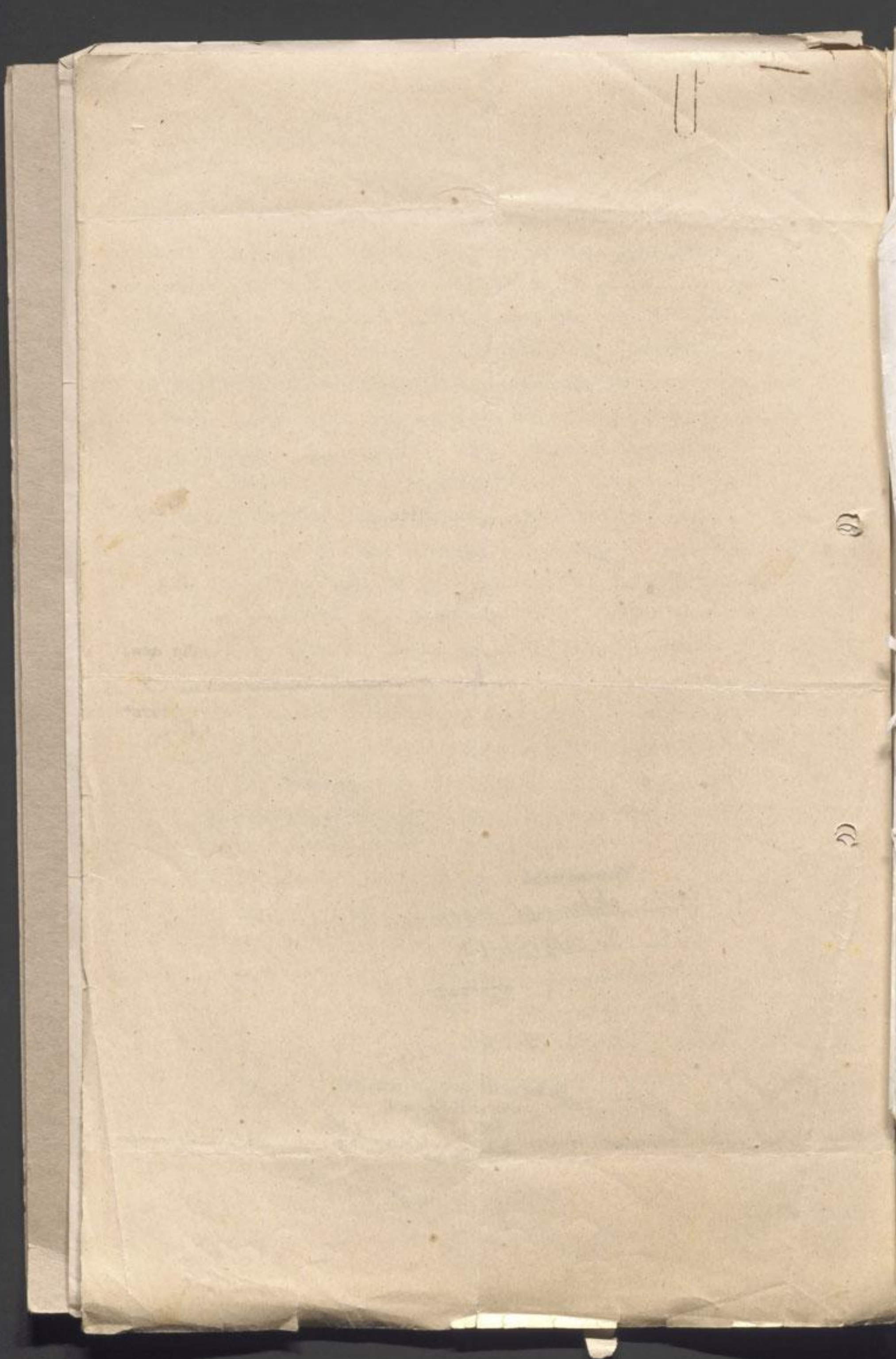
Gerichtsassessor
amtlich bestellter Vertreter des
Rechtsanwalts Pilschel.

~~Rechtsanwalt~~
Herrn Aleksander Hermann Lehmann
Seier, Fischersstr. 62.
zur gefl. Kenntnissnahme, Rückgabe
und Erklärung überreicht.
Frankfurt a/Oder, den 19. 4. 1826.

Justizrat Dr. J. H. Gebhardt.
Dr. J. H. Gebhardt

ank:

Gebhardt
in Auftrag



Bel. 1.1

13

8

Ein...
3.6.240.25. 22. JUNI 1926
Frankfurt (Oder)

Verkündet am 11. Mai 1926.
Ger. Hanke als Gerichtsschreiber.

Im Namen des Volkes!

In Sachen

des Deutschen Reiches und des Preussischen Staates,

beide vertreten durch den Oberpräsidenten in Stettin,

Kläger,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Püschel in Frankfurt/O.-

gegen

1.) die Fischerinnung der Gubener Vorstadt in Frankfurt a/Oder,

vertreten durch ihren Vorstand nämlich Altmeister Hermann

Schulze, Nebenalmeister Gustav Schwartz und Schriftführer

Hermann Wilke,

2.) die Fischerinnung der Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/Oder,

vertreten durch ihren Vorstand nämlich Altmeister Richard

Schade, Nebenalmeister Otto Kalisch und Schriftführer

Siegfried Krumman,

sämtlich in Frankfurt a/Oder,

Beklagte,

- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Justizrat Gebhardt

und Dr. Gebhardt in Frankfurt a/Oder -

wegen Feststellung

hat die 3. Zivilkammer des Landgerichts in Frankfurt a/Oder

auf die mündliche Verhandlung vom 11. Mai 1926 unter Mitwirkung

des Landgerichtsdirektors Dr. Siebert und der Landgerichtsräte

Dr. Witte und Nasedy für Recht erkannt:

Die Klage wird abgewiesen. Die Kosten des Rechts-

streits werden den Klägern auferlegt.

*Justizrat Gebhardt
Dr. Gebhardt*

Lier

Tatbestand.

Tatbestand.

Die beklagten Fischerinnungen der Gubener Vorstadt und der Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/Oder sind geschäftliche Gebilde früherer Jahrhunderte, die eigene Rechtspersönlichkeit haben. Die Anfänge und der Rechtsgrund ihrer Fischereiberechtigung in der Oder sind nicht mehr feststellbar. Die frühesten bekannten urkundlichen Belege behandeln diese Berechtigung als eine seit jeher bestehende Tatsache. Im vorliegenden, die nähere örtliche Umgrenzung dieser Berechtigung bezweckenden Rechtstreit haben die Parteien als solche Belege unbestrittene Abschriften der landesherrlichen Erlasse vom 20. Januar 1696 und vom 10. Februar 1690 beigebracht, in welchen die Ordnung und Gerechtsame der Beklagten bestätigt wurden.

Durch das Vorflutverbesserungsgesetz vom 4. August 1904 schuf Preußen die gesetzliche Grundlage für einen umfassenden Ausbau der unteren Oder. Die Arbeiten zur Erzielung einer günstigen Vorflut berücksichtigen zugleich die Notwendigkeit geeigneter Wasserstraßen für den Verkehr. Was an Anlagen geschaffen oder geplant wurde, bedeutet eine streckenweis erhebliche Umgestaltung des Oderlaufs. Mit den Beklagten sind seinerzeit Verhandlungen angebahnt, um ihnen einen Ausgleich zu bieten, falls ihre Berechtigung durch Änderung des bislang bestehenden Zustandes beeinträchtigt würde, doch war eine Einigung nicht zu erzielen, wesentlich wohl deswegen, weil der Umfang ihrer Berechtigung nicht unstreitig war.

Der Wasserlauf der Oder wurde durch den mit Reichsgesetz vom 29. Juli 1921 verkündeten Staatsvertrag Eigentum des Deutschen Reichs, Preußen behielt seine staatlichen Fischereien darin. Die Kläger behaupten, daß die Beklagten ihren Privilegien, „im freien Oderstrom“ von Fürstenberg bis Stettin zu fischen, eine falsche Auslegung gäben. In den Privilegien sei ihnen

...sich ihnen die Befischung der „Seen und Lachen“ untersagt, ferner
...in Urkunden vom 19. April 1654 und 8. Juni 1667 die
...„Ausgänge“ von der Befischung ausgeschlossen. Unberechtigt
...sei es daher, wenn die Beklagten in der Weise bei Friedrichs-
...thal und im Kreuzfahrtkanal bei der Scholwer Grube fischen.
...Keines dieser Gewässer kommen mehr als „freier Oderstrom“ in
...Betracht: die Welse, schon durch ihren besonderen Namen als
...nicht zum freien Oderstrom gehörend erkennbar, sei in die
...künstliche Wasserstraße Schwedt - Friedrichsthal aufgegangen,
...die zur Verflutverbesserung nach den Gesetzen vom 4. August
...1904 und 14. Januar 1921 ausgebaut sei, der Kreuzfahrtkanal
...sei nach seiner Lage nicht freier Oderstrom. Die Scholwer
...Grube sei durch Abdämmung vom Oderstrom getrennt worden. Der
...freie Oderstrom, sowie er sich etwa zur Zeit der Verleihung
...der Privilegien an die Beklagten darstellte, sei heute nach
...den örtlichen Umgestaltungen der Wasserflächen nicht mehr
...vorhanden, im Sinne der Privilegien sei als freier Oderstrom,
...an dem jetzt die Fischereiberechtigung der Beklagten bestünde,
...die Ostoder zu betrachten, die unter normalen Verhältnissen
...den eigentlichen Stromschlauch bilde. Diese Stromrinne solle
...zu gewöhnlichen Zeiten das abfließende Wasser aufnehmen und
...zugleich den Verkehrsweg darstellen, die Westoder sei als
...Vorflutkanal des Oberbruchs gedacht und solle bei Hochwässern
...noch von der Ostoder her Wassermengen aufnehmen. Alle kleine-
...ren Wasserläufe, die sich nicht in diesen Plan einfügen lassen,
...seien abgedämmt oder sollten es noch werden. Daher sei die
...Westoder von Hohensaathen bis Friedrichsthal eine eingedämmt
...künstliche Wasserstraße geworden, nicht belastet mit Fischerei-
...berechtigungen, die am freien Oderstrom bestanden oder bestan-
...den hätten.

Während

Während diese Umgestaltungen des Stromverlaufes den Be-
klagten ein Gebiet genommen hätten, wo sie vielleicht früher
fischen durften und gefischt hätten, sei ein anderer Teil des
Gebiets von den Beklagten aus eigener Entscheidung aufgegeben.
Seit Jahrzehnten hätten die Beklagten die Fischerei nur bis
Schwedt und Niedersaathen ausgeübt und seien unterhalb dieser
Orte nicht mehr zur Fischerei in der „freien Oder“ erschienen.
Offenbar habe es nicht gelohnt, mit den für die Privilegien
bestehenden Beschränkungen die Fischerei weiter stromab aus-
zuüben. Der Oderlauf sei seit jeher in eine Reihe von
Fischereigebieten zerfallen, die verschiedenen Berechtigten
zur Fischerei zustanden; wenn den Beklagten eine Fischerei-
befugnis bis nach Stettin hinab erteilt worden sei, so be-
deute es Verleihung der Fischereigerechtigkeit in den ver-
schiedenen Gebieten und das Recht der Beklagten setze sich
aus soviel einzelnen Berechtigungen zusammen, als Gebiete in
Betracht kämen. Deshalb sei es möglich gewesen, daß die Be-
klagten in einzelnen Gebieten durch Nichtausübung während ge-
nugender Zeit ihre Berechtigung verloren hätten. Weil die Be-
klagten seit den 1860^{er} Jahren die Fischerei von Frankfurt
a/Oder aus nicht über Schwedt und Niedersaathen hinaus be-
trieben hätten, sei ihr Privileg für die Oder unterhalb
Niedersaathen erloschen. Unerheblich sei für die Feststellung,
des Erlöschens, ob die Beklagten neuerdings unbefugt in Neben-
gewässern der betreffenden Strecke gefischt hätten.

Der Klageantrag geht dahin,

1. festzustellen, daß als „freier“ Oderstrom im Sinne der
den Beklagten verliehenen Privilegien nur die Ostoder
in Betracht kommt und daß die Beklagten keine Fischereiberechtigung auf der Westoder sowie ferner auf den Arm

und

und Nebengewässern weder der Ost- noch der Westoder haben,
ebenso auf den in den Poldern liegenden Gewässern,
2. festzustellen, daß das Fischereirecht der Beklagten auf
der als „freier“ Oderstrom anzusehenden Oder unterhalb
von Niedersaathen durch Verjährung erloschen ist,
3. die Beklagten zu verurteilen, sich jeder Ausübung der
Fischerei auf den zu 1. genannten Gewässern sowie auf
der Ostoder unterhalb Niedersaathen durch ihre Mitglieder
bei einer Geldstrafe von 1000 Reichsmark für jeden Fall
der Zuwiderhandlung zu enthalten,
4. den Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen,
5. das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig voll-
streckbar zu erklären.
Die Beklagten beantragen
Klageabweisung.
Sie bemängeln zunächst, daß nicht gleichzeitig das Deutsche
Reich und das Land Preußen eine Klage vorliegenden Inhalts an-
strengen könne. Seitdem die Wasserstraßen auf das Reich überge-
gangen seien, müsse auch die Fischerei, die nach dem Fischerei-
gesetz von 1916 in Preußen mit dem Eigentum verbunden sei, als
dem Reiche zugefallen behandelt werden. Hätte aber Preußen nicht
die Fischerei auf den fraglichen Wasserstrecken gehabt, dann sei
jetzt weder das Reich noch Preußen zur Geltendmachung der Klage-
ansprüche befugt. Was die Fassung der Klageanträge betrifft,
so entbehren die gewählte Bezeichnung Ostoder und Westoder der
erforderlichen Bestimmtheit und es sei genaueste Angabe der
gemeinten Wasserstrecken nötig. Schließlich seien ja auf das
Reich 1921 nur bestimmte Wasserstrecken übergegangen. Im übrigen
seien die tatsächlichen und rechtlichen Anführungen der Kläger
unzutreffend. Unzutreffend sei, daß die Beklagten die Fischerei
unterhalb Niedersaathen seit Jahrzehnten nicht mehr ausgeübt
hätten.

hätten. Sie hätten stets ein Fischereirecht auf der ganzen Oderstrecke bis Stettin behauptet, in etwaigen Streitfällen zum Austrag gebracht und auch dauernd betätigt, mindestens durch den Fischereibetrieb einzelner Innungsmitglieder, die mit ^{früher} Fischereiausübung das Recht der Innung selbst zur Geltung brachten. Hiervon abgesehen könne die Berechtigung der Beklagten nur einheitlich aufgefaßt werden und es sei nicht erforderlich, daß die Beklagten zur Erhaltung ihres Rechtes im alten Umfange stets auf allen Teilen der ihnen zu Gebote stehenden Wasserflächen die Fischerei wirklich betätigten. Es könne kein Erlöschen des Privilegs für einzelne Strecken eintreten, die etwa seltener aufgesucht würden. Andererseits wäre es rechtlich möglich gewesen, daß die Beklagten eine etwa ihnen vorher nicht zustehende Fischereibefugnis dadurch ersitzend erworben hätten, daß sie seit mehr als dreißig Jahren vor dem 1. Mai 1914 die Fischerei auf den Gewässern tatsächlich nachweisbar ausübten. Unrichtig sei ferner, daß die Beklagten als Gebiet zur Ausübung ihrer Fischereibefugnis hinnehmen müßten, was die Kläger ihnen belassen wollten, und auf diejenigen Gewässer verzichten müßten, die von den Klägern bei Ausbau und Umgestaltung der Wasserläufe abgetrennt oder als künstliche Wasserrinne betrachtet würden. Wenig einheitlich die Ansichten über die Beeinflussung der Fischereigerechtsamen durch Strombauten wäre, zeige gerade der Umstand, daß im Jahre 1923 die Oderstrombauverwaltung bei Verhandlungen mit den Beklagten den Standpunkt vertreten haben, das Privileg der letzteren beziehe sich nur auf die bei Privilegerteilung vorhandenen gewesenen Wasserläufe, setze sich aber nicht an neugeschaffenen oder ausgebauten Strecken fort und übertrage sich nicht auf sie. Im vorliegenden Rechtsstreit seien die Kläger hingegen bemüht, die Beklagten von den alten längst vorhanden gewes-

Ge-

Gewässern auszuschließen und auf den durch ~~U~~änderungsbauten erheblich umgestalteten neuen Stromlauf zu verweisen. Wenn den Beklagten in ihren Privilegien der freie Oderstrom als ihr Fischereigebiet zugestanden sei, so bedeute das den Oderlauf in allen seinen Teilen von Ufer zu Ufer, also auch in den einzelnen Armen. Gerade die im Privileg hervorgehobenen Einschränkungen -- Untersagung der Fischerei in den Seen und Lachen und in den Ausgängen -- zeigten, daß die Beklagten nicht auf die bloße jeweilige Schiffahrtsrinne angewiesen sein sollten, sondern befischen dürften, was irgend zum fließenden Strome gehörte. Gemäß dieser Auffassung hätten die Beklagten seit mehr als hundert Jahren die Fischerei im ganzen System der Oder betrieben.

Die Kläger weisen daraufhin, daß nach dem Staatsvertrag von 1921 die Fischereirechte dem Preussischen Staate verblieben seien, er habe unter andern die im Schriftsatze vom 29. Oktober 1925 aufgeführten Fischereigerechtigkeiten. Daher könne er die Klageansprüche verfolgen. Die Unterscheidung zwischen Westoder und Ostoder sei in der Örtlichkeit leicht, da schon der Anblick die Verschiedenartigkeit der Gewässer ergebe. Wenn die Beklagten ein Fischereirecht im freien Oderstrom hätten, ständen ihnen darum nicht die Nebenarme des Flusses zur Verfügung und die Beschränkung des Privilegs auf dem freien Oderstrom schlosse ihre Gutgläubigkeit bei etwaiger Fischereibetätigung in den Nebengewässern aus.

Wegen des weiteren Inhaltes der Parteienführungen wird auf die gewechselten Schriftsätze Bezug genommen.

G r ü n d e .

Die Klagebefugnis der Kläger und ihre Vertretung im Rechtstreite unterliegt keinen Bedenken. Das Deutsche Reich ist jetzt Eigentümer des Wasserlaufs der Oder im Reichsgebiete,
Preußen

Preußen hat Fischereiberechtigungen in der Oder auf Strecken, die in dem den Beklagten laut Privileg angewiesenen Gebiet liegen. Beide Kläger können eine Feststellung betreiben, wie weit die Fischereigerechtsame der Beklagten örtlich ausgedehnt ist, und können eine Fischereiausübung außerhalb dieses Bereichs verbieten.

Eine Rechtspersönlichkeit der Beklagten muß für die Vergangenheit von den Zeiten an unterstellt werden, wo überhaupt die Ausübung der Fischerei im allgemeinen Rechtsbewußtsein und im öffentlichen Rechtsgestaltungswillen als Befugnis eines bestimmten Kreises erschien, der eine gewissen Verfassung hatte und über die Lebenszeit der jeweiligen Mitglieder hinaus Bestand haben sollte. Die Anfänge der Beklagten verlieren sich in Zeiten, von denen Nachrichten nicht mehr erhalten sind. In den frühesten auf die Gegenwart gekommenen Kunden erscheinen die Beklagten und ihr Recht als gegebene Tatsache. Was als Privilegien der Beklagten überliefert ist, war seinerzeit nicht sowohl Schaffung neuer Rechte, Verleihung vorher nicht besessener Befugnisse als vielmehr Anerkennung und Bestätigung bisheriger Berechtigungen und beanspruchter Betätigungen. So müssen auch die von den Parteien im gegenwärtigen Rechtsstreit als Ausgangspunkt genommenen landesherrlichen Erlasse vom 20. Januar 1696 und vom 10. Februar 21. März 1690 aufgefaßt werden.

In diesen Erlassen hat die Staatsgewalt unter Vorbehalt der Änderung und Aufhebung, wie sie bei Privilegerteilungen und Privilegbestätigungen vielfach ausgesprochen wurden, die Berechtigung der Beklagten zum Fischen im freien Oderstrom von Fürstenberg bis Stettin anerkannt und zwar ohne erläuternden Hinweis, was als freier Oderstrom zu gelten habe. Wenn etwa in Ziffer 18 der Erlasse vom 10. Februar 1690 das 21. März 1714

das Fischfangen an „unrechten Orten“ bei Strafe untersagt ist und als solche „Seen und Laaken“ angeführt werden, so sind sicher diese beiden bezeichneten Arten Wasserflächen nicht die einzigen Gebiete, in denen eine Fischerei der Beklagten nicht statthaben sollte, sondern sind deshalb hervorgehoben, weil hier die Gefahr des Übergreifens wohl am nächsten lag: Seen, die einen Abfluß in die Oder haben, sollten nicht von der Oder aus befischt werden, und ebensowenig sollten die Jnnungen in Laaken fischen, Gewässern, die bei Überschwemmungen von der Oder gespeist oder überflutet werden, aber zu Zeiten eines gewöhnlichen Wasserstandes keinerlei Verbindung mit dem Strom hatten.

Der in den Erlassen der Privilegien als bekannt und als nicht weiter erläuterungsbedürftig behandelte Begriff des freien Oderstromes brauchte auch für diejenigen Strecken, wo der Strom zwischen festen Ufern in einer einzigen Rinne floß, nicht eingehender umgrenzt zu werden. Anders freilich bei denjenigen Strecken, wo der Strom sich in mehrere Arme teilt und die Wasserrinnen unter einander verschieden bedeutend sind. Daß der untere Lauf der Oder in erheblichem Umfange solche Verzweigungen aufweist, war in den erwähnten Zeitpunkten, wo vom „freien“ Oderstrom gesprochen wurde, fraglos bekannt. Der Schiffsverkehr soweit solcher stattfand, wird sich in damaligen Zeiten nur auf der hierfür günstigen Wasserrinne abgespielt haben. Nichts spricht aber dafür, daß die zur Fischerei im „freien Oderstrom“ befugten Fischer auch nur auf diese Wasserrinne angewiesen sein sollten, zumal vielleicht gerade in den Nebenarmen die Fischerei sich vorteilhafter ausüben ließ. Wenn im Hinblick auf die Fischerei vom freien Oderstrom gesprochen wurde, kann dem nicht gut eine andere Deutung gegeben werden, als daß darunter der Strom in allen seinen fließendes Wasser dem Meere entgegen-
zuführen

führenden Verzweigungen zu verstehen ist. Soweit sich der Strom in Äste teilt und in verschiedenen Rinnen sein Wasser weiterführt, gehören alle diese Teile zum freien Oderstrom im Sinne der Privilegien. Als einleuchtende Gegensätze zum freien Oderstrom ergeben sich bei dieser Auffassung die Zuflüsse, die Wasser erst in den Oderstrom bringen, Seen und Lachen, die mit dem Strome keine oder keine ständige Verbindung haben.

Wenn angenommen werden darf, daß dies die Vorstellung vom freien Oderstrom zu den Zeiten gewesen ist, in die der Rechtserwerb der Beklagten fällt, so ist aus der Natur der Sache weiter anzunehmen, daß der Rechtserwerb nicht auf die damals gerade vorhandenen Wasserläufe beschränkt war, so daß mit dem Eingehen einzelner Wasserläufe das Gebiet der Fischereibetätigung einschrumpfte, vielmehr erstreckte sich der Rechtserwerb auf den Strom in seinem jeweiligen Bestande.

Für die früheren Zeiten kommen nur Veränderungen des Stromes im Laufe natürlicher Entwicklungen, nicht Umgestaltungen durch menschliche Maßnahmen in Betracht.

Wird unter diesen Gesichtspunkten der den Beklagten ehemals zur Verfügung stehende Fischereibereich bemessen, so folgt aus den Vorschriften der §§ 70, 72 II 15 A.L.R. zu Grunde liegenden Rechtsgedanken, daß Maßnahmen des -- staatlichen -- Wasserbaus das Recht der Beklagten nicht beeinträchtigen dürfen: wird eine bisherige Stromrinne zu einem Kanal gestaltet, so setzt sich die Fischerei auf diesem fort, wird eine bisherige Stromrinne ausgeschaltet und ein Kanal geschaffen, so folgt aus § 72 a.a.O., daß die Fischerei auf der früheren Wasserfläche bestehen bleibt oder, wenn die frühere Wasserfläche verschwindet, sich an dem neu geschaffenen Kanal fortsetzt.

Mag

Obpf. L. H.

- 11 -

13

Mag daher auch in den wasserwirtschaftlichen Plänen der Kläger eine Unterscheidung zwischen „Ostoder“ und „Westoder“ durchgeführt sein und beiden Wasserrinnen eine verschiedene Bestimmung gegeben sein, so können doch die Kläger nicht die Beklagten wegen ihrer Fischereiberechtigung auf die als Schiffahrtsrinne gedachte Ostoder verweisen und von der durch Kunstbauten noch so umgestalteten Westoder ausschließen, weil nur ersterer Wasserlauf jetzt die Benennung freier Oderstrom verdiene.

Der Feststellungsantrag zu 1. ist darum als unbegründet anzusehen. Die in diesem Antrage vorkommenden Bezeichnungen Ostoder und Westoder sind übrigens wohl noch nicht allgemein eingebürgerte Benennungen örtlicher Wasserflächen, sondern vorerst technische Kennzeichnungen., doch brauchte im vorliegenden Rechtsstreit auf eine genauere geographische Bestimmung nicht gedrungen zu werden, weil der Sinn des verfolgten Anspruchs hier nicht zweifelhaft war, und das genügte. Ebenso wenig brauchte verlangt zu werden, daß die im Klageantrage zu 1 genannten „Nebengewässer“ örtlich bestimmt wurden, da aus der Streitlage heraus angenommen werden konnte, es handelt sich hierbei um Stromverzweigungen, die nach den obigen Ausführungen „freier Oderstrom“ im Sinne der Privilegien waren. Wenn sie erst durch Kunstbauten den Zusammenhang mit dem fließenden Wasser des Oderstromes verloren haben, wäre es nach §§ 70 ff II 15 A.L.R. belanglos.

Ebenfalls unbegründet ist der Klageantrag zu 2. Es bedarf keiner Beweiserhebung darüber, ob Mitglieder der beklagten Jnnungen in den letzten Jahrzehnten die Oder auch unterhalb Schwedt oder Niedersaathen in Ausübung der den Beklagten zustehenden Fischereiberechtigung befischt haben oder nicht.

nicht. Die Berechtigung der Beklagten ist eine einheitliche den Bereich des Oderstromes von Fürstenberg bis Stein umfassende. Man kann nicht davon sprechen, daß sie aus soviel Einzelberechtigungen zusammensetzt, als etwa füsönstige Fischereiprivilegien und -rechte auf der Oder Fischgebiete geschaffen sind und bestehen. Die Beklagten haben nicht nötig, zur Erhaltung ihrer Fischereibefugnis auf der gesamten Strecke alle einzelnen Gebietsteile dauernd zu befischen oder überhaupt zu befischen. Auch auf den nicht befischten Strecken blieb die Berechtigung bestehen, ~~ein~~ es trat kein Rechtsverlust durch bloße örtliche Nichtausübung ein.

Da mithin den Feststellungsanträgen zu 1 und 2 nicht stattzugeben war, versteht sich eine Abweisung des Klageantrages zu 3, der Fernhaltung der Beklagten von den beschriebenen Wasserflächen in Zukunft bezweckt, von selber.

Über die Kosten des Rechtsstreits ist nach § 91 Z.P.O. bestimmt.

gez. Dr. Siebert Dr. Witte Nasedy.

Ausgefertigt.

Frankfurt a/O., den 18. Juni 1926.



Winkel
Kanzleisekretär,
als Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Geppel

14

Abschrift.

3.O.240.25.

22.

Verkündet am 11. Mai 1926.
gez. Hanke als Gerichtsschreiber.

Im Namen des Volkes !

In Sachen

des Deutschen Reiches und des Preussischen Staates, beide
vertreten durch den Oberpräsidenten in Stettin,

Kläger,

-Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Püschel in Frankfurt a.O.-
gegen

1) die Fischerinnung der Gubener Vorstadt in Frankfurt a/Oder,
vertreten durch ihren Vorstand, nämlich Altmeister Hermann
Schulze, Nebenaltsmeister Gustav Schwartz und Schriftführer
Hermann Wilke,

2) die Fischerinnung der Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/Oder,
vertreten durch ihren Vorstand, nämlich Altmeister Richard
Schade, Nebenaltsmeister Otto Kalisch und Schriftführer
Siegfried Krumman,

sämtlich in Frankfurt a/Oder,

Beklagte,

-Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Justizrat Gebhardt und
Dr. J. H. Gebhardt in Frankfurt a/Oder-
wegen Feststellung

hat die 3. Zivilkammer des Landgerichts in Frankfurt a/Oder
auf die mündliche Verhandlung vom 11. Mai 1926 unter Mitwirkung
des Landgerichtsdirektors Dr. Siebert und der Landgerichtsräte
Dr. Witte und Nasedy für Recht erkannt:

Die Klage wird abgewiesen. Die Kosten des Rechtsstreits
werden den Klägern auferlegt.

Tatbestand.

Die beklagten Fischerinnungen der Gubener Vorstadt und
der Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/Oder sind geschichtliche
Gebilde früherer Jahrhunderte, die eigne Rechtspersönlichkeit
haben. Die Anfänge und der Rechtsgrund ihrer Fischerei-
berechtigung in der Oder sind nicht mehr feststellbar. Die
frühesten bekannten urkundlichen Belege behandeln diese
Berechtigung als eine seit jeher bestehende Tatsache. Im
vorliegenden, die nähere örtliche Umgrenzung dieser Berech-
tigung bezweckenden Rechtsstreit haben die Parteien als solche

./.

Abschluss.

3. O. 240. 22.

Verhandelt am 11. Mai 1926.
Vor. Bank als Gerichtsschreiber.

In Namen des Volkes!

In Sachen

des Deutschen Reiches und des Preussischen Staates, beide
vertreten durch den Oberprokurator in Berlin,

König,

-Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Maschke in Frankfurt a. O.

gegen

1) die Fischerei der Gubener Vorstadt in Frankfurt a. O.,
vertreten durch ihren Vorstand, nämlich Altmeyer Hermann
Schulze, Nebenalmosener Gustav Schwarz und Schriftführer
Hermann Wilke,

2) die Fischerei der Lehnser Vorstadt in Frankfurt a. O.,
vertreten durch ihren Vorstand, nämlich Altmeyer Richard
Schade, Nebenalmosener Otto Kallach und Schriftführer
Erich Krumm,

Beklagte,

nämlich in Frankfurt a. O.,
-Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Justus Gebhardt und
Dr. J. H. Gebhardt in Frankfurt a. O.

wegen Feststellung

hat die 3. Zivilkammer des Landgerichts in Frankfurt a. O. auf die mündliche Verhandlung vom 11. Mai 1926 unter Mitwirkung des Landgerichtsdirektors Dr. Siebert und der Landgerichtsräte Dr. Witte und Maschke für Recht erkannt:

Die Klage wird abgewiesen. Die Kosten des Rechtsstreits werden den Klägern auferlegt.

Feststellung.

Die beklagten Fischereianlagen der Gubener Vorstadt und der Lehnser Vorstadt in Frankfurt a. O. sind geschichtlich als frühere Lehnswasser, die eine Hochwasserhochzeit haben. Die Anlagen und der Rechtsgang ihrer Fischerei berechtigung in der Gubener Vorstadt nicht mehr feststellbar. Die frühesten bekannten urkundlichen Belege betreffen diese Berechtigung als eine seit jeher bestehende Tatsache. Im vorliegenden, die mündliche Verhandlung dieser Sache betreffend, haben die Parteien als solche

-2-

Belege unbestrittene Abschriften der landesherrlichen Erlasse vom 20. Januar 1696 und vom 10. Februar 1690 beigebracht, in 21. Mai 1714 21. März 1714 welchen die Ordnung und Gerechtsame der Beklagten bestätigt wurden.

Durch das Vorflutverbesserungsgesetz vom 4. August 1904 schuf Preussen die gesetzliche Grundlage für einen umfassenden Ausbau der unteren Oder. Die Arbeiten zur Erzielung einer günstigeren Vorflut berücksichtigen zugleich die Notwendigkeit geeigneter Wasserstraßen für den Verkehr. Was an Anlagen geschaffen oder geplant wurde, bedeutet eine streckenweis erhebliche Umgestaltung des Oderlaufs. Mit den Beklagten sind seinerzeit Verhandlungen angebahnt, um ihnen einen Ausgleich zu bieten, falls ihre Berechtigung durch Änderung des bislang bestehenden Zustandes beeinträchtigt würde, doch war eine Einigung nicht zu erzielen, wesentlich wohl deswegen, weil der Umfang ihrer Berechtigung nicht unstreitig war.

Der Wasserlauf der Oder wurde durch den mit Reichsgesetz vom 29. Juli 1921 verkündeten Staatsvertrag Eigentum des Deutschen Reichs, Preussen behielt seine staatlichen Fischereien darin. Die Kläger behaupten, daß die Beklagten ihren Privilegien, "im freien Oderstrom" von Fürstenberg bis Stettin zu fischen, eine falsche Auslegung gäben. In den Privilegien sind ihnen die Befischung der "Seen und Lachen" untersagt, ferner seien in Urkunden vom 19. April 1654 und 8. Juni 1667 die "Ausgänge" von der Befischung ausgeschlossen. Unberechtigt sei es daher, wenn die Beklagten in der Weise bei Frädrichsthal und im Kreuzfahrtkanal bei der Scholwer Grube fischen. Keines dieser Gewässer kommen mehr als "freier Oderstrom" in Betracht: die Weise, schon durch ihren besonderen Namen als nicht zum freien Oderstrom gehörend erkennbar, sei in die künstliche Wasserstraße Schwedt - Friedrichsthal aufgegangen, die zur Vorflutverbesserung nach den Gesetzen vom 4. August 1904 und 14. Januar 1921 ausgebaut ist, der Kreuzfahrtkanal sei nach seiner Lage nicht freier Oderstrom. Die Scholwer Grube sei durch Abdämmung vom Oderstrom getrennt worden. Der freie Oderstrom, so wie er sich etwa zur Zeit der Verleihung der Privilegien an die Beklagten darstellte, sei heute nach den örtlichen Umgestaltungen der Wasserflächen nicht mehr vorhanden, im Sinne der Privilegien sei als freier Oderstrom, an dem jetzt

./.

Belege unbestrittene Abschriften der landesherrlichen Erlasse
vom 20. Januar 1696 und vom 10. Februar 1696 beigebracht, in
21. März 1714
welchen die Ordnung und Gerechtsame der Beflagten bestätigt
worden.

Durch das Vorflutverbesserungsgesetz vom 4. August 1904
sahen Pfannen die gesetzliche Grundlage für einen umfassenden
Ausbau der unteren Oder. Die Arbeiten zur Beseitigung einer stän-
digen Vorflut behindernden Kugel der Notwendigkeit
geeigneter Wasserstraßen für den Verkehr. Was an Anlagen ge-
schaffen oder geplant wurde, bedeutet eine stückweise erhebliche
Umgestaltung des Oberlaufes. Mit den Beflagten sind seitens der
Verhandlungen eingeleitet, um ihnen einen Ausgleich zu leisten, falls
ihre Berechtigung durch Änderung des hiesig bestehenden Zustandes
beeinträchtigt würde, doch war eine Klärung nicht zu erzielen,
wesentlich wohl deswegen, weil der Umfang ihrer Berechtigung
nicht unstrittig war.

Der Wasserlauf der Oder wurde durch den mit Beflagten
vom 22. Juli 1921 verkündeten Staatsvertrag Eigentum des Deutschen
Reichs, Pfannen behält seine staatlichen Fischereirechte darin.
Die Klüger behaupten, daß die Beflagten ihren Privilegien, "im
freien Oberstrom" von Krusenstern bis Stettin zu fischen, eine
falsche Auslegung gaben. In den Privilegien sind ihnen die Be-
fischung der "Seen und Bächen" unterstellt, ferner seien in Urkunden
vom 19. April 1624 und 8. Juni 1667 die "Auegärten" von der Befischung
ausgeschlossen. Unberechtigt sei es daher, wenn die Beflagten in
der Weise bei Krusenstern und im Krusensternkanal bei der
Scholwer Grube fischen. Keines dieser Gewässer können mehr als
"freier Oberstrom" in Betracht; die Weise, schon durch ihren
besonderen Namen als nicht zum freien Oberstrom gehörend erkenn-
bar, sei in die künstliche Wasserstraße Scholwer-Fließkanal
aufgegangen, die zur Vorflutverbesserung nach dem Gesetz vom
4. August 1904 und 14. Januar 1921 ausgebaut ist, der Krusenstern-
kanal sei nach seiner Lage nicht freier Oberstrom. Die Scholwer
Grube sei durch Abkühlung vom Oberstrom getrennt worden. Der
freie Oberstrom, so wie er sich etwa zur Zeit der Verleihung
der Privilegien an die Beflagten darstellte, sei heute nach den
örtlichen Umgestaltungen der Wasserflächen nicht mehr vorhanden,
im Sinne der Privilegien sei als freier Oberstrom, an dem jetzt

Ochsen

76

-3-

die Fischereiberechtigung der Beklagten bestünde, die Ostoder zu betrachten, die unter normalen Verhältnissen den eigentlichen Stromschlauch bilde. Diese Stromrinne solle zu gewöhnlichen Zeiten das abfließende Wasser aufnehmen und zugleich den Verkehrsweg darstellen, die Westoder sei als Vorflutkanal des Oberbruchs gedacht und solle bei Hochwässern noch von der Ostoder her Wassermengen aufnehmen. Alle kleineren Wasserläufe, die sich nicht in diesen Plan einfügen ließen, seien abgedämmt oder sollten es noch werden. Daher sei die Westoder von Hohen-saathen bis Friedrichsthal eine eingedämmte künstliche WasserstraÙe geworden, nicht belastet mit Fischereiberechtigungen, die am freien Oderstrom beständen oder bestanden hätten.

Während diese Umgestaltungen des Stromverlaufes den Beklagten ein Gebiet genommen hätten, wo sie vielleicht früher fischen durften und gefischt hätten, sei ein anderer Teil des Gebiets von den Beklagten aus eigener EntschlieÙung aufgegeben. Seit Jahrzehnten hätten die Beklagten die Fischerei nur bis Schwedt und Niedersaathen ausgeübt und seien unterhalb dieser Orte nicht mehr zur Fischerei in der "freien Oder" erschienen. Offenbar habe es nicht gelohnt, mit den für die Privilegien bestehenden Beschränkungen die Fischerei weiter stromab auszuüben. Der Oderlauf sei seit jeher in eine Reihe von Fischereigebieten zerfallen, die verschiedenen Berechtigten zur Fischerei zustanden; wenn den Beklagten eine Fischereibefugnis bis nach Stettin hinab erteilt worden sei, so bedeute es Verleihung der Fischereigerechtigkeit in den verschiedenen Gebieten und das Recht der Beklagten setze sich aus soviel einzelnen Berechtigungen zusammen, als Gebiete in Betracht kämen. Deshalb sei es möglich gewesen, daß die Beklagten in einzelnen Gebieten durch Nichtausübung während geräumer Zeit ihre Berechtigung verloren hätten. Weil die Beklagten seit den 1860er Jahren die Fischerei von Frankfurt a/Oder aus nicht über Schwedt und Niedersaathen hinaus betrieben hätten, sei ihr Privileg für die Oder unterhalb Niedersaathen erloschen. Unerheblich sei für die Feststellung des Erlöschens, ob die Beklagten neuerdings unbefugt in Nebengewässern der betreffenden Strecke gefischt hätten.

Der Klageantrag geht dahin,

1. festzustellen, daß als "freier" Oderstrom im Sinne der den Beklagten verliehenen Privilegien nur die Ostoder in

./.

Justiz
& D

die Wasserversorgung der Beklagten bestände, die Götter
zu betrachten, darunter normalen Verhältnissen den eigentlichen
Stromschlauch bilden. Diese Stromlinie sollte zu gewöhnlichen
Zwecken des abfließenden Wassers aufnehmen und zugleich den
Verkehrsweg darstellen, die Götter sei als Vorflutkanal des
Oberflusses gedacht und sollte bei Hochwasser noch von der Göt-
ter für Wassermengen aufnehmen. Alle kleineren Wasserläufe,
die sich nicht in diesen Plan einfügen ließen, seien abgedämmt
oder sollten es noch werden. Daher sei die Götter von Höhen-
wegen die Fließrichtung eine eingedämmte künstliche Wasser-
straße geworden, nicht belastet mit Wasserverschmutzungen,
die am freien Oberstrom bestanden oder bestanden hätten.
Während diese Umgestaltungen des Stromverlaufes den Be-
klagten ein Gebiet genommen hätten, wo sie vielleicht früher
fließen durften und getrocknet hätten, sei ein anderer Teil des
Gebiets von den Beklagten aus eigener Entscheidung angeschlossen.
Seit Jahrzehnten hätten die Beklagten die Fläschung nur die
Schwede und Niederwasser ausgetrocknet und seien unterhalb dieser
Orte nicht mehr zur Fläschung in der "freien Ober" erschienen.
Offenbar habe es nicht geklappt, mit den für die Privilegien
bestehenden Beschränkungen die Fläschung weiter stream auszu-
bauen. Der Oberlauf sei seit Jahr in eine Reihe von Fläschung-
Gebieten zerfallen, die verschiedenen Berechtigten zur Fläschung
zustanden; wenn den Beklagten eine Fläschungsbefugnis als nach
Stettin hinaus erteilt worden sei, so bedeute es Verletzung der
Fläschungsbefugnis in den verschiedenen Gebieten und das
Recht der Beklagten sollte sich aus einer einzelnen Berech-
tigung zusammen, als Gebiete in Betracht kommen. Deshalb sei es
möglich gewesen, das die Beklagten in einzelnen Gebieten durch
Nichtanerkennung während gewisser Zeit ihre Berechtigung verlieren
hätten. Weil die Beklagten seit dem 1860er Jahren die Fläschung
von Frankfurt a/Oder aus nicht über Schwede und Niederwasser
hinaus betreiben hätten, sei ihr Privileg für die Ober unter-
halb Niederwasser erloschen. Unzweifelhaft sei für die Göt-
terstellung des Fläschens, ob die Beklagten notwendig unbedingt
in den Gewässern der betroffenen Städte getrocknet hätten.
Der Klageantrag geht dahin,
1. festzustellen, das die "freie" Oberstrom im Sinne der den
Beklagten verliehenen Privilegien nur die Götter in

Beckhoff

77

-4-

- Betracht kommt und daß die Beklagten keine Fischereiberechtigung auf der Westoder sowie ferner auf den Armen und Nebengewässern weder der Ost- noch der Westoder haben, ebenso auf den in den Poldern liegenden Gewässern,
2. festzustellen, daß das Fischereirecht der Beklagten auf der als "freier" Oderstrom anzusehenden Oder unterhalb von Niedersaathen durch Verjährung erloschen ist,
 3. die Beklagten zu verurteilen, sich jeder Ausübung der Fischerei auf den zu 1. genannten Gewässern sowie auf der Ostoder unterhalb Niedersaathen durch ihre Mitglieder bei einer Geldstrafe von 1000 Reichsmark für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu enthalten,
 4. den Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen,
 5. das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Die Beklagten beantragen

Klageabweisung.

Sie bemängeln zunächst, daß nicht gleichzeitig das Deutsche Reich und das Land Preussen eine Klage vorliegenden Inhalts anstrengen könne. Seitdem die Wasserstraßen auf das Reich übergegangen seien, müsse auch die Fischerei, die nach dem Fischereigesetz von 1916 in Preussen mit dem Eigentum verbunden sei, als dem Reiche zugefallen behandelt werden. Hätte aber Preussen nicht die Fischerei auch der fraglichen Wasserstrecken gehabt, dann sei jetzt weder das Reich noch Preussen zur Geltendmachung der Klageansprüche befugt. Was die Fassung der Klageanträge betrifft, so entbehren die gewählte Bezeichnung Ostoder und Westoder der erforderlichen Bestimmtheit und es sei genaueste Angabe der gemeinten Wasserstrecken nötig. Schließlich seien ja auf das Reich 1921 nur bestimmte Wasserstrecken übergegangen. Im übrigen seien die tatsächlichen und rechtlichen Ausführungen der Kläger unzutreffend. Unzutreffend sei, daß die Beklagten die Fischerei unterhalb Niedersaathen seit Jahrzehnten nicht mehr ausgeübt hätten. Sie hätten stets ein Fischereirecht auf der ganzen Oderstrecke bis Stettin behauptet, in etwaigen Streitfällen zum Austrag gebracht und auch dauernd betätigt, mindestens durch den Fischereibetrieb einzelner Innungsmitglieder, die mit ihrer Fischereiausübung das Recht der Innung

./.

- betrachtet kommt und das die Beklagten keine Fischereiberechtigung auf der Westoder sowie ferner auf den Ärmern und Neben-
gewässern weder der Ost- noch der Westoder haben, ebenso auf
den in den Fildern liegenden Gewässern,
2. festzustellen, das das Fischereirecht der Beklagten auf der als
"Freier" Oberstrom anzunehmenden Ober unterhalb von Niederassaten
durch Verjährung erloschen ist,
3. die Beklagten zu verurteilen, sich jeder Ausübung der Fischerei
auf den zu 1. genannten Gewässern sowie auf der Ostoder unter-
halb Niederassaten durch ihre Mitglieder bei einer Geldstrafe
von 1000 Reichsmark für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu
enthalten,
4. den Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen,
5. das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar
zu erklären.

Die Beklagten beantragen

Klageabweisung.

Sie beantragen zunächst, das nicht gleichzeitig das Deutsche
Reich und das Land Preussen eine Klage vorliegenden Inhalts
anstragen könne. Seitdem die Wasserstraßen auf das Reich über-
gegangen seien, müsse auch die Fischerei, die nach dem Fischerei-
Gesetz von 1916 in Preussen mit dem Reich verbunden sei,
als das Reich zugefallen behandelt werden. Hätte aber Preussen
nicht die Fischerei auch der kaiserlichen Wasserstraßen gehabt,
dann sei jetzt weder das Reich noch Preussen zur Geltendmachung
der Klageansprüche befugt. Was die Fassung der Klageansprüche
betrifft, so entbehren die gewählte Bezeichnung Ostoder und West-
oder der erforderlichen Bestimmtheit und es sei genaueste
Angabe der gemeinten Wasserstraßen nötig. Schließlich seien ja
auf das Reich 1921 nur bestimmte Wasserstraßen übergegangen.
Im übrigen seien die tatsächlichen und rechtlichen Ausführungen
der Kläger unzutreffend. Unzutreffend sei, das die Beklagten
die Fischerei unterhalb Niederassaten seit Jahrzehnten nicht
mehr ausgeübt hätten. Sie hätten stets ein Fischereirecht auf
der ganzen Ostoder bis Stettin behauptet, in einzelnen
Streitfällen zum Ausweis gebracht und auch daraus bestätigt,
ebenso durch den Fischereibetrieb einzelner Innungs-
mitglieder, die mit ihrer Fischereianbahnung das Recht der Innung

Ochsen

18

-5-

selbst zur Geltung brachten. Hiervon abgesehen könne die Berechtigung der Beklagten nur einheitlich aufgefaßt werden und es sei nicht erforderlich, daß die Beklagten zur Erhaltung ihres Rechtes im alten Umfange stets auf allen Teilen der ihnen zu Gebote stehenden Wasserflächen die Fischerei wirklich betätigten. Es könne kein Erlöschen des Privilegs für einzelne Strecken eintreten, die etwa seltener aufgesucht würden. Andererseits wäre es rechtlich möglich gewesen, daß die Beklagten eine etwa ihnen vorher nicht zustehende Fischereibefugnis dadurch ersitzend erworben hätten, daß sie seit mehr als dreissig Jahren vor dem 1. Mai 1914 die Fischerei auf den Gewässern tatsächlich nachweisbar ausübten. Unrichtig sei ferner, daß die Beklagten als Gebiet zur Ausübung ihrer Fischereibefugnis hinnehmen müßten, was die Kläger ihnen belassen wollten, und auf diejenigen Gewässer verzichten müßten, die von den Klägern bei Ausbau und Umgestaltung der Wasserläufe abgetrennt oder als künstliche Wasserrinne betrachtet würden. Wie wenig einheitlich die Ansichten über die Beeinflussung der Fischereigerechtsamen durch Strombauten wäre, zeige gerade der Umstand, daß im Jahre 1923 die Oderstrombauverwaltung bei Verhandlungen mit den Beklagten den Standpunkt vertreten haben, das Privileg der letzteren beziehe sich nur auf die bei Privilegerteilung vorhanden gewesenen Wasserläufe, setze sich aber nicht an neugeschaffenen oder ausgebauten Strecken fort und übertrage sich nicht auf sie. Im vorliegenden Rechtsstreit seien die Kläger hingegen bemüht, die Beklagten von den alten längst vorhanden gewesenen Gewässern auszuschließen und auf den durch Veränderungsbauten erheblich umgestalteten neuen Stromlauf zu verweisen. Wenn den Beklagten in ihren Privilegien der freie Oderstrom als ihr Fischereigebiet zugestanden sei, so bedeute das den Oderlauf in allen seinen Teilen von Ufer zu Ufer, also auch in den einzelnen Armen. Gerade die im Privileg hervorgehobenen Einschränkungen -- Untersagung der Fischerei in den Seen und Lachen und in den Ausgängen -- zeigten, daß die Beklagten nicht auf die bloße jeweilige Schiffahrtsrinne angewiesen sein sollten, sondern befischen dürften, was irgend zum fließenden Strome gehörte. Gemäß dieser Auffassung hätten die Beklagten seit

./.

selbst zur Geltung brachten. Hier von abgesehen könnte die
Berechtigung der Beklagten nur einheitlich aufrechterhalten werden
und es sei nicht erforderlich, daß die Beklagten zur Erhaltung
ihres Rechts im alten Umfang stets auf allen Teilen der
ihnen zu Gebote stehenden Wasseroberflächen die Fischerei wirklich
betätigten. Es könne kein Einwand des Privilegs für einzelne
Strecken eintreten, die etwa seither aufgegeben wurden.
Andererseits wäre es rechtlich möglich gewesen, daß die Be-
klagten eine etwa ihnen vorher nicht zustehende Fischerei-
befugnis dadurch erhaltend erworben hätten, daß sie seit mehr
als dreißig Jahren vor dem 1. Mai 1914 die Fischerei auf den
Gewässern tatsächlich nachweisbar ausübten. Unrichtig sei
ferner, daß die Beklagten als Gebiet zur Ausübung ihrer
Fischereibefugnisse hinnehmen müßten, was die Kläger ihnen be-
lassen wollten, und auf diejenigen Gewässer verzichten müßten,
die von den Klägern bei Ausbau und Umgestaltung der Wasser-
läufe abgetrennt oder als künstliche Wasserläufe betrachtet
würden. Wie wenig einheitlich die Ansichten über die Be-
stimmung der Fischereirechtszonen durch Strecken sein
sollte gerade der Umstand, daß im Jahre 1925 die Oberstreu-
verwaltung bei Verhandlungen mit den Beklagten den Standpunkt
vertraten haben, das Privileg der letzteren bestehe sich nur
auf die bei Privilegerteilung vorhandenen Gewässersysteme,
setze sich aber nicht an neuerschaffenen oder ausgebauten
Strecken fort und übertrage sich nicht auf die im vorliegenden
Rechtsstreit seien die Kläger hingegen bewußt, die Beklagten
von den alten längst vorhandenen Gewässern auszu-
schließen und auf den durch Verhandlungsbanden erheblich
umgestalteten neuen Stromlauf zu verweisen. Wenn den Beklagten
in ihren Privilegien der freie Oberstrom als ihr Fischerei-
gebiet zugestanden sei, so bedeute das den Oberlauf in allen
seinen Teilen von Ufer zu Ufer, also auch in den einzelnen
Armen. Gerade die im Privileg hervorgehobenen Einschränkungen
-- Untersagung der Fischerei in den Seen und Lachen und in
den Ausbügeln -- zeigten, daß die Beklagten nicht auf die
bloße jeweilige Schiffahrtsweg angewiesen sein sollten,
sondern betriebsmäßig fließen, was liegt zum fließenden Strom
gehört. Gerade dieser Auffassung hätten die Beklagten seit

-6-

mehr als hundert Jahren die Fischerei im ganzen System der Oder betrieben.

Die Kläger weisen darauf hin, daß nach dem Staatsvertrag von 1921 die Fischereirechte dem Preussischen Staate verblieben seien, er habe unter anderm die im Schriftsatze vom 29. Oktober 1925 aufgeführten Fischereigerechtigkeiten. Daher könne er die Klageansprüche verfolgen. Die Unterscheidung zwischen Westoder und Ostoder sei in der Örtlichkeit leicht, da schon der Anblick die Verschiedenartigkeit der Gewässer ergebe. Wenn die Beklagten ein Fischereirecht im freien Oderstrom hätten, ständen ihnen darum nicht die Nebenarme des Flusses zur Verfügung und die Beschränkung des Privilegs auf dem freien Oderstrom schlosse ihre Gutgläubigkeit bei etwaiger Fischereibetätigung in den Nebengewässern aus.

Wegen des weiteren Inhaltes der Parteianführungen wird auf die gewechselten Schriftsätze Bezug genommen.

G r ü n d e .

Die Klagebefugnis der Kläger und ihre Vertretung im Rechtsstreite unterliegt keinen Bedenken. Das Deutsche Reich ist jetzt Eigentümer des Wasserlaufs der Oder im Reichsgebiete, Preussen hat Fischereiberechtigungen in der Oder auf Strecken, die in dem den Beklagten laut Privileg angewiesenen Gebiet liegen. Beide Kläger können eine Feststellung betreiben, wie weit die Fischereigerechtsame der Beklagten örtlich ausgedehnt ist, und können eine Fischereiausübung außerhalb dieses Bereichs verbieten.

Eine Rechtspersönlichkeit der Beklagten muß für die Vergangenheit von den Zeiten an unterstellt werden, wo überhaupt die Ausübung der Fischerei im allgemeinen Rechtsbewußtsein und im öffentlichen Rechtsgestaltungswillen als Befugnis eines bestimmten Kreises erscheine, der eine gewisse Verfassung hatte und über die Lebenszeit der jeweiligen Mitglieder hinaus Bestand haben sollte. Die Anfänge der Beklagten verlieren sich in Zeiten, von denen Nachrichten nicht mehr erhalten sind. In den frühesten auf die Gegenwart gekommenen Kunden erscheinen die Beklagten und ihr Recht als gegebene Tatsache. Was als Privilegien der Beklagten überliefert ist, war seinerzeit nicht sowohl Schaffung neuer Rechte, Verleihung

./.

-6-

mehr als hundert Jahren die Fischerei im ganzen System der
Oder betrieben.
Die Kläger wollen darauf hin, daß nach dem Staatsvertrag
von 1921 die Fischereirechte dem Preussischen Staat vor-
behalten seien, er habe unter andern die im Schriftsatz vom
29. Oktober 1925 aufgeführten Fischereiereschtsigkeiten. Daher
kann er die Klageansprüche verfolgen. Die Untersuchung
zwischen Westder und Ostder sei in der Öffentlichkeit leicht,
da schon der Anblick die Verschiedenheit der Gewässer
ergebe. Wenn die Beklagten ein Fischereirecht im freien Ober-
strom hätten, ständen ihnen dann nicht die Nebenrechte des
Klägers zur Verfügung und die Beschränkung des Privilegs
auf dem freien Oberstrom schließe ihre Gültigkeit bei
erweiterter Fischereibefugnis in den Nebengewässern aus.
Gegen das weitere Inhalten der Parteiführungen wird
auf die gewechselten Schriftsätze Bezug genommen.

G r u n d s a t z e

Die Klagebefugnis der Kläger und ihre Vertretung im
Rechtsstreit unterliegt keinen Bedenken. Das Deutsche Reich
ist jetzt Eigentümer des Wasserkrafts der Oder im Reichsgebiet,
Preussen hat Fischereiereschtsigkeiten in der Oder auf Strecken,
die in den den Beklagten laut Privileg angewiesenen Gebiet
liegen. Beide Kläger können eine Feststellung betreiben, wie
weit die Fischereiereschtsrechte der Beklagten örtlich ausgedehnt
ist, und können eine Fischereiereschtsrechte außerhalb dieses Bereichs
verleihen.

Eine Rechtspersönlichkeit der Beklagten muß für die Ver-
gangenheit von den Zeiten an unterstellt werden, wo überhaupt
die Ausübung der Fischerei im allgemeinen Rechtswesen
und im öffentlichen Rechtsgesetzgebungsgebiet als Gegenstand
eines bestimmten Kreises erscheint, der eine gewisse Verfassung
hatte und über die Lebenszeit der jeweiligen Mitglieder hinaus
Bestand haben sollte. Die Anfänge der Beklagten verlieren
sich in Zeiten, von denen Nachrichten nicht mehr erhalten
sind. In den frühesten auf die Gegenwart gekommenen Kunden
erscheinen die Beklagten und ihr Recht als gegebene Tatsache.
Was als Privilegien der Beklagten überliefert ist, war
sicherlich nicht sowohl Schaffung neuer Rechte, Verleihung

Geppert

20

-7-

vorher nicht besessener Befugnisse als vielmehr Anerkennung und Bestätigung bisheriger Berechtigungen und beanspruchter Bestätigungen. So müssen auch die von den Parteien im gegenwärtigen Rechtsstreit als Ausgangspunkt genommenen landesherrlichen Erlasse vom 20. Januar 1696 und vom 10. Februar 1690 21. Mai 1714 21. März 1714 aufgefaßt werden.

In diesen Erlassen hat die Staatsgewalt unter Vorbehalten der Änderung und Aufhebung, wie sie bei Privilegerteilungen und Privilegbestätigungen vielfach ausgesprochen wurden, die Berechtigung der Beklagten zum Fischen im Freien Oderstrom von Fürstenberg bis Stettin anerkannt und zwar ohne erläuternden Hinweis, was als freier Oderstrom zu gelten habe. Wenn etwa in Ziffer 18 der Erlasse vom 10. Februar 1690 21. März 1714

das Fischfangen an "unrechten Orten" bei Strafe untersagt ist und als solche "Seen und Lachen" angeführt werden, so sind sicher diese beiden bezeichneten Arten Wasserflächen nicht die einzigen Gebiete, in denen eine Fischerei der Beklagten nicht statthaben sollte, sondern sind deshalb hervorgehoben, weil hier die Gefahr des Übergreifens wohl am nächsten lag: Seen, die einen Abfluß in die Oder haben, sollten nicht von der Oder aus befischt werden, und ebensowenig sollten die Innungen in Laaken fischen, Gewässern, die bei Überschwemmungen von der Oder gespeist oder überflutet werden, aber zu Zeiten eines gewöhnlichen Wasserstandes keinerlei Verbindung mit dem Strom hatten.

Der in den Erlassen der Privilegien als bekannt und als nicht weiter erläuterungsbedürftig behandelte Begriff des freien Oderstromes brauchte auch für diejenigen Strecken, wo der Strom zwischen festen Ufern in einer einzigen Rinne floß, nicht eingehender umgrenzt zu werden. Anders freilich bei denjenigen Strecken, wo der Strom sich in mehrere Arme teilt und die Wasserrinnen untereinander verschieden bedeutend sind. Daß der untere Lauf der Oder in erheblichem Umfange solche Verzweigungen aufweist, war in den erwähnten Zeitpunkten, wo vom "freien" Oderstrom gesprochen wurde, fraglos bekannt. Der Schiffsverkehr, soweit solcher stattfand, wird sich in damaligen Zeiten nur auf der hierfür günstigen Wasserinne abgespielt haben. Nichts spricht aber dafür, daß die

vorher nicht benannter Befugnisse als vielmehr Anerkennung
und Bestätigung bisheriger Berechtigungen und beanspruchter
Bestimmungen. So müssen auch die von den Parteien im Gegen-
wärtigen Streitstreit als Ausgangspunkt genommenen landes-
herrlichen Erlasse vom 20. Januar 1896 und vom 10. Februar 1899
21. März 1914

aufgelegt worden.
In diesen Erlässen hat die Staatsgewalt unter Vorbehalt
der Änderung und Aufhebung, wie sie bei Privilegierungen
und Privilegbestimmungen vielfach ausgesprochen wurden, die
Berechtigung der Befugten zum Fischen in freien Gewässern
von Vorbehalt der Stettin anerkannt und zwar ohne er-
fordernden Hinweis, was als freier Gewässer zu gelten habe.

Wenn etwa in Ziffer 18 der Erlasse vom 10. Februar 1899
21. März 1914

das Fischen an "unbesetzten Orten" bei Stille untersteht ist
und als solche "Seen und Lachen" angeführt werden, so sind
sicher diese beiden benannten Arten Wasserflächen nicht
die einzigen Gebiete, in denen eine Fischelei der Befugten
nicht stattfinden sollte, sondern sind deshalb hervorzuheben,
weil hier die Gefahr des Überfahrens wohl am nächsten liegt:
Seen, die einen Abfluss in die Oder haben, sollten nicht von
der Oder aus betrieht werden, und ebensowenig sollten die
Innungen in Lachen, Gewässern, die bei Überschwemmungen
von der Oder gespeist oder überflutet werden, aber zu Zeiten
eines gewöhnlichen Wasserstandes keinerlei Verbindung mit
dem Strom hatten.

Dar in den Erlässen der Privilegien als bekannt und
als nicht weiter erläuternsbedürftig behandelte Begriff
des freien Gewässers braucht auch für diejenigen Strecken,
wo der Strom zwischen festen Ufern in einer einzigen Rinne
fließt, nicht eingeleitet zu werden. Anders freilich
bei denjenigen Strecken, wo der Strom sich in mehrere Arme
teilt und die Wasserläufe untereinander verschiedenen Bedeutung
sind. Daß der untere Lauf der Oder in erheblichen Umfang
solche Verzweigungen aufweist, war in den erwähnten Zeit-
punkten, wo vom "freien" Gewässer gesprochen wurde, fraglos
bekannt. Der Schiffverkehr, soweit solcher stattfand, wird
sich in damaligen Zeiten nur auf der hiesigen glatten Wasser-
rinne abgespielt haben. Nichts spricht aber dafür, daß die

Beckhoff

21

-8-

zur Fischerei im "freien Oderstrom" befugten Fischer auch nur auf diese Wasserrinne angewiesen sein sollten, zumal vielleicht gerade in den Nebenarmen die Fischerei sich vorteilhafter ausüben ließ. Wenn im Hinblick auf die Fischerei vom freien Oderstrom gesprochen wurde, kann dem nicht gut eine andere Deutung gegeben werden, als daß darunter der Strom in allen seinen fließendes Wasser dem Meere entgeführten Verzweigungen zu verstehen ist. Soweit sich der Strom in Armen teilt und in verschiedenen Rinnen sein Wasser weiterführt, gehören alle diese Teile dem freien Oderstrom im Sinne der Privilegien. Als einleuchtende Gegensätze zum freien Oderstrom ergeben sich bei dieser Auffassung die Zuflüsse, die Wasser erst in den Oderstrom bringen, Seen und Lachen, die mit dem Strome keine oder keine ständige Verbindung haben.

Wenn angenommen werden darf, daß dies die Vorstellung vom freien Oderstrom zu den Zeiten gewesen ist, in die der Rechtserwerb der Beklagten fällt, so ist aus der Natur der Sache weiter anzunehmen, daß der Rechtserwerb nicht auf die damals gerade vorhandenen Wasserläufe beschränkt war, so daß mit dem Eingehen einzelner Wasserläufe das Gebiet der Fischereibetätigung einschrumpfte, vielmehr erstreckte sich der Rechtserwerb auf den Strom in seinem jeweiligen Bestande. Für die früheren Zeiten kommen nur Veränderungen des Stromes im Laufe natürlicher Entwicklungen, nicht Umgestaltungen durch menschliche Maßnahmen in Betracht.

Wird unter diesen Gesichtspunkten der den Beklagten ehemals zur Verfügung stehende Fischereibereich bemessen, so folgt aus den ^{den} Vorschriften der §§ 70, 72 II 15 A.L.R. zu Grunde liegenden Rechtsgedanken, daß Maßnahmen des -- staatlichen --- Wasserbaues das Recht der Beklagten nicht beeinträchtigen dürfen: wird eine bisherige Stromrinne zu einem Kanal umgestaltet, so setzt sich die Fischerei auf diesem fort, wird eine bisherige Stromrinne ausgeschaltet und ein Kanal geschaffen, so folgt aus § 72 a.a.O., daß die Fischerei auf der früheren Wasserfläche bestehen bleibt oder, wenn die frühere Wasserfläche verschwindet, sich an dem neu geschaffenen Kanal fortsetzt.

./.

zur Flaschen im "freien Obstrum" befestigen flacher auch
nur auf diese Wasserlinie angewiesen sein sollten, kann
vielleicht gerade in den Nebenarmen die Flaschen sich vorstell-
bar ausbilden. Wenn im Hinblick auf die Flaschen von
freien Obstrum gesprochen wurde, kann dem nicht ganz eine
andere Deutung gegeben werden, als daß darunter der Strom in
einen seinen fließenden Wasser dem Meere entgegenfließen
Verweigungen zu verstehen ist. Soweit sich der Strom in
Armen teilt und in verschiedenen Rinnen sein Wasser weiterführt,
gehört also diese Teile des freien Obstrum im Sinne der
Privilegien. Als einschneidende Gegenstände zum freien Obstrum
ergeben sich bei dieser Auffassung die Zufüsse, die Wasser
erst in den Obstrum bringen, Seen und Lachen, die mit dem
Strome keine oder keine ständige Verbindung haben.
Wenn angenommen werden darf, daß dies die Vorstellung
vom freien Obstrum zu den Zeiten gewesen ist, in die der
Rechtserwerb der Befugnis fällt, so ist aus der Natur der
Sache weiter anzunehmen, daß der Rechtserwerb nicht auf die
ganze gerade vorhandene Wasserlinie beschränkt war, sondern
mit dem Abgehen einzelner Wasserläufe das Gebiet der
Flacherbetätigung einschloß, vielmehr erstreckte sich
der Rechtserwerb auf den Strom in seinem jeweiligen Bestande.
Für die früheren Zeiten kommen nur Veränderungen des Stromes
in der natürlichen Entwicklung, nicht Umgestaltungen durch
menschliche Maßnahmen in Betracht.
Wird unter diesen Gesichtspunkten der den Befugnis
ehemals zur Verfügung stehende Flacherbereich bemessen, so
folgt aus den Vorschriften der §§ 70, 72 II 1 A.L.R. zu
Grunde liegenden Rechtsgedanken, daß Maßnahmen des -- staat-
lichen -- Wasserbaues das Recht der Befugnis nicht beein-
trächtigen dürfen: wird eine fließende Stromlinie zu einem
Kanal umgestaltet, so steht also die Flaschen auf diesem fort,
wird eine fließende Stromlinie angeschaltet und ein Kanal
geschaffen, so folgt aus § 72 a.L.R., daß die Flaschen auf
der früheren Wasserlinie bestehen bleibt oder, wenn die
frühere Wasserlinie verschwindet, sich an dem neu geschaffenen
Kanal fortsetzt.

Obpf. n

22

-9-

Mag daher auch in den wasserwirtschaftlichen Plänen der Kläger eine Unterscheidung zwischen "Ostoder" und "Westoder" durchgeführt sein und beiden Wasserrinnen eine verschiedene Bestimmung gegeben sein, so können doch die Kläger nicht die Beklagten wegen ihrer Fischereiberechtigung auf die als Schifffahrtsrinne gedachte Ostoder verweisen und von der durch Kunstbauten noch so umgestalteten Westoder ausschließen, weil nur ersterer Wasserlauf jetzt die Benennung freier Oderstrom verdiene.

Der Feststellungsantrag zu 1. ist darum als unbegründet anzusehen. Die in diesem Antrage vorkommenden Bezeichnungen Ostoder und Westoder sind übrigens wohl noch nicht allgemein eingebürgerte Benennungen örtlicher Wasserflächen, sondern vorerst technische Kennzeichnungen, doch brauchte im vorliegenden Rechtsstreit auf eine genauere geographische Bestimmung nicht gedrungen zu werden, weil der Sinn des verfolgten Anspruchs hier nicht zweifelhaft war, und das genügte. Ebenso wenig ~~brauchte~~ brauchte verlangt zu werden, daß die im Klageantrage zu 1 genannten "Nebengewässer" örtlich bestimmt wurden, da aus der Streitlage heraus angenommen werden konnte, es handelt sich hierbei um Stromverzweigungen, die nach den obigen Ausführungen "freier Oderstrom" im Sinne der Privilegien waren. Wenn sie erst durch Kunstbauten den Zusammenhang mit dem fließenden Wasser des Oderstromes verloren haben, wäre es nach §§ 70 ff II 15 A.L.R. belanglos.

Ebenfalls unbegründet ist der Klageantrag zu 2. Es bedarf keiner Beweiserhebung darüber, ob Mitglieder der beklagten Innungen in den letzten Jahrzehnten die Oder auch unterhalb Schwedt oder Niedersaathen in Ausübung der den Beklagten zustehenden Fischereiberechtigung befischt haben oder nicht. Die Berechtigung der Beklagten ist eine einheitliche den Bereich des Oderstromes von Fürstenberg bis Stettin umfassende. Man kann nicht davon sprechen, daß sie sich aus soviel Einzelberechtigungen zusammensetzt, als etwa für sonstige Fischereiprivilegien - und -rechte auf der Oder Fischereigebiete geschaffen sind und bestehen. Die Beklagten hatten nicht nötig, zur Erhaltung ihrer Fischereibefugnis auf der gesamten Strecke alle einzelnen Gebietsteile dauernd zu befischen oder

./.

Es lag daher auch in den wasserwirtschaftlichen Interessen der Kläger eine Unterabteilung zwischen "Ostoder" und "Westoder" durchzuführen sein und beiden Wasserverbänden eine verschiedene Bestimmung gegeben sein, so können doch die Kläger nicht die Befugnisse wegen ihrer Fischereiberechtigung auf die als Schiff-fahrtstanne gedachte Ostoder verweisen und von der durch Kunstbauten noch so ungetrübten Westoder ausschließen, weil nur ersterer Wasserlauf jetzt die Benennung freier Oberstrom verdient.

Der Feststellungsantrag zu 1. ist daher als unbegründet anzusehen. Die in diesem Antrage vorhandenen Bescheinigungen Ostoder und Westoder sind übrigens wohl noch nicht allgemein eingetragene Benennungen örtlicher wasserwirtschaftlicher, sondern vorerst technische Kennzeichnungen, doch bräunte im vorliegenden Rechtssatz auf eine genauere geographische Bestimmung nicht gedrungen zu werden, weil der Sinn des verfügbaren Anspruchs hier nicht zweifelhaft war, und das genügt. Ebenso wenig kann beantragte verlangt zu werden, daß die im Klageantrage zu 1. genannten "Nebengewässer" örtlich bestimmt werden, da aus der Streitlage heraus angenommen werden konnte, es handelt sich hierbei um Stromverzweigungen, die nach den obigen Ausführungen "freier Oberstrom" im Sinne der Privilegien waren. Wenn sie erst durch Kunstbauten den Zusammenhang mit dem fließenden Wasser des Oberstromes verloren haben, wäre es nach §§ 10 ff. 12 A.L.R. belanglos.

Essentialis unbegründet ist der Klageantrag zu 2. Es bedarf keiner Beweisführung darüber, ob Mitglieder der Beklagten Innungen in den letzten Jahrzehnten die Ober auch unterhalb Schwedt oder Niederzossen in Ausübung der den Beklagten zustehenden Fischereiberechtigung belassen haben oder nicht. Die Befugnis der Beklagten ist eine einheitliche den Bereich des Oberstroms von Fürstenberg bis Stettin umfassende. Man kann nicht davon sprechen, daß sie sich aus zwei Stämmen-berechtigungen zusammensetzt, als etwa für sonstige Fischerei-privilegien - und -rechte auf der Ober Fischereiberechtigung. Geschaffen sind und bestehen. Die Beklagten hatten nicht nötig zur Erhaltung ihrer Fischereibefugnis auf der gesamten Strecke alle einzelnen Gebiete als dauernd zu belassen oder

Beckhoff

23

-10-

überhaupt zu befischen. Auch auf den nicht befischten Strecken blieb die Berechtigung bestehen, es trat kein Rechtsverlust durch bloße örtliche Nichtausübung ein.

Da mithin den Feststellungsanträgen zu 1 und 2 nicht stattzugeben war, versteht sich eine Abweisung des Klageantrages zu 3, der Fernhaltung der Beklagten von den beschriebenen Wasserflächen in Zukunft bezweckt, von selber.

Über die Kosten des Rechtsstreits ist nach § 91 ZPO. bestimmt.

gez. Dr. Siebert,

Dr. Witte,

Nasegy.

11

-10-

Überhaupt zu befehlen. Auch auf den nicht befallenen
Strecken blieb die Berechtigung bestehen, es trat kein
Rechtsverlust durch diese örtliche Nichtanwendung ein.
Da nicht die Feststellungsmöglichkeiten zu 1 und 2 nicht
stattgegeben war, versteht sich eine Abweisung des Klage-
antrages zu 3, der Forderung der Beklagten von den be-
schriebenen Vermögenswerten in Zukunft bezweckt, von selbst.
Über die Kosten des Rechtsstreits ist nach § 91 ZPO.
bestimmt.

Ges. Dr. Siebert, Dr. Witten, Hanau.

Beckhoff

24

Abschrift.

3.O.240.25.

22.

Verkindet am 11. Mai 1926.
gez. Hanke als Gerichtsschreiber.

Im Namen des Volkes !

In Sachen

des Deutschen Reiches und des Preussischen Staates, beide
vertreten durch den Oberpräsidenten in Stettin,

Kläger,

-Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Mischel in Frankfurt a.O.-
gegen

1) die Fischerinnung der Gubener Vorstadt in Frankfurt a/Oder,
vertreten durch ihren Vorstand, nämlich Altmeister Hermann
Schulze, Nebenaltmeister Gustav Schwartz und Schriftführer
Hermann Wilke,

2) die Fischerinnung der Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/Oder,
vertreten durch ihren Vorstand, nämlich Altmeister Richard
Schade, Nebenaltmeister Otto Kalisch und Schriftführer
Siegfried Krumm,

sämtlich in Frankfurt a/Oder,

Beklagte,

-Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Justizrat Gebhardt und
Dr. J. H. Gebhardt in Frankfurt a/Oder-
wegen Feststellung

hat die 3. Zivilkammer des Landgerichts in Frankfurt a/Oder
auf die mündliche Verhandlung vom 11. Mai 1926 unter Mitwirkung
des Landgerichtsdirektors Dr. Siebert und der Landgerichtsräte
Dr. Witte und Nasedy für Recht erkannt:

Die Klage wird abgewiesen. Die Kosten des Rechtsstreits
werden den Klägern auferlegt.

Tatbestand.

Die beklagten Fischerinnungen der Gubener Vorstadt und
der Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/Oder sind geschichtliche
Gebilde früherer Jahrhunderte, die eigene Rechtspersönlichkeit
haben. Die Anfänge und der Rechtsgrund ihrer Fischerei-
berechtigung in der Oder sind nicht mehr feststellbar. Die
frühesten bekannten urkundlichen Belege behandeln diese
Berechtigung als eine seit jeher bestehende Tatsache. Im
vorliegenden, die nähere örtliche Umgrenzung dieser Berech-
tigung bezweckenden Rechtsstreit haben die Parteien als solche

./.

Beckhoff

25

-2-

Belege unbestrittene Abschriften der landesherrlichen Erlasse vom 20. Januar 1696 und vom 10. Februar 1690 beigebracht, in 21. Mai 1714 21. März 1714 welchen die Ordnung und Gerechtsame der Beklagten bestätigt wurden.

Durch das Vorflutverbesserungsgesetz vom 4. August 1904 schuf Preussen die gesetzliche Grundlage für einen umfassenden Ausbau der unteren Oder. Die Arbeiten zur Erzielung einer günstigeren Vorflut berücksichtigen zugleich die Notwendigkeit geeigneter Wasserstraßen für den Verkehr. Was an Anlagen geschaffen oder geplant wurde, bedeutet eine streckenweis erhebliche Umgestaltung des Oderlaufs. Mit den Beklagten sind seinerseits Verhandlungen angebahnt, um ihnen einen Ausgleich zu bieten, falls ihre Berechtigung durch Änderung des bislang bestehenden Zustandes beeinträchtigt würde, doch war eine Einigung nicht zu erzielen, wesentlich wohl deswegen, weil der Umfang ihrer Berechtigung nicht unstreitig war.

Der Wasserlauf der Oder wurde durch den mit Reichsgesetz vom 29. Juli 1921 verkündeten Staatsvertrag Eigentum des Deutschen Reichs, Preussen behielt seine staatlichen Fischereien darin. Die Kläger behaupten, daß die Beklagten ihren Privilegien, "im freien Oderstrom" von Fürstenberg bis Stettin zu fischen, eine falsche Auslegung gäben. In den Privilegien sind ihnen die Befischung der "Seen und Lachen" untersagt, ferner seien in Urkunden vom 19. April 1654 und 8. Juni 1667 die "Ausgänge" von der Befischung ausgeschlossen. Unberechtigt sei es daher, wenn die Beklagten in der Weise bei Friedrichsthal und im Kreuzfahrtkanal bei der Scholwer Grube fischen. Keines dieser Gewässer kommen mehr als "freier Oderstrom" in Betracht: die Welse, schon durch ihren besonderen Namen als nicht zum freien Oderstrom gehörend erkennbar, sei in die künstliche Wasserstraße Schwedt - Friedrichsthal aufgegangen, die zur Vorflutverbesserung nach den Gesetzen vom 4. August 1904 und 14. Januar 1921 ausgebaut ist, der Kreuzfahrtkanal sei nach seiner Lage nicht freier Oderstrom. Die Scholwer Grube sei durch Abdämmung vom Oderstrom getrennt worden. Der freie Oderstrom, so wie er sich etwa zur Zeit der Verleihung der Privilegien an die Beklagten darstellte, sei heute nach den örtlichen Umgestaltungen der Wasserflächen nicht mehr vorhanden, im Sinne der Privilegien sei als freier Oderstrom, an dem jetzt

./.

Beckhoff

26

-3-

die Fischereiberechtigung der Beklagten bestünde, die Ostoder zu betrachten, die unter normalen Verhältnissen den eigentlichen Stromschlauch bilde. Diese Stromrinne solle zu gewöhnlichen Zeiten das abfließende Wasser aufnehmen und zugleich den Verkehrsweg darstellen, die Westoder sei als Vorflutkanal des Oberbruchs gedacht und solle bei Hochwässern noch von der Ostoder her Wassermengen aufnehmen. Alle kleineren Wasserläufe, die sich nicht in diesen Plan einfügen ließen, seien abgedämmt oder sollten es noch werden. Daher sei die Westoder von Hohen-saathen bis Friedrichsthal eine eingedämmte künstliche Wasserstraße geworden, nicht belastet mit Fischereiberechtigungen, die am freien Oderstrom beständen oder bestanden hätten.

Während diese Umgestaltungen des Stromverlaufes den Beklagten ein Gebiet genommen hätten, wo sie vielleicht früher fischen durften und gefischt hätten, sei ein anderer Teil des Gebiets von den Beklagten aus eigener Entschliessung aufgegeben. Seit Jahrzehnten hätten die Beklagten die Fischerei nur bis Schwedt und Niedersaathen ausgeübt und seien unterhalb dieser Orte nicht mehr zur Fischerei in der "freien Oder" erschienen. Offenbar habe es nicht gelohnt, mit den für die Privilegien bestehenden Beschränkungen die Fischerei weiter stromab auszuüben. Der Oderlauf sei seit jeher in eine Reihe von Fischereigebieten zerfallen, die verschiedenen Berechtigten zur Fischerei zustanden; wenn den Beklagten eine Fischereibefugnis bis nach Stettin hinab erteilt worden sei, so bedeute es Verleihung der Fischereigerechtigkeit in den verschiedenen Gebieten und das Recht der Beklagten setze sich aus soviel einzelnen Berechtigungen zusammen, als Gebiete in Betracht kämen. Deshalb sei es möglich gewesen, daß die Beklagten in einzelnen Gebieten durch Nichtausübung während geräumiger Zeit ihre Berechtigung verloren hätten. Weil die Beklagten seit den 1860er Jahren die Fischerei von Frankfurt a/Oder aus nicht über Schwedt und Niedersaathen hinaus betrieben hätten, sei ihr Privileg für die Oder unterhalb Niedersaathen erloschen. Unerheblich sei für die Feststellung des Erlöschens, ob die Beklagten neuerdings unbefugt in Nebengewässern der betreffenden Strecke gefischt hätten.

Der Klageantrag geht dahin,

1. festzustellen, daß als "freier" Oderstrom im Sinne der den Beklagten verliehenen Privilegien nur die Ostoder in

./.

Beckhoff

27

-4-

Betracht kommt und daß die Beklagten keine Fischereiberechtigung auf der Westoder sowie ferner auf den Armen und Nebengewässern weder der Ost- noch der Westoder haben, ebenso auf den in den Poldern liegenden Gewässern,

2. festzustellen, daß das Fischereirecht der Beklagten auf der als "freier" Oderstrom anzusehenden Oder unterhalb von Niedersaathen durch Verjährung erloschen ist,
3. die Beklagten zu verurteilen, sich jeder Ausübung der Fischerei auf den zu 1. genannten Gewässern sowie auf der Ostoder unterhalb Niedersaathen durch ihre Mitglieder bei einer Geldstrafe von 1000 Reichsmark für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu enthalten,
4. den Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen,
5. das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Die Beklagten beantragen

Klageabweisung.

Sie bemängeln zunächst, daß nicht gleichzeitig das Deutsche Reich und das Land Preussen eine Klage vorliegenden Inhalts anstrengen könne. Seitdem die Wasserstraßen auf das Reich übergegangen seien, müsse auch die Fischerei, die nach dem Fischereigesetz von 1916 in Preussen mit dem Eigentum verbunden sei, als dem Reiche zugefallen behandelt werden. Hätte aber Preussen nicht die Fischerei auch der fraglichen Wasserstrecken gehabt, dann sei jetzt weder das Reich noch Preussen zur Geltendmachung der Klageansprüche befugt. Was die Fassung der Klageanträge betrifft, so entbehren die gewählte Bezeichnung Ostoder und Westoder der erforderlichen Bestimmtheit und es sei genaueste Angabe der gemeinten Wasserstrecken nötig. Schließlich seien ja auf das Reich 1921 nur bestimmte Wasserstrecken übergegangen. Im übrigen seien die tatsächlichen und rechtlichen Ausführungen der Kläger unzutreffend. Unzutreffend sei, daß die Beklagten die Fischerei unterhalb Niedersaathen seit Jahrzehnten nicht mehr ausgeübt hätten. Sie hätten stets ein Fischereirecht auf der ganzen Oderstrecke bis Stettin behauptet, in etwaigen Streitfällen zum Antrag gebracht und auch dauernd betätigt, mindestens durch den Fischereibetrieb einzelner Innungsmitglieder, die mit ihrer Fischereiausübung das Recht der Innung

./.

Beckhoff

28

-5-

selbst zur Geltung brachten. Hiervon abgesehen könne die Berechtigung der Beklagten nur einheitlich aufgefaßt werden und es sei nicht erforderlich, daß die Beklagten zur Erhaltung ihres Rechtes im alten Umfange stets auf allen Teilen der ihnen zu Gebote stehenden Wasserflächen die Fischerei wirklich betätigten. Es könne kein Erlöschen des Privilegs für einzelne Strecken eintreten, die etwa seltener aufgesucht würden. Andererseits wäre es rechtlich möglich gewesen, daß die Beklagten eine etwa ihnen vorher nicht zustehende Fischereibefugnis dadurch ersitzend erworben hätten, daß sie seit mehr als dreissig Jahren vor dem 1. Mai 1914 die Fischerei auf den Gewässern tatsächlich nachweisbar ausübten. Unrichtig sei ferner, daß die Beklagten als Gebiet zur Ausübung ihrer Fischereibefugnis hinnehmen müßten, was die Kläger ihnen belassen wollten, und auf diejenigen Gewässer verzichten müßten, die von den Klägern bei Ausbau und Umgestaltung der Wasserläufe abgetrennt oder als künstliche Wasserrinne betrachtet würden. Wie wenig einheitlich die Ansichten über die Beeinflussung der Fischereigerechtsamen durch Strombauten wäre, zeige gerade der Umstand, daß im Jahre 1923 die Oderstrombauverwaltung bei Verhandlungen mit den Beklagten den Standpunkt vertreten haben, das Privileg der letzteren beziehe sich nur auf die bei Privilegerteilung vorhanden gewesenen Wasserläufe, setze sich aber nicht an neugeschaffenen oder ausgebauten Strecken fort und übertrage sich nicht auf sie. Im vorliegenden Rechtsstreit seien die Kläger hingegen bemüht, die Beklagten von den alten längst vorhanden gewesenen Gewässern auszuschließen und auf den durch Veränderungsbauten erheblich umgestalteten neuen Stromlauf zu verweisen. Wenn den Beklagten in ihren Privilegien der freie Oderstrom als ihr Fischereigebiet zugestanden sei, so bedeute das den Oderlauf in allen seinen Teilen von Ufer zu Ufer, also auch in den einzelnen Armen. Gerade die im Privileg hervorgehobenen Einschränkungen -- Untersagung der Fischerei in den Seen und Lachen und in den Ausgängen -- zeigten, daß die Beklagten nicht auf die bloße jeweilige Schiffahrtsrinne angewiesen sein sollten, sondern befischen dürften, was irgend zum fließenden Strome gehörte. Gemäß dieser Auffassung hätten die Beklagten seit

./.

Gepp

29

-6-

mehr als hundert Jahren die Fischerei im ganzen System der Oder betrieben.

Die Kläger weisen darauf hin, daß nach dem Staatsvertrag von 1921 die Fischereirechte dem Preussischen Staate verblieben seien, er habe unter andern die im Schriftsatze vom 29. Oktober 1925 aufgeführten Fischereigerechtigkeiten. Daher könne er die Klageansprüche verfolgen. Die Unterscheidung zwischen Westoder und Ostoder sei in der Örtlichkeit leicht, da schon der Anblick die Verschiedenartigkeit der Gewässer ergebe. Wenn die Beklagten ein Fischereirecht im freien Oderstrom hätten, ständen ihnen darum nicht die Nebenarme des Flusses zur Verfügung und die Beschränkung des Privilegs auf dem freien Oderstrom schliesse ihre Gutgläubigkeit bei etwaiger Fischereibetätigung in den Nebengewässern aus.

Wegen des weiteren Inhaltes der Parteianführungen wird auf die gewechselten Schriftsätze Bezug genommen.

G r ü n d e .

Die Klagebefugnis der Kläger und ihre Vertretung im Rechtsstreite unterliegt keinen Bedenken. Das Deutsche Reich ist jetzt Eigentümer des Wasserlaufs der Oder im Reichsgebiete. Preussen hat Fischereiberechtigungen in der Oder auf Strecken, die in dem den Beklagten laut Privileg angewiesenen Gebiet liegen. Beide Kläger können eine Feststellung betreiben, wie weit die Fischereigerechtsame der Beklagten örtlich ausgedehnt ist, und können eine Fischereiausübung außerhalb dieses Bereichs verbieten.

Eine Rechtspersönlichkeit der Beklagten muß für die Vergangenheit von den Zeiten an unterstellt werden, wo überhaupt die Ausübung der Fischerei im allgemeinen Rechtsbewußtsein und im öffentlichen Rechtsgestaltungswillen als Befugnis eines bestimmten Kreises erscheine, der eine gewisse Verfassung hatte und über die Lebenszeit der jeweiligen Mitglieder hinaus Bestand haben sollte. Die Anfänge der Beklagten verlieren sich in Zeiten, von denen Nachrichten nicht mehr erhalten sind. In den frühesten auf die Gegenwart gekommenen Kunden erscheinen die Beklagten und ihr Recht als gegebene Tatsache. Was als Privilegien der Beklagten überliefert ist, war seinerzeit nicht sowohl Schaffung neuer Rechte, Verleihung

./.

Justiz
& D

Gebhardt

30

-7-

vorher nicht besessener Befugnisse als vielmehr Anerkennung und Bestätigung bisheriger Berechtigungen und beanspruchter Bestätigungen. So müssen auch die von den Parteien im gegenwärtigen Rechtsstreit als Ausgangspunkt genommenen landesherrlichen Erlasse vom 20. Januar 1696 und vom 10. Februar 1690 21. Mai 1714 21. März 1714 aufgefaßt werden.

In diesen Erlassen hat die Staatsgewalt unter Vorbehalten der Änderung und Aufhebung, wie sie bei Privilegerteilungen und Privilegbestätigungen vielfach ausgesprochen wurden, die Berechtigung der Beklagten zum Fischen im Freien Oderstrom von Fürstenberg bis Stettin anerkannt und zwar ohne erläuternden Hinweis, was als freier Oderstrom zu gelten habe. Wenn etwa in Ziffer 18 der Erlasse vom 10. Februar 1690 21. März 1714

das Fischfangen an "unrechten Orten" bei Strafe untersagt ist und als solche "Seen und Lachen" angeführt werden, so sind sicher diese beiden bezeichneten Arten Wasserflächen nicht die einzigen Gebiete, in denen eine Fischerei der Beklagten nicht statthaben sollte, sondern sind deshalb hervorgehoben, weil hier die Gefahr des Übergreifens wohl am nächsten lag: Seen, die einen Abfluß in die Oder haben, sollten nicht von der Oder aus befischt werden, und ebensowenig sollten die Innungen in Laaken fischen, Gewässern, die bei Überschwemmungen von der Oder gespeist oder überflutet werden, aber zu Zeiten eines gewöhnlichen Wasserstandes keinerlei Verbindung mit dem Strom hatten.

Der in den Erlassen der Privilegien als bekannt und als nicht weiter erläuterungsbedürftig behandelte Begriff des freien Oderstromes brauchte auch für diejenigen Strecken, wo der Strom zwischen festen Ufern in einer einzigen Rinne floß, nicht eingehender umgränzt zu werden. Anders freilich bei denjenigen Strecken, wo der Strom sich in mehrere Arme teilt und die Wasserrinnen untereinander verschieden bedeutend sind. Daß der untere Lauf der Oder in erheblichem Umfange solche Verzweigungen aufweist, war in den erwähnten Zeitpunkten, wo vom "freien" Oderstrom gesprochen wurde, fraglos bekannt. Der Schiffsverkehr, soweit solcher stattfand, wird sich in damaligen Zeiten nur auf der hierfür günstigen Wasserinne abgespielt haben. Nichts spricht aber dafür, daß die

Gepp

31

-8-

zur Fischerei im "freien Oderstrom" befugten Fischer auch nur auf diese Wasserrinne angewiesen sein sollten, zumal vielleicht gerade in den Nebenarmen die Fischerei sich vorteilhafter ausüben ließ. Wenn im Hinblick auf die Fischerei vom freien Oderstrom gesprochen wurde, kann dem nicht gut eine andere Deutung gegeben werden, als daß darunter der Strom in allen seinen fließenden Wasser dem Meere entgeführten Verzweigungen zu verstehen ist. Soweit sich der Strom in Armen teilt und in verschiedenen Rinnen sein Wasser weiterführt, gehören alle diese Teile dem freien Oderstrom im Sinne der Privilegien. Als einleuchtende Gegensätze zum freien Oderstrom ergeben sich bei dieser Auffassung die Zuflüsse, die Wasser erst in den Oderstrom bringen, Seen und Lachen, die mit dem Strome keine oder keine ständige Verbindung haben.

Wenn angenommen werden darf, daß dies die Vorstellung vom freien Oderstrom zu den Zeiten gewesen ist, in die der Rechtserwerb der Beklagten fällt, so ist aus der Natur der Sache weiter anzunehmen, daß der Rechtserwerb nicht auf die damals gerade vorhandenen Wasserläufe beschränkt war, so daß mit dem Eingehen einzelner Wasserläufe das Gebiet der Fischereibetätigung einschrumpfte, vielmehr erstreckte sich der Rechtserwerb auf den Strom in seinem jeweiligen Bestande. Für die früheren Zeiten kommen nur Veränderungen des Stromes im Laufe natürlicher Entwicklungen, nicht Umgestaltungen durch menschliche Maßnahmen in Betracht.

Wird unter diesen Gesichtspunkten der den Beklagten ehemals zur Verfügung stehende Fischereibereich bemessen, so folgt aus den ^{den} Vorschriften der §§ 70, 72 II 15 A.L.R. zu Grunde liegenden Rechtsgedanken, daß Maßnahmen des -- staatlichen --- Wasserbaues das Recht der Beklagten nicht beeinträchtigen dürfen: wird eine bisherige Stromrinne zu einem Kanal umgestaltet, so setzt sich die Fischerei auf diesem fort, wird eine bisherige Stromrinne ausgeschaltet und ein Kanal geschaffen, so folgt aus § 72 a.a.O., daß die Fischerei auf der früheren Wasserfläche bestehen bleibt oder, wenn die frühere Wasserfläche verschwindet, sich an dem neu geschaffenen Kanal fortsetzt.

./.

Behrhop

32

-9-

Mag daher auch in den wasserwirtschaftlichen Plänen der Kläger eine Unterscheidung zwischen "Ostoder" und "Westoder" durchgeführt sein und beiden Wasserrinnen eine verschiedene Bestimmung gegeben sein, so können doch die Kläger nicht die Beklagten wegen ihrer Fischereiberechtigung auf die als Schifffahrtsrinne gedachte Ostoder verweisen und von der durch Kunstbauten noch so umgestalteten Westoder ausschließen, weil nur ersterer Wasserlauf jetzt die Benennung freier Oderstrom verdient.

Der Feststellungsantrag zu 1. ist darum als unbegründet anzusehen. Die in diesem Antrage vorkommenden Bezeichnungen Ostoder und Westoder sind übrigens wohl noch nicht allgemein eingebürgerte Benennungen örtlicher Wasserflächen, sondern vorerst technische Kennzeichnungen, doch brauchte im vorliegenden Rechtsstreit auf eine genauere geographische Bestimmung nicht gedrungen zu werden, weil der Sinn des verfolgten Anspruchs hier nicht zweifelhaft war, und das genigte. Ebenso wenig kann verlangt zu werden, daß die im Klageantrage zu 1. genannten "Nebengewässer" örtlich bestimmt wurden, da aus der Streitlage heraus angenommen werden konnte, es handelt sich hierbei um Stromverzweigungen, die nach den obigen Ausführungen "freier Oderstrom" im Sinne der Privilegien waren. Wenn sie erst durch Kunstbauten den Zusammenhang mit dem fließenden Wasser des Oderstromes verloren haben, wäre es nach §§ 70 ff II 15 A.L.R. belanglos.

Ebenfalls unbegründet ist der Klageantrag zu 2. Es bedarf keiner Beweiserhebung darüber, ob Mitglieder der beklagten Innungen in den letzten Jahrzehnten die Oder auch unterhalb Schwedt oder Niedersaathen in Ausübung der den Beklagten zustehenden Fischereiberechtigung befischt haben oder nicht. Die Berechtigung der Beklagten ist eine einheitliche den Bereich des Oderstromes von Fürstenberg bis Stettin umfassende. Man kann nicht davon sprechen, daß sie sich aus soviel Einzelberechtigungen zusammensetzt, als etwa für sonstige Fischereiprivilegien - und -rechte auf der Oder Fischereigebiete geschaffen sind und bestehen. Die Beklagten hatten nicht nötig, zur Erhaltung ihrer Fischereibefugnis auf der gesamten Strecke alle einzelnen Gebietsteile dauernd zu befischen oder

./.

Justiz
& D

Beckhoff

33

-10-

Überhaupt zu befischen. Auch auf den nicht befischten Strecken blieb die Berechtigung bestehen, es trat kein Rechtsverlust durch bloße örtliche Nichtausübung ein.

Da mithin den Feststellungsanträgen zu 1 und 2 nicht stattgegeben war, versteht sich eine Abweisung des Klageantrages zu 3, der Fernhaltung der Beklagten von den beschriebenen Wasserflächen in Zukunft bezweckt, von selber.

Über die Kosten des Rechtsstreits ist nach § 91 ZPO. bestimmt.

gez. Dr. Siebert,

Dr. Witte,

Kasag.

Justiz
& D

Gebhardt

34

Abschrift.

3.O.240.25.

22.

Verkündet am 11. Mai 1926.
gez. Hanke als Gerichtsschreiber.

I m N a m e n d e s V o l k e s !

In Sachen

des Deutschen Reiches und des Preussischen Staates, beide
vertreten durch den Oberpräsidenten in Stettin,

Kläger,

-Prozessevollmächtigter: Rechtsanwalt Püschel in Frankfurt a.O.-
gegen

1) die Fischerinnung der Gubener Vorstadt in Frankfurt a/Oder,
vertreten durch ihren Vorstand, nämlich Altmeister Hermann
Schulze, Nebenaltsmeister Gustav Schwartz und Schriftführer
Hermann Wilke,

2) die Fischerinnung der Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/Oder,
vertreten durch ihren Vorstand, nämlich Altmeister Richard
Schade, Nebenaltsmeister Otto Kalisch und Schriftführer
Siegfried Krumman,

sämtlich in Frankfurt a/Oder,

Beklagte,

-Prozessevollmächtigte: Rechtsanwälte Justizrat Gebhardt und
Dr. J. H. Gebhardt in Frankfurt a/Oder-
wegen Feststellung

hat die 3. Zivilkammer des Landgerichts in Frankfurt a/Oder
auf die mündliche Verhandlung vom 11. Mai 1926 unter Mitwirkung
des Landgerichtsdirektors Dr. Siebert und der Landgerichtsräte
Dr. Witte und Nasedy für Recht erkannt:

Die Klage wird abgewiesen. Die Kosten des Rechtsstreits
werden den Klägern auferlegt.

Tatbestand.

Die beklagten Fischerinnungen der Gubener Vorstadt und
der Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/Oder sind geschichtliche
Gebilde früherer Jahrhunderte, die eigene Rechtspersönlichkeit
haben. Die Anfänge und der Rechtsgrund ihrer Fischerei-
berechtigung in der Oder sind nicht mehr feststellbar. Die
frühesten bekannten urkundlichen Belege behandeln diese
Berechtigung als eine seit jeher bestehende Tatsache. Im
vorliegenden, die nähere örtliche Umgrenzung dieser Berech-
tigung bezweckenden Rechtsstreit haben die Parteien als solche

./.

Justiz
& D

Beckhoff

35

-2-

Belege unbestrittene Abschriften der landesherrlichen Erlasse vom 20. Januar 1696 und vom 10. Februar 1690 beigebracht, in 21. Mai 1714 21. März 1714 welchen die Ordnung und Gerechtsame der Beklagten bestätigt wurden.

Durch das Vorflutverbesserungsgesetz vom 4. August 1904 schuf Preussen die gesetzliche Grundlage für einen umfassenden Ausbau der unteren Oder. Die Arbeiten zur Erzielung einer günstigeren Vorflut berücksichtigen zugleich die Notwendigkeit geeigneter Wasserstraßen für den Verkehr. Was an Anlagen geschaffen oder geplant wurde, bedeutet eine streckenweis erhebliche Umgestaltung des Oderlaufs. Mit den Beklagten sind seinerzeit Verhandlungen angebahnt, um ihnen einen Ausgleich zu bieten, falls ihre Berechtigung durch Änderung des bislang bestehenden Zustandes beeinträchtigt würde, doch war eine Einigung nicht zu erzielen, wesentlich wohl deswegen, weil der Umfang ihrer Berechtigung nicht unstreitig war.

Der Wasserlauf der Oder wurde durch den mit Reichsgesetz vom 29. Juli 1921 verkündeten Staatsvertrag Eigentum des Deutschen Reichs, Preussen behielt seine staatlichen Fischereien darin. Die Kläger behaupten, daß die Beklagten ihren Privilegien, "im freien Oderstrom" von Fürstenberg bis Stettin zu fischen, eine falsche Auslegung gäben. In den Privilegien sind ihnen die Befischung der "Seen und Lachen" untersagt, ferner seien in Urkunden vom 19. April 1654 und 8. Juni 1667 die "Ausgänge" von der Befischung ausgeschlossen. Unberechtigt sei es daher, wenn die Beklagten in der Weise bei Frädrichsthal und im Kreuzfahrtkanal bei der Scholwer Grube fischen. Keines dieser Gewässer kommen mehr als "freier Oderstrom" in Betracht: die Weise, schon durch ihren besonderen Namen als nicht zum freien Oderstrom gehörend erkennbar, sei in die künstliche Wasserstraße Schwedt - Friedrichsthal aufgegangen, die zur Vorflutverbesserung nach den Gesetzen vom 4. August 1904 und 14. Januar 1921 ausgebaut ist, der Kreuzfahrtkanal sei nach seiner Lage nicht freier Oderstrom. Die Scholwer Grube sei durch Abdämmung vom Oderstrom getrennt worden. Der freie Oderstrom, so wie er sich etwa zur Zeit der Verleihung der Privilegien an die Beklagten darstellte, sei heute nach den örtlichen Umgestaltungen der Wasserflächen nicht mehr vorhanden, im Sinne der Privilegien sei als freier Oderstrom, an dem jetzt

./.

Gepp

36

-3-

die Fischereiberechtigung der Beklagten bestünde, die Ostoder zu betrachten, dieunter normalen Verhältnissen den eigentlichen Stromschlauch bilde. Diese Stromrinne solle zu gewöhnlichen Zeiten das abfließende Wasser aufnehmen und zugleich den Verkehrsweg darstellen, die Westoder sei als Vorflutkanal des Oberbruchs gedacht und solle bei Hochwässern noch von der Ostoder her Wassermengen aufnehmen. Alle kleineren Wasserläufe, die sich nicht in diesen Plan einfügen ließen, seien abgedämmt oder sollten es noch werden. Daher sei die Westoder von Hohen-saathen bis Friedrichsthal eine eingedämmte künstliche WasserstraÙe geworden, nicht belastet mit Fischereiberechtigungen, die am freien Oderstrom beständen oder bestanden hätten.

Während diese Umgestaltungen des Stromverlaufes den Beklagten ein Gebiet genommen hätten, wo sie vielleicht früher fischen durften und gefischt hätten, sei ein anderer Teil des Gebiets von den Beklagten aus eigener EntschlieÙung aufgegeben. Seit Jahrzehnten hätten die Beklagten die Fischerei nur bis Schwedt und Niedersaathen ausgeübt und seien unterhalb dieser Orte nicht mehr zur Fischerei in der "freien Oder" erschienen. Offenbar habe es nicht gelohnt, mit den für die Privilegien bestehenden Beschränkungen die Fischerei weiter stromab auszuüben. Der Oderlauf sei seit jeher in eine Reihe von Fischereigebieten zerfallen, die verschiedenen Berechtigten zur Fischerei zustanden; wenn den Beklagten eine Fischereibefugnis bis nach Stettin hinab erteilt worden sei, so bedeute es Verleihung der Fischereigerechtigkeit in den verschiedenen Gebieten und das Recht der Beklagten setze sich aus soviel einzelnen Berechtigungen zusammen, als Gebiete in Betracht kämen. Deshalb sei es möglich gewesen, daß die Beklagten in einzelnen Gebieten durch Nichtausübung während geräumer Zeit ihre Berechtigung verloren hätten. Weil die Beklagten seit den 1860er Jahren die Fischerei von Frankfurt a/Oder aus nicht über Schwedt und Niedersaathen hinaus betrieben hätten, sei ihr Privileg für die Oder unterhalb Niedersaathen erloschen. Unerheblich sei für die Feststellung des Erlöschens, ob die Beklagten neuerdings unbefugt in Nebengewässern der betreffenden Strecke gefischt hätten.

Der Klageantrag geht dahin,

1. festzustellen, daß als "freier" Oderstrom im Sinne der den Beklagten verliehenen Privilegien nur die Ostoder in

./.

Beckhoff

37

-4-

Betracht kommt und daß die Beklagten keine Fischereiberechtigung auf der Westoder sowie ferner auf den Armen und Nebengewässern weder der Ost- noch der Westoder haben, ebenso auf den in den Poldern liegenden Gewässern,

2. festzustellen, daß das Fischereirecht der Beklagten auf der als "freier" Oderstrom anzusehenden Oder unterhalb von Niedersaathen durch Verjährung erloschen ist,
3. die Beklagten zu verurteilen, sich jeder Ausübung der Fischerei auf den zu 1. genannten Gewässern sowie auf der Ostoder unterhalb Niedersaathen durch ihre Mitglieder bei einer Geldstrafe von 1000 Reichsmark für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu enthalten,
4. den Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen,
5. das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Die Beklagten beantragen

Klageabweisung.

Sie beantragen zunächst, daß nicht gleichzeitig das Deutsche Reich und das Land Preussen eine Klage vorliegenden Inhalts anstrengen könne. Seitdem die Wasserstraßen auf das Reich übergegangen seien, müsse auch die Fischerei, die nach dem Fischereigesetz von 1916 in Preussen mit dem Eigentum verbunden sei, als dem Reiche zugefallen behandelt werden. Hätte aber Preussen nicht die Fischerei auch der fraglichen Wasserstrecken gehabt, dann sei jetzt weder das Reich noch Preussen zur Geltendmachung der Klageansprüche befugt. Was die Fassung der Klageanträge betrifft, so entbehren die gewählte Bezeichnung Ostoder und Westoder der erforderlichen Bestimmtheit und es sei genaueste Angabe der gemeinten Wasserstrecken nötig. Schließlich seien ja auf das Reich 1921 nur bestimmte Wasserstrecken übergegangen. Im übrigen seien die tatsächlichen und rechtlichen Ausführungen der Kläger unzutreffend. Unzutreffend sei, daß die Beklagten die Fischerei unterhalb Niedersaathen seit Jahrzehnten nicht mehr ausgeübt hätten. Sie hätten stets ein Fischereirecht auf der ganzen Oderstrecke bis Stettin behauptet, in etwaigen Streitfällen zum Austrag gebracht und auch dauernd betätigt, mindestens durch den Fischereibetrieb einzelner Innungsmitglieder, die mit ihrer Fischereiausübung das Recht der Innung

./.

-5-

selbst zur Geltung brachten. Hiervon abgesehen könne die Berechtigung der Beklagten nur einheitlich aufgefaßt werden und es sei nicht erforderlich, daß die Beklagten zur Erhaltung ihres Rechtes im alten Umfange stets auf allen Teilen der ihnen zu Gebote stehenden Wasserflächen die Fischerei wirklich betätigten. Es könne kein Erlöschen des Privilegs für einzelne Strecken eintreten, die etwa seltener aufgesucht würden. Andererseits wäre es rechtlich möglich gewesen, daß die Beklagten eine etwa ihnen vorher nicht zustehende Fischereibefugnis dadurch ersitzend erworben hätten, daß sie seit mehr als dreissig Jahren vor dem 1. Mai 1914 die Fischerei auf den Gewässern tatsächlich nachweisbar ausübten. Unrichtig sei ferner, daß die Beklagten als Gebiet zur Ausübung ihrer Fischereibefugnis hinnehmen müßten, was die Kläger ihnen belassen wollten, und auf diejenigen Gewässer verzichten müßten, die von den Klägern bei Ausbau und Umgestaltung der Wasserläufe abgetrennt oder als künstliche Wasserrinne betrachtet würden. Wie wenig einheitlich die Ansichten über die Beeinflussung der Fischereigerechtsamen durch Strombauten wäre, zeige gerade der Umstand, daß im Jahre 1923 die Oderstrombauverwaltung bei Verhandlungen mit den Beklagten den Standpunkt vertreten haben, das Privileg der letzteren beziehe sich nur auf die bei Privilegerteilung vorhanden gewesenen Wasserläufe, setze sich aber nicht an neugeschaffenen oder ausgebauten Strecken fort und übertrage sich nicht auf sie. Im vorliegenden Rechtsstreit seien die Kläger hingegen bemüht, die Beklagten von den alten längst vorhanden gewesenen Gewässern auszuschließen und auf den durch Veränderungsbauten erheblich umgestalteten neuen Stromlauf zu verweisen. Wenn den Beklagten in ihren Privilegien der freie Oderstrom als ihr Fischereigebiet zugestanden sei, so bedeute das den Oderlauf in allen seinen Teilen von Ufer zu Ufer, also auch in den einzelnen Armen. Gerade die im Privileg hervorgehobenen Einschränkungen -- Untersagung der Fischerei in den Seen und Lachen und in den Ausgängen -- zeigten, daß die Beklagten nicht auf die bloße jeweilige Schiffahrtsrinne angewiesen sein sollten, sondern befischen dürften, was irgend zum fließenden Strome gehörte. Gemäß dieser Auffassung hätten die Beklagten seit

./.

NEU
START
KULTUR



DEUTSCHE DIGITALE BIBLIOTHEK
Bücher und Wissen online



-6-

mehr als hundert Jahren die Fischerei im ganzen System der Oder betrieben.

Die Kläger weisen darauf hin, daß nach dem Staatsvertrag von 1921 die Fischereirechte dem Preussischen Staate verblieben seien, er habe unter andern die im Schriftsatze vom 29. Oktober 1925 aufgeführten Fischereigerechtigkeiten. Daher könne er die Klageansprüche verfolgen. Die Unterscheidung zwischen Westoder und Ostoder sei in der Örtlichkeit leicht, da schon der Anblick die Verschiedenartigkeit der Gewässer ergebe. Wenn die Beklagten ein Fischereirecht im freien Oderstrom hätten, ständen ihnen darum nicht die Nebenarme des Flusses zur Verfügung und die Beschränkung des Privilegs auf dem freien Oderstrom schlosse ihre Gutgläubigkeit bei etwaiger Fischereibetätigung in den Nebengewässern aus.

Gegen des weiteren Inhaltes der Parteienführungen wird auf die gewechselten Schriftsätze Bezug genommen.

G r ü n d e .

Die Klagebefugnis der Kläger und ihre Vertretung im Rechtsstreite unterliegt keinen Bedenken. Das Deutsche Reich ist jetzt Eigentümer des Wasserlaufs der Oder im Reichsgebiete. Preussen hat Fischereiberechtigungen in der Oder auf Strecken, die in dem den Beklagten laut Privileg angewiesenen Gebiet liegen. Beide Kläger können eine Feststellung betreiben, wie weit die Fischereigerechtsame der Beklagten örtlich ausgedehnt ist, und können eine Fischereiausübung außerhalb dieses Bereichs verbieten.

Eine Rechtspersönlichkeit der Beklagten muß für die Vergangenheit von den Zeiten an unterstellt werden, wo überhaupt die Ausübung der Fischerei im allgemeinen Rechtsbewußtsein und im öffentlichen Rechtsgestaltungswillen als Befugnis eines bestimmten Kreises erscheine, der eine gewisse Verfassung hatte und über die Lebenszeit der jeweiligen Mitglieder hinaus Bestand haben sollte. Die Anfänge der Beklagten verlieren sich in Zeiten, von denen Nachrichten nicht mehr erhalten sind. In den frühesten auf die Gegenwart gekommenen Kunden erscheinen die Beklagten und ihr Recht als gegebene Tatsache. Was als Privilegien der Beklagten überliefert ist, war seinerzeit nicht sowohl Schaffung neuer Rechte, Verleihung

./.

Justiz
& D

Gepp

40

-7-

vorher nicht besessener Befugnisse als vielmehr Anerkennung und Bestätigung bisheriger Berechtigungen und beanspruchter Bestätigungen. So müssen auch die von den Parteien in gegenwärtigen Rechtsstreit als Ausgangspunkt genommenen landesherrlichen Erlasse vom 20. Januar 1696 und vom 10. Februar 1690
21. Mai 1714 21. März 1714
aufgefaßt werden.

In diesen Erlassen hat die Staatsgewalt unter Vorbehalt der Änderung und Aufhebung, wie sie bei Privilegerteilungen und Privilegbestätigungen vielfach ausgesprochen wurden, die Berechtigung der Beklagten zum Fischen im Freien Oderstrom von Fürstenberg bis Stettin anerkannt und zwar ohne erläuternden Hinweis, was als freier Oderstrom zu gelten habe. Wenn etwa in Ziffer 18 der Erlasse vom 10. Februar 1690
21. März 1714

das Fischfangen an "unrechten Orten" bei Strafe untersagt ist und als solche "Seen und Lachen" angeführt werden, so sind sicher diese beiden bezeichneten Arten Wasserflächen nicht die einzigen Gebiete, in denen eine Fischerei der Beklagten nicht statthaben sollte, sondern sind deshalb hervorgehoben, weil hier die Gefahr des Übergreifens wohl am nächsten lag: Seen, die einen Abfluß in die Oder haben, sollten nicht von der Oder aus befischt werden, und ebensowenig sollten die Innungen in Laaken fischen, Gewässern, die bei Überschwemmungen von der Oder gespeist oder überflutet werden, aber zu Zeiten eines gewöhnlichen Wasserstandes keinerlei Verbindung mit dem Strom hatten.

Der in den Erlassen der Privilegien als bekannt und als nicht weiter erläuterungsbedürftig behandelte Begriff des freien Oderstromes brauchte auch für diejenigen Strecken, wo der Strom zwischen festen Ufern in einer einzigen Rinne floß, nicht eingehender umgrenzt zu werden. Anders freilich bei denjenigen Strecken, wo der Strom sich in mehrere Arme teilt und die Wasserrinnen untereinander verschieden bedeutend sind. Daß der untere Lauf der Oder in erheblichem Umfang solche Verzweigungen aufweist, war in den erwähnten Zeitpunkten, wo vom "freien" Oderstrom gesprochen wurde, fraglos bekannt. Der Schiffsverkehr, soweit solcher stattfand, wird sich in damaligen Zeiten nur auf der hierfür günstigen Wasserinne abgespielt haben. Nichts spricht aber dafür, daß die

Beckhoff

41

-8-

zur Fischerei im "freien Oderstrom" befugten Fischer auch nur auf diese Wasserrinne angewiesen sein sollten, zumal vielleicht gerade in den Nebenarmen die Fischerei sich vorteilhafter ausüben ließ. Wenn im Hinblick auf die Fischerei vom freien Oderstrom gesprochen wurde, kann dem nicht gut eine andere Deutung gegeben werden, als daß darunter der Strom in allen seinen fließendes Wasser dem Meere entgegenführenden Verzweigungen zu verstehen ist. Soweit sich der Strom in Armen teilt und in verschiedenen Rinnen sein Wasser weiterführt, gehören alle diese Teile dem freien Oderstrom im Sinne der Privilegien. Als einleuchtende Gegensätze zum freien Oderstrom ergeben sich bei dieser Auffassung die Zuflüsse, die Wasser erst in den Oderstrom bringen, Seen und Lachen, die mit dem Strom keine oder keine ständige Verbindung haben.

Wenn angenommen werden darf, daß dies die Vorstellung vom freien Oderstrom zu den Zeiten gewesen ist, in die der Rechtserwerb der Beklagten fällt, so ist aus der Natur der Sache weiter anzunehmen, daß der Rechtserwerb nicht auf die damals gerade vorhandenen Wasserläufe beschränkt war, so daß mit dem Eingehen einzelner Wasserläufe das Gebiet der Fischereibetätigung einschrumpfte, vielmehr erstreckte sich der Rechtserwerb auf den Strom in seinem jeweiligen Bestande. Für die früheren Zeiten kommen nur Veränderungen des Stromes im Laufe natürlicher Entwicklungen, nicht Umgestaltungen durch menschliche Maßnahmen in Betracht.

Wird unter diesen Gesichtspunkten der den Beklagten ehemals zur Verfügung stehende Fischereibereich bemessen, so folgt aus den ^{den} Vorschriften der §§ 70, 72 II 15 A.L.R. zu Grunde liegenden Rechtsgedanken, daß Maßnahmen des -- staatlichen --- Wasserbaues das Recht der Beklagten nicht beeinträchtigen dürfen: wird eine bisherige Stromrinne zu einem Kanal umgestaltet, so setzt sich die Fischerei auf diesem fort, wird eine bisherige Stromrinne ausgeschaltet und ein Kanal geschaffen, so folgt aus § 72 a.a.O., daß die Fischerei auf der früheren Wasserfläche bestehen bleibt oder, wenn die frühere Wasserfläche verschwindet, sich an dem neu geschaffenen Kanal fortsetzt.

./.

Beckhoff

42

-9-

Mag daher auch in den wasserwirtschaftlichen Plänen der Kläger eine Unterscheidung zwischen "Ostoder" und "Westoder" durchgeführt sein und beiden Wasserrinnen eine verschiedene Bestimmung gegeben sein, so können doch die Kläger nicht die Beklagten wegen ihrer Fischereiberechtigung auf die als Schifffahrtsrinne gedachte Ostoder verweisen und von der durch Kunstbauten noch so umgestalteten Westoder ausschließen, weil nur ersterer Wasserlauf jetzt die Benennung freier Oderstrom verdiene.

Der Feststellungsantrag zu 1. ist darum als unbegründet anzusehen. Die in diesem Antrage vorkommenden Bezeichnungen Ostoder und Westoder sind übrigens wohl noch nicht allgemein eingebürgerte Benennungen örtlicher Wasserflächen, sondern vorerst technische Kennzeichnungen, doch brauchte im vorliegenden Rechtsstreit auf eine genauere geographische Bestimmung nicht gedrungen zu werden, weil der Sinn des verfolgten Anspruchs hier nicht zweifelhaft war, und das genügte. Ebenso wenig konnte verlangt zu werden, daß die im Klageantrage zu 1. genannten "Hebengewässer" örtlich bestimmt wurden, da aus der Streitlage heraus angenommen werden konnte, es handelt sich hierbei um Stromverzweigungen, die nach den obigen Ausführungen "freier Oderstrom" im Sinne der Privilegien waren. Wenn sie erst durch Kunstbauten den Zusammenhang mit dem fließenden Wasser des Oderstromes verloren haben, wäre es nach §§ 70 ff II 15 A.L.R. belanglos.

Ebenfalls unbegründet ist der Klageantrag zu 2. Es bedarf keiner Beweiserhebung darüber, ob Mitglieder der beklagten Innungen in den letzten Jahrzehnten die Oder auch unterhalb Schwedt oder Niedersaathen in Ausübung der den Beklagten zustehenden Fischereiberechtigung befischt haben oder nicht. Die Berechtigung der Beklagten ist eine einheitliche den Bereich des Oderstromes von Fürstenberg bis Stettin umfassende. Man kann nicht davon sprechen, daß sie sich aus soviel Einzelberechtigungen zusammensetzt, als etwa für sonstige Fischereiprivilegien - und -rechte auf der Oder Fischereigebiete geschaffen sind und bestehen. Die Beklagten hatten nicht nötig, zur Erhaltung ihrer Fischereibefugnis auf der gesamten Strecke alle einzelnen Gebietsteile dauernd zu befischen oder

./.

Justizrat W. Gebhardt, Notar

& Dr. J. H. Gebhardt

Rechtsanwälte

behp f o p
Frankfurt a/Oder, den 15. Oktober 1922

43

-10-

Überhaupt zu befischen. Auch auf den nicht befischten Strecken blieb die Berechtigung bestehen, es trat kein Rechtsverlust durch bloße örtliche Nichtausübung ein.

Da mithin den Feststellungsanträgen zu 1 und 2 nicht stattgegeben war, versteht sich eine Abweisung des Klageantrages zu 3, der Fernhaltung der Beklagten von den beschriebenen Wasserflächen in Zukunft bezweckt, von selber.

Über die Kosten des Rechtsstreits ist nach § 91 ZPO. bestimmt.

gez. Dr. Siebert,

Dr. Witte,

Nasegy.

Justizrat W. Gebhardt, Notar

& Dr. J. H. Gebhardt

Rechtsanwälte

Frankfurt a/Oder

Regierungsstr. 4a

Frankfurt a/Oder, den 15. Oktober 1926

Geh. Justizrat Fuchs I

Berlin W 35

Potsdamerstrasse 117

Justizrat W. Gebhardt, Notar

& Dr. J. H. Gebhardt

Justizrat W. Gebhardt

Rechtsanwalt und Notar

Dr. J. H. Gebhardt

Rechtsanwalt

Herrn

Postscheckkonto: Nr 278 08 Berlin
Bankkonto: Diskonto-Gesellschaft Frankfurt a. O.
Rechtsanwälte Gebhardt „Firmenkonto“

Sprechstunden:

Justizrat Gebhardt: Vormittags 10—12½ Uhr
ausser Montags und Donnerstags
Nachmittags 5—7 Uhr ausser Sonnabends
Rechtsanwalt Dr. Gebhardt: Nachmittags 4—6 Uhr
ausser Sonnabends. Im Uebrigen nach Vereinbarung

Altmeister Hermann Schulze

Frankfurt a/O

Fischerstrasse 62

In Sachen Deutsches Reich gegen Fischerinnungen

haben die Klägerinnen Berufung eingelegt. Termin ist vor dem
Kammergericht noch nicht anberaumt. Begründet ist die Berufung
noch nicht.

Hochachtungsvoll ergebenst

Die Rechtsanwälte Justizrat W. Gebhardt

u. Dr. J. H. Gebhardt

durch:

Rechtsanwalt.

Justizrat

Oberaltmeister Lehnitz

Justizrat

Fischerstr. 62

Zur gef. Kenntnisnahme übersandt.

Justizrat W. Gebhardt, Notar

& Dr. J. H. Gebhardt

Rechtsanwälte

Frankfurt a/Oder

Regierungsstr. 4a

Beckhoff
Frankfurt a/Oder, den 15. Oktober 1926

Geh. Justizrat Fuchs I

Berlin W 35

Potsdamerstrasse 117

46

47

Justizrat W. Gebhardt, Notar

& Dr. J. H. Gebhardt

46

45

15. Juli 1926

I/D

Herrn

Rechtsanwälte Geh. Dr. Fuchs

Justizrat Koch & Dr. Martin Fuchs

Berlin

Potsdamerstr. 117

Sehr geehrte Herren Kollege!

In Sachen Deutsches Reich & Gen. gegen Fischer-
innungen - 3.O.240.25. - überreichen wir Ihnen anliegend Urteil ohne Grün-
de nebst Zustellungsurkunde, Urteil mit Gründen und Berufungsschrift - U.
7215.26. -

Die hiesigen Fischerinnungen haben beschlossen die Vertretung in der II. In-
stanz Ihnen zu übertragen. Wir übersenden Untervollmacht und bitten um
Übernahme der Vertretung und Korrespondenz mit uns.

Hochachtungsvoll ergebenst

Justizrat

62.

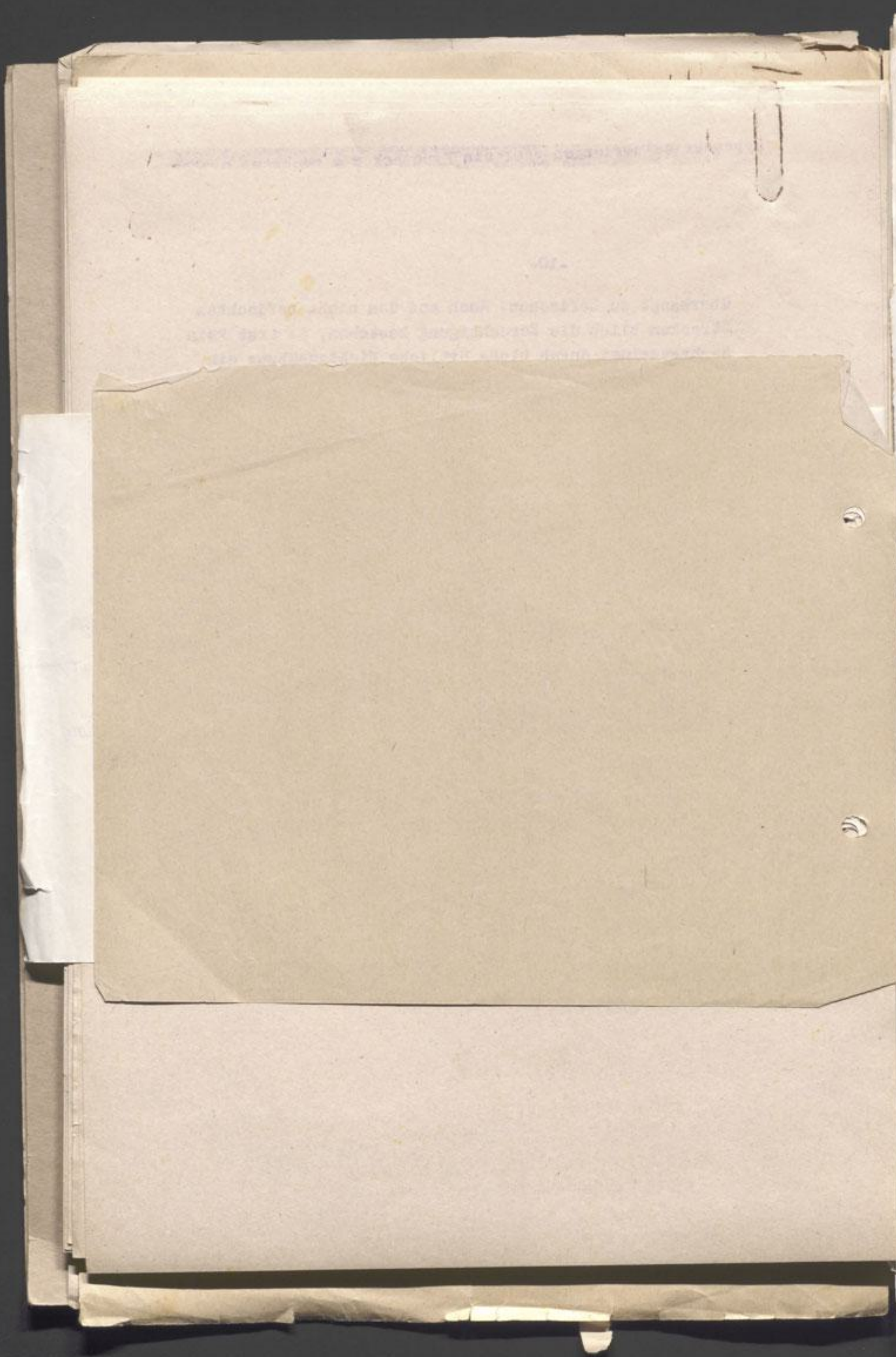
Justizrat

Überallmeister Lehnitz

Justizrat

Fischerstr. 62

Zur gef. Kenntnisnahme übersandt.



Justiz
& I
F

Justizrat W.
F. D. J.
Reg.
Frank
Regie

Verb.
zu

Justizrat W. Gebhardt, Notar

& Dr. J. H. Gebhardt

Rechtsanwälte

Frankfurt a/Oder

Regierungsstr. 4a

Frankfurt a/Oder, den 15. Oktober 1926

Geh. Justizrat Fuchs I

Berlin W 35

Potsdamerstrasse 117

Justizrat W. Gebhardt, Notar

& Dr. J. H. Gebhardt

Rechtsanwälte

Frankfurt a/Oder

Regierungsstr. 4a

Frankfurt a/O, den 7. Oktober 1926

Herrn

Obermeister Hermann Schulze

hier

Fischerstr. 62

In Sachen mit Deutschem Reich bitten wir dringend
uns schleunigst noch folgende Abschriften oder
begl. Abschriften zu überreichen :

1. der Privilegien der beiden Innungen hier
2. des Gutachtens des Geh. Rats Dröschner

Bis zum 1.11.26. muß ich die Berufungsbeantwortung
für das Kammergericht fertigen.

Hochachtungsvoll ergebenst

Justizrat

Obercultusminister Lehndorff

Justizrat

Fischerstr. 62

zur gef. Kenntnisnahme übersandt.

Fischerinnungen

Okt. 26:

des Privilegiums

Privilegiums

vom 21. März 1714.

Archiv des

Stadt bestimmt

in freien Oder-

stätt, oberhalb

keiten und zur

erhöhen,

Privilegien

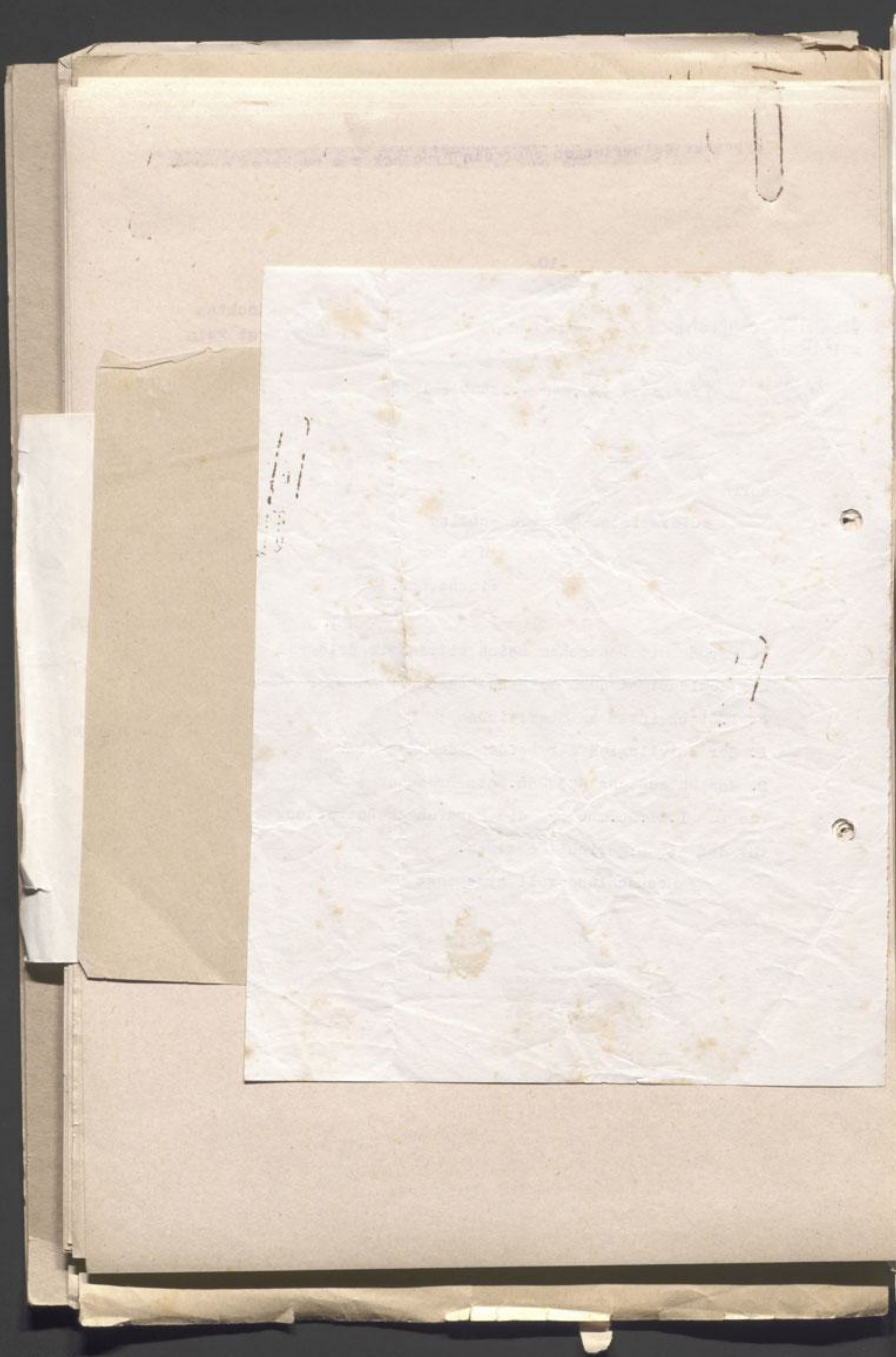
bestehende

essentenge-

ser anderen

möglich

geführte



Justiz
& I
F

Op
Orb

Z

Justizrat W. Gebhardt, Notar

& Dr. J. H. Gebhardt

Rechtsanwälte

Frankfurt a/Oder

Regierungsstr. 4a

Frankfurt a/Oder, den 15. Oktober 1926

Geh. Justizrat Fuchs I

Berlin W 35

Potsdamerstrasse 117

Sehr geehrter Herr Geheimrat !

In Sachen Deutsches Reich gegen die Frankfurter Fischerinnungen
erwidern wir auf Ihr geehrtes Schreiben vom 14. Okt. 26:

Wir übersenden Ihnen anliegend eine Abschrift des Privilegiums
der Fischerinnung der Gubener Vorstadt und des Privilegiums
der Lebuser Vorstadt vom 21. Mai 1714 bezw. vom 21. März 1714.
Die eigentlichen Ausfertigungen befinden sich im Archiv des
Magistrats Frankfurt a/Oder.

Das Privileg für die Fischerinnung der Gubener Vorstadt bestimmt
im ersten Artikel, dass die Fischerinnung auf dem freien Oder-
strom unterhalb der Stadt bis nach Gartz und Stettin, oberhalb
aber bis nach Fürstenberg zu fischen berechtigt seien und zwar
wird in den späteren Ausführungen ausdrücklich hervorgehoben,
dass durch dieses Privilegium der durch frühere Privilegien
und 100jährigen und längeren Besitz tatsächlich bestehende
Rechtszustand bestätigt werde.

Was die andere Sache Fischerinnungen gegen Interessentenge-
meinschaft in Kietz anbetrifft, so habe ich mit dieser anderen
Sache direkt nichts zu tun. Es kann daher sehr wohl möglich
sein, dass der in meinem von Ihnen erwähnten Brief angeführte
Schriftsatz unzutreffend bezeichnet ist.

Hochachtungsvoll ergebenst

Die Rechtsanwälte Justizrat W. Gebhardt

u. Dr. J. H. Gebhardt

durch

Gebhardt
Justizrat

Übercultminister Lehmann

Fischerstr. 62

Zur gef. Kenntnisnahme übersandt.

Frankfurt a/Oder, den 16. Oktober 1926

1/B

An das Kammergericht

Berlin

In Sachen

Fickus gegen Flecherinnung

2.U. 7215.26

Auf den Schriftsatz vom 8. Okt. 26 wird erwidert:

1) Die angezogenen Entscheidungen R.G. Bd. 94 S. 34 und Bd. 105 S. 189 passen auf den vorliegenden Fall nicht. Es handelt sich im vorliegenden Fall nicht um einen Streit über den Umfang des Fischereirechts sondern um die Frage, ob das Fischereirecht, dessen Entstehung und Gewässerstreckenausdehnung gar nicht bestritten gewesen sind, durch spätere Ereignisse nach Behauptung des Klägers untergegangen sind.

2) Ebenso unerheblich ist der Umstand dass durch § 399 vom Inkrafttreten des Wassergesetzes von 7.4.1913 die §§ 70, 72 usw. II 15 A.L.R. aufgehoben sind. Dadurch sind doch natürlich nicht die wohlerrworbenen Rechte, die unter diesen Bestimmungen entstanden waren, ebenfalls aufgehoben.

3) Die Abtrennung der Nebenarme durch die Deichstellung haben sich vollendet, wahrscheinlich erst nach Inkrafttreten des Wassergesetzes.

Auch dies ist rechtlich vollständig gleichgültig, weil auch nach diesen Deichstellungen diese Nebenarme im Sinne der fischereirechtlichen Bestimmung immer noch Bestandteile

von früher zur Oder gehörigen Gewässern geblieben sind, die sich auch jetzt noch innerhalb sichtbarer Ufer befinden und durch die man auch jetzt noch mittelst Köhlen und sonstigen Wasserfahrzeugen sich bewegen kann und in die und aus denen man noch jetzt hinein- bzw. herausfahren kann.

4) Die Frage, ob eine Entschädigungspflicht besteht und bestehen wird, wenn diese Fischgewässer tatsächlich vollständig zugeschliffen sein werden, und die Fischereinutzung in dem an die Stelle tretenden anderweitigen Gewässer keinen adäquaten Ersatz bietet spielt in diesem Prozess keine Rolle.

5) Ebenso spielt es keine Rolle, ob das Privileg einmal unentgeltlich im Sinne von S. 189 R.O. Bd. 105 verliehen ist oder nicht.

Falls es darauf ankommen sollte, wird aufmerksam gemacht, dass eine solche Unentgeltlichkeit gar nicht in Frage kommt, weil das Privileg ausdrücklich hervorhebt, dass damit nur der Rechtszustand anerkannt werden soll, der schon durch langjährige ununterbrochene Erstattung herbeigeführt war und dass diese ausdrückliche durch Privileg erfolgende Anerkennung um deshalb ausdrücklich ausgesprochen wird, damit die dem Landesherrn besonders am Herzen liegende Verpflegung der Meesstadt und der Universitätsstadt gesichert und jeder Streit vermieden wird.

Bei solchem historischen Hintergrund kommt eine Unentgeltlichkeit in dem erwähnten Sinne nicht in Frage.

Im übrigen ist schon aufmerksam gemacht, dass die sogenannte Klausel wegen Aufhebung oder Beschränkung eines Privilegs gar nicht für die hier in Frage kommende Fragestellung eine einzige Streitfrage von Bedeutung ist.

6) Was die Verjährung auf den Teilstrecken anlangt, so ist schon in erster Instanz Bezug genommen darauf, dass bei den sogenannten Aufgebot der Fischereiberechtigung in Bezug auf die Teilstrecken bei Sehndt, bei Greifenhagen, bei Fiddichow bei Gartz bei Niedersaaten überall die Beklagten inwangen ihre Fischereiberechtigungen angemeldet hatten und dass bei all diesen Aufgeboten in den Aufgebotsurteilen ausdrücklich die Fischereirechte dieser

Innungen vorbehalten sind.

Dieses Aufgebot ist grad auf Veranlassung des Staates erfolgt um sich Klarheit zu verschaffen über den Inhalt derjenigen Fischereirechte, die der Staat von den betreffenden bisherigen Fischereiberechtigten erworben hat.

Also selbst wennes auf diesen Erwerb der jetzt in einzelnen angeführten Mitfischereirechte durch den Staat in Bezug auf die Frage der Verjährung ankommen würde, würde ja grade im Gegenteil durch diese Vorbehalte in den Aufgebotsurteilen dem Staate genau bekannt gewesen sein, dass die vom Staate erworbenen oder zu erwerbenden Mitfischereirechte gar keine ausschliesslichen sind sondern dass daneben die Fischereirechte der beklagten Innungen geltend gemacht sind.

Aber wie erwähnt kommt es ja garnicht darauf an, weil es eine Verjährung eines einheitlichen Rechts an sogenannten Teilstrecken nicht geben kann.

7) Der Vollständigkeit halber sei aber noch aufmerksam gemacht, dass die §§ 72 bis 78 Teil 2 Titel 15 A.L.R. ausdrücklich erst durch § 133 des neuen Fischereigesetzes aufgehoben worden sind. Und dass die Fischerinnungen ihre Rechte nicht bloss aus dem Privatleg sondern auch aus der Erbsitzung und aus dem Besitz in sogenannten Normaljahren herleiten und dass diese Erbsitzung, da es sich um Teile eines Wasserlaufes erster Ordnung also eines öffentlichen Flusses in früheren Rechtszustand handelte, noch bis zum Inkrafttreten des neuen Wassergesetzes weiter fortsetzte, sodass also wie auch von Seiten der Fischerinnungen geltend gemacht ist, für das Fischereirecht das auch zur Eintragung in Wasserbuch geführt hat, der § 8 des neuen Fischereigesetzes zu respektieren war.

Die Innungen haben unter Beweis gestellt, - und übrigens ist dies garnicht bestritten worden - dass die Innungen mindestens 30 Jahre zurückgerechnet von 1. Mai 1914 das Fischereirecht frei, ungestört und offen als eigenes Fischereirecht in denjenigen

Gewässern ausgeübt haben, in denen durch die vorliegende Klage jetzt
dieses Fischereirecht ihnen entrissen werden soll.

50
Abschrift.

Kammergericht

Berlin, den 3. Dezember 26.

In Sachen

Deutsches Reich gegen Fischerinnung.

erschieden p.p.

Beschlossen und verkländet:

1/ Den Klägern wird aufgegeben, bis zum 1. Februar 1927 in einem Antrage Teile der Oder genau zu bezeichnen, in denen sie die Fischereiberechtigung der Beklagten bestreiten will, sowie eine Karte einzureichen, in der diese Stellen eingezeichnet sind.

2/ Vorbehalten bleibt, alsdann die Einnahme des richterlichen Augenscheins eventuell unter Zuziehung eines Sachverständigen anzuordnen eventuell auch einen Beweisbeschluss zu erlassen.

gez. Unterschriften.

62.

Justizrat Boehlau, Dr. Kayser
Rechtsanwälte bei den Berl. Landgerichten und Notare
Hasse

Rechtsanwalt beim Kammergericht und Notar
BERLIN W. 8, Französischestr. 7
Fernsprecher: Merkur 7720
Bankkonto: Deutsche Bank, Dep.-Kasse A
Kamerstrasse.
Postcheckkonto: Berlin Nr. 140668

57
Abschrift

Berlin, den 28. Februar 1927.

S c h r i f t s a t z

in Sachen

Fiskus gegen Fischerinnung

2. U. 7215. 26.

Ich werde beantragen:

Unter Abänderung des angefochtenen
Urteils

1. festzustellen, dass die Beklagten
keine Fischereiberechtigung haben auf
 - a) dem Kanal Hohensaathen-Friedrichs-
thal (km 0 nordöstlich Hohen-
saathen bis km 40 nördlich des
Walsensees).
 - b) dem Gewässer von km 40 nördlich
des Walsensees bis km 72 südlich
der Insel Piepenwerder bei Stet-
tin
 - c) allen Nebenarmen und Seitenge-
wässern der Oder von km 666 (öst-
lich Hohensaathen) bis km 737
(westlich Finkenwalde) sowie des
Grossschiffahrtsweges Stettin-
Berlin von km 0 (nordöstlich
Hohensaathen) bis km 72 (südlich
der

An das

Kammergericht

B e r l i n.

der Insel Piepenwerder),

d) allen zwischen den zu c genannten Wasserläufen liegenden
Poldergewässern,

e) der Oder von km 687 (westlich Niedersaathen) abwärts
bis km 737 (westlich Finkenwalde).

2. die Beklagten zu verurteilen, jede Ausübung der Fischerei
auf den zu 1 genannten Gewässern durch ihre Mitglieder zur
Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Strafe für jeden
Fall der Zuwiderhandlung zu unterlassen.

3. den Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen,

4. das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig voll-
streckbar zu erklären.

2/
2 Pläne werden niedergelegt. Aus ihnen sind die in Betracht
kommenden, im obigen Abtrage genannten Gewässer deutlich er-
sichtlich. Das Gewässer, bezüglich dessen die Klägerin eine Fest-
stellung der Nichtberechtigung der Beklagten zur Fischerei nicht
begehren, ist lediglich die Oder von km 666 (östlich Hohensaathen
bis km 687 (westlich Niedersaathen).

Die Verjährung wird geltend gemacht bezüglich der zu 1 e
genannten Gewässer, abgesehen von dessen Teil km 705 (südlich
Marwitz) bis km 717 (südlich Greifenhagen) - Marwitzer Durch-
stich, der in den Jahren 1907-1909 entstanden ist - auf dem
eine Fischereiberechtigung der Beklagten nie bestanden hat.

Der im Schriftsatz vom 3. Dezember 1926 zu Anfang behaup-
tete Widerspruch besteht nicht, die Abtrennung der Nebenarme ist
nach dem 15. April 1917 erfolgt (cf. Schriftsatz vom 8. Oktober
1926 Seite 2). Die Verjährungsausführungen beziehen sich auf
die zu 1 e angegebenen Gewässer.

gez. H a s s e
Rechtsanwalt. Ra

I/D

54
21. März 1927

Herrn

Geh. Justizrat Fuchs I

Berlin

Sehr geehrter Herr Geheimrat !

In Sachen Deutsches Reich gegen Fischerinnungen Frankfurt a/O hat uns der Obermeister Hermann Schälze Ihr gefl. Schreiben an ihn vom 18. März 1927 überreicht und uns aufgegeben, Ihnen in Bezug auf die Beweiserhe-

I/D

53
12. März 1927

Herrn

Geh. Justizrat Fuchs I

Berlin

Sehr geehrter Herr Geheimrat !

In Sachen Fiskus gegen Fischerinnung - 2.U.1715. 26. - haben wir Ihr gefl. Schreiben nebst Schriftsatz des Gegners vom 28.2.27. erhalten.

Wir sind in erster Linie der Meinung, daß diese neuen Anträge eine Klageänderung bedeuten.

Insofern dieser Gesichtspunkt nicht durchgreifen sollte müßte bei jedem Gewässer angegeben werden, wer eigentlich die betreffende Feststellungsklage in Bezug auf die jetzt einzeln spezifizierten Gewässer betreibt, ob das Deutsche Reich oder das Land Preussen oder welcher sonstige Gewässerereigentümer.

Nach dem jetzt geltenden Reichswasserstraßengesetz ist das Eigentum an den sogenannten im Sinne des Wasserstraßengesetzes in Frage kommenden Strömen das Reich geworden. Bezüglich der nicht an das Reich gelangten Gewässer ist Eigentümer entweder das Land oder, wie z.B. bei sogenannten eingepolderten oder solchen Gewässern die als alvei derelicti ~~xxxxxxx~~ sich darstellen, sonstige Dritte.

Es würde also eine Vertagung von seiten der Beklagten beansprucht werden müssen, wenn die Vollkammer auf diese neuen Anträge eingehen will.

Hochachtungsvoll ergebenst

Justizrat

Es handelt sich um einen bekannten Mann der Stadtverordneter in Schwedt ist, und also bei vorstehenden Angaben genügend bezeichnet ist.

Es

I/D

54
21. März 1927

Herrn

Geh. Justizrat Fuchs I

Berlin

Sehr geehrter Herr Geheimrat !

In Sachen Deutsches Reich gegen Fischerinnungen Frankfurt a/O hat uns der Obermeister Hermann Schälze Ihr gefl. Schreiben an ihn vom 18. März 1927 überreicht und uns aufgegeben, Ihnen in Bezug auf die Beweiserhebung die notwendigen Adressen anzugeben.

I.

In dieser Beziehung nehmen wir zunächst Bezug auf die in I. Instanz überreichten Beweissicherungsakten in denen ein inzwischen verstorbener, damals aber noch lebender sehr alter Fischer Michaelis zum ewigen Gedächtnis vernommen worden ist.

II.

In Frankfurt a/O ~~ixx~~ lebt noch ein 81 Jahre alter Fischer, früher einmal Obermeister der Fischerinnung der Lebuser Vorstadt, namens August Schade Kietzergasse 1.

Dieser kann wegen seiner Schwäche in den Beinen nicht mehr an Gerichtsstelle vernommen werden. Es wird gebeten, im Wege der Beweissicherung anordnen zu lassen, daß dieser Mann so schnell als möglich als Zeuge vernommen wird.

III.

Ferner ~~würde~~ folgender Zeuge angegeben, der sich in ähnlichen Verhältnissen befindet, insofern er 75 Jahre alt ist und bei diesem Alter ebenfalls eine Beweissicherung im Sinne des § 485 ff ZPO. in Betracht kommt. Es ist dies ein Ackerbürger Heinrich Schmidt in Schwedt-Kietz.

Es handelt sich um einen bekannten Mann der Stadtverordneter in Schwedt ist, und also bei vorstehenden Angaben genügend bezeichnet ist.

Es

Es wird gebeten, die Beweissicherung auf diesem Wege auch hier eintreten zu lassen.

IV.

Endlich sollen folgende Zeugen als zu vernehmend vorgeschlagen werden:

- a) Fischermeister Hermann Schwarzhier, Fischerstr. 81
- b) Fischergeselle Adolf Schwarze, ebenda
- c) Fischermeister Hermann Witte hier, Fischerstr. 87
- d) " Paul Schulze, Fischerstr. 88
- e) " Karl Schmädicke hier, Fischerstr. 79
- f) " Gustav Schwarze, Fischerstr. 61
- g) " Richard Schade, Ziegelstr. 5

Hochachtungsvoll ergebenst

Justizrat

Geh. Justizrat Fuchs I
Justizrat Koch

Dr. Martin Fuchs
Rechtsanwalt und Notar
Fernsprecher: Amt Lützow, Nr. 7432
Bürostunden:
9-3 und 5-7, Sonntags 9-2 Uhr

Abschrift.

Kammergericht

Berlin, den 7. April 1927.

In Sachen

Fischerinnung gegen Fiskus

in der Sache der Abschrift des Birkenermerks der

Geh. Justizrat Fuchs I
Justizrat Koch
Dr. Martin Fuchs
Rechtsanwalt und Notar
Fernsprecher: Amt Lützow, Nr. 7432
Bürostunden:
9-3 und 5-7, Sonntags 9-2 Uhr

Eingegangen
14 APR. 1927
Rechtsamt des Kammergerichts
Frankfurt (Oder)

Berlin W 35, 12. April 1927.
Potsdamer Str. 117
Postscheckkonto: Geh. Justizrat Max Fuchs I
Berlin NW 7 Nr. 154894

Sehr geehrter Herr Kollege .-

In Sachen Deutsches Reich gegen
Fischerinnung übersende ich Ihnen anliegend
1. eine Abschrift der Verfügung des Kammergerichts vom 7.
April cr. zur gefl. Kenntnisnahme.

Hochachtungsvoll

Wesley mit Fuchs
an Herrn Finklermeister
an Herrn Dr. Fuchs
Hermann Lohse, hier,
Justizrat.
Fischerstr. 62.

Es wird gebeten, die Beweissicherung auf diesem Wege auch hier eintreten zu lassen.

IV.

Endlich sollen folgende Zeugen als zu vernehmen vorgeschlagen werden:

- a) Fischermeister Hermann Schwarzhier, Fischerstr. 81
- b) Fischergeselle Adolf Schwarze, ebenda
- c) Fischermeister Hermann Witte hier, Fischerstr. 87
- d) " " Paul Schulze, Fischerstr. 88
- e) " " Karl Schmädicke hier, Fischerstr. 79

Garten Schwarze Fischerstr. 81

Geh. Hofrat Pachel

Justizrat Koch

Dr. Max Pöhl

Kammergericht

Nr. 2. M. 364 / 13

vom 1. April 1927

Abschrift.

Kammergericht

Berlin, den 7. April 1927.

In Sachen

Fischerinnung gegen Fiskus

übersenden wir unstehend Abschrift des Bürovermerks der
Staatsanwaltschaft Stettin, auf unser Ersuchen vom 21.
März 1927 betr. Uebersendung der Strofakten ./. Schade & Gen.
2. M. 364 / 13.

Auf Anordnung

gez. Burghardt

Kanzleisekretär

Abschrift.

2. J. 364/13 trifft nicht zu
betrifft eine Sache
Darschnabel Wilhelm
Buchdrucker hier Einstellung
vernichtet
Sch. 24/3.

57
Frankfurt a/O, den 12. April 1927
Fischerstr. 62

Herrn

Geh. Justizrat Fuschs I

Berlin W. 35

Potsdamerstr. 117

Sehr geehrter Herr Geheimrat !

In Sachen Deutsches Reich gegen Fischerinnung habe ich durch
die Rechtsanwälte Gebhardt hier Ihr gefl. Schreiben vom 6.4.27.
und Abschrift des Schriftsatzes erhalten.

Ich bitte dafür zu sorgen, daß ich von der Bereisung rechtzeitig
Nachricht bekomme.

Ich und der Obermeister der Lebuser Fischerinnung hier werden
jedenfalls, und vielleicht noch andere Interessenten, an der Reise
teilnehmen.

Falls irgendwo in den Akten oder Schriftsätzen Unrichtigkeiten
angegeben sein sollten, wird sich bei dieser Gelegenheit am besten
Gelegenheit finden um solche Unstimmigkeiten zu beseitigen und
die richtigen Verhältnisse klarzustellen.

Hochachtungsvoll ergebenst

Obermeister

59

Abschrift

Geh. Justizrat Fuchs
Rechtsanwalt und Notar
Justizrat Koch
Rechtsanwalt und Notar

Berlin W. 35, den 28. April 1927

Herrn

Justizrat Gebhardt

Frankfurt / O.

Sehr geehrter Herr Kollege !

58

Justizrat W. Gebhardt
Rechtsanwalt und Notar
Dr. J. H. Gebhardt
Rechtsanwalt

Frankfurt a. O., den 30. April 1927
Regierungsstr. 4a
Telefon 2283

Postscheckkonto: Nr. 27808 Berlin
Bankkonto: Diskonto-Gesellschaft Frankfurt a. O.
Rechtsanwälte Gebhardt „Firmenkonto“

Herrn

Obermeister Schulze

Sprechstunden:
Justizrat Gebhardt: Vormittags 10-12 1/2 Uhr
außer Montags und Mittwochs
Nachmittags 5-7 Uhr außer Sonnabends
Rechtsanwalt Dr. Gebhardt: Nachmittags 4-6 Uhr
außer Sonnabends. Im Übrigen nach Vereinbarung

hier

Fischerstr. 62

In Sachen Deutsches Reich gegen die Fischer-

innungen senden wir Ihnen anliegend Abschrift eines Schreibens des
Herrn Justizrats Fuchs in Berlin vom 28. d. Mts. zur gefl. Kenntnissnahme.
Wir bitten um Mitteilung, wer den Termin wahrnimmt.

Hochachtungsvoll

Die Rechtsanwälte Justizrat W. Gebhardt
u. Dr. J. H. Gebhardt
GmbH

Justizrat

Abschrift

Geh. Justizrat Fuchs
Rechtsanwalt und Notar
Justizrat Koch
Rechtsanwalt und Notar

Berlin W. 35, den 28. April 1927

Herrn

Justizrat Gebhardt

Frankfurt / O.

Sehr geehrter Herr Kollege !

In Sachen Deutsches Reich gegen Fischerinnung ist Termin zur Augenscheinsnahme am 27. Mai vormittags 10 1/4 Uhr vor dem Einzelrichter, Herrn Kammergerichtsrat Geh. Justizrat Thusius bestimmt. Treffpunkt Bahnhof Oderberg - Brelitz. Den Klägern ist aufgegeben worden, zu diesem Termin gemäss Beschluss vom 18. März 1927 von Oderberg aus einen Dampfer zu stellen. Es wird anheingestellt, einen Bevollmächtigten zur Befahrung zu entsenden, der mit den Veränderungen der Oder bis Stettin vertraut ist.

Hochachtungsvoll

gez. Fuchs

Justizrat

Abschrift.

61

Oderberg (Mark) bis Stettin, den 16. Juni 1927

Es wurde die Oaer von Oderberg bis Stettin mit einem von den Klägern gestellten Dampfer befahren.

In der vorliegenden Karte ist der Kanal rot eingezeichnet.

Die Beklagten erklären, dass sie auf diesen Kanal die Fischerei nicht in Anspruch nehmen, auf der Strecke Hohensaaten bis zu der Verbindung zwischen der blau eingezeichneten Stromoder und dem Kanal zwischen Kilometerstein 20 und 21 bei Griewen. Auf den rot

Justizrat W. Gebhardt
Rechtsanwalt und Notar P.

Dr. J. H. Gebhardt
Rechtsanwalt

Postcheckkonto: Nr. 27808 Berlin
Bankkonto: Diskonto-Gesellschaft Frankfurt a.O.
Rechtsanwälte Gebhardt „Firmenkonto“

Sprechstunden:
Justizrat Gebhardt: Vormittags 10-12 1/2 Uhr
außer Montags und Mittwochs
Nachmittags 5-7 Uhr außer Sonnabends
Rechtsanwalt Dr. Gebhardt: Nachmittags 4-6 Uhr
außer Sonnabends. Im übrigen nach Vereinbarung

Frankfurt a.O., den 9. Juli 1927.
Regierungstr. 4a
Telefon 2283

Herrn

Fischerobermeister Hermann Schulze

hier

Fischerstr. 62

In Sachen Deutsches Reich gegen Fischerinnungen

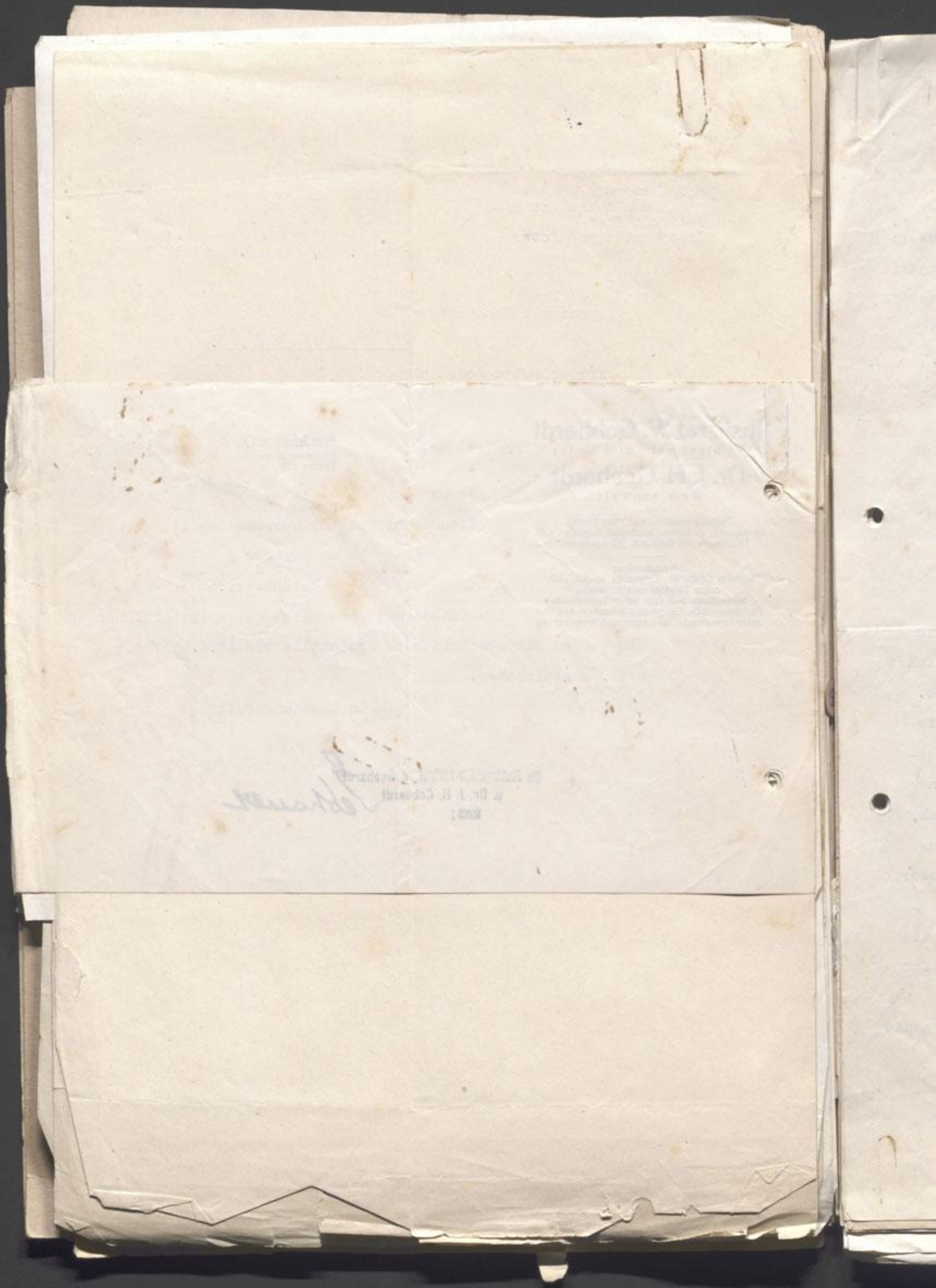
Übersenden wir Abschrift des Protokolls vom 16.6.1927 zur
gefl. Kenntnisnahme.

Hochachtungsvoll

Die Rechtsanwälte Justizrat W. Gebhardt
u. Dr. J. H. Gebhardt
durch:

Schulze

bis Hipperwiese hinzog und später durch die Regulierung zur
Stromoder ausgebaut ist. Hierbei wurde bei Niedersaaten die frühe-
re Stromoder durch ein Wehr abgetrennt. Von Schwedt aus floss die
alte Stromoder durch das Tal nach Hipperwiese. Jetzt ist die alte
Oder von Kilometerstein 29,3 bis Kilometer 31 ausgebaut, oder
vielmehr auf dieser Strecke ein Kanal durchgelegt (Fidde-Durch-
stich)



Abschrift.

61

Oderberg (Mark) bis Stettin, den 16. Juni 1927

Es wurde die Oaer von Oderberg bis Stettin mit einem von den Klägern gestellten Dampfer befahren.

In der vorliegenden Karte ist der Kanal rot eingezeichnet.

Die Beklagten erklären, dass sie auf diesen Kanal die Fischerei nicht in Anspruch nehmen, auf der Strecke Hohensaaten bis zu der Verbindung zwischen der blau eingezeichneten Stromoder und dem Kanal zwischen Kilometerstein 20 und 21 bei Griewen. Auf den rot eingezeichneten Wasserflächen zwischen Kanal und Stromoder bei Stützkow (A) nehmen die Beklagten Fischereiberechtigung nicht mehr in Anspruch. Sie nehmen auch nicht den Kanal in Anspruch bei Griewen bis Schwedt, d.h. von Kilometerstein 20 bis 27. Bis zu den Jahren 1862 bis 1865 lief die Stromoder an dem jetzigen Strombett bis Peetzig Kilometerstein 682. Von da ging sie auf die westliche Talseite durch den jetzigen Griewener Polder nach Griewen (alte Oder) und von da bei Kilometerstein 22 am Saathener Graben vorbei nach Schwedt. Ein anderer Arm der Oder ging von Peetzig über Raduhn nach Niedersaaten und vereinigte sich mit der alten Oder durch den Saathener Graben. Die Kläger bestreiten nicht, dass die Beklagten Fischereiberechtigt sind auf dem freien Oderstrom von Hohensaaten. Die jetzige Stromoder verläuft weiter von Niedersaaten über Niederkranich nach Hipperwiese und weiter über die Fiddichow durch den Merwitzer Durchschnit an Greifenhagen vorbei bis zum Damm'schen See. Die Meglitze war vor der Regulierung ein schmaler Oderarm, der sich von Niedersaaten am östlichen Talrande bis Hipperwiese hinzog und später durch die Regulierung zur Stromoder ausgebaut ist. Hierbei wurde bei Niedersaaten die frühere Stromoder durch ein Wehr abgetrennt. Von Schwedt aus floss die alte Stromoder durch das Tal nach Hipperwiese. Jetzt ist die alte Oder von Kilometerstein 29,3 bis Kilometer 31 ausgebaut, oder vielmehr auf dieser Strecke ein Kanal durchgelegt (Fidde-Durchstich)

stich), an den sich dann von Kilometerstein 31 der Kanal anschliesst. Bei Kilometerstein 31 befindet sich eine Schiffahrtsschleuse. Die Beklagten nehmen die Fischerei auf dem Reglitzer und dem alten Oderteil von Hipperwiese bis zum Schwedter Schöpfwerk, d.h. die Strecke B. bis C in Anspruch. Auf den Poldergewässern zwischen Stromoder und Kanal wird bisher keine Fischereigerechtigkeit beansprucht. Von Fiddichow ging früher die Oder weiter von Kilometerstein 703 bis Kilometerstein 705 und schwenkt dann von D ab, über die Scholwergrube über Kilometerstein 43, 44, 45, 46, 47 nach Gartz. In der Stromoder befindet sich beim Kilometerstein 704 ein bewegliches Wehr, das sogenannte Marienhöfer Wehr, durch das Wasser nach der Westoder nach E abgeleitet wird. Ein Schiffverkehr findet durch dieses Wehr nicht statt. Die Beklagten behaupten, dass sie mit Kähnen durchfahren, wenn das Wehr geöffnet ist. Die Kläger behaupten, dass dies nur bei niedrigen Wasserstände möglich sei. Die Scholwergrube ist bei Kilometerstein 705 (D) abgedämmt. Bei E ist die Scholwergrube noch durch eine Kahnschleuse von der Westoder aus zu erreichen. Bei Friedrichsthal wird jetzt bei Kilometerstein 40 ein Durchstich angelegt, der noch nicht fertig ist. Die Schiffahrt geht jetzt von Kilometerstein 41 ab über B nach Kilometerstein 43. Gegenüber Fiddichow (F) befindet sich eine Kahnschleuse, durch die der Polder nach Friedrichsthal über die Kahnschleuse bei Kilometerstein 40 eine Verbindung herstellt. In der Stromoder ist zwischen Kilometerstein 705 bis Kilometerstein 717 der Marwitzer Durchstich, der ein Thal der Oder nicht benutzt hat, sondern in der Hauptsache durch Land gestochen ist. Von Greifenhagen an verläuft die Stromoder jetzt in der früheren Reglitz bis zum Damm'schen See. Die Beklagten schlagen eine Einigung auf der Grundlage vor, dass sie von Niedersaathen bis Kilometerstein 704 die Ostoder einschliesslich der Ausbuchtung bis zur Schleuse Schwedt, alsdann den Wehrkanal unter Verzicht auf die Scholwergrube und die an Gartz vorbeifliessende Oder bis Stettin benutzen. Die Beklagten erklären, dass sie von Kilometerstein 705 ab auf der jetzigen Ostoder niemals gefischt haben, dass sie vielmehr von da ab bis Stettin immer die Westoder gefischt

geflecht haben.

Die Beklagten erklären, dass sie bereit seien über den Zugang dazu in Vergleichsverhandlungen zu treten. In den Schlot und in die Reglitz zwischen Gartz und Greifenhagen könnten die Beklagten durch die Schleusenverbindung Gartz-Marwitz hineinkommen.

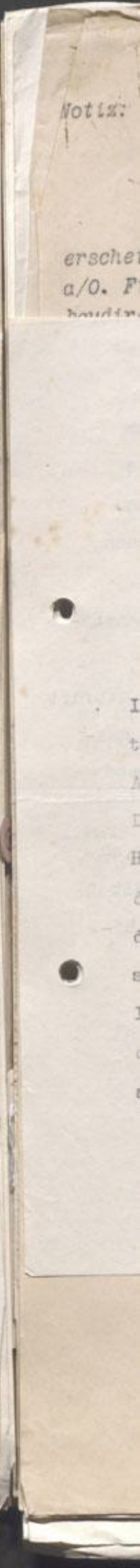
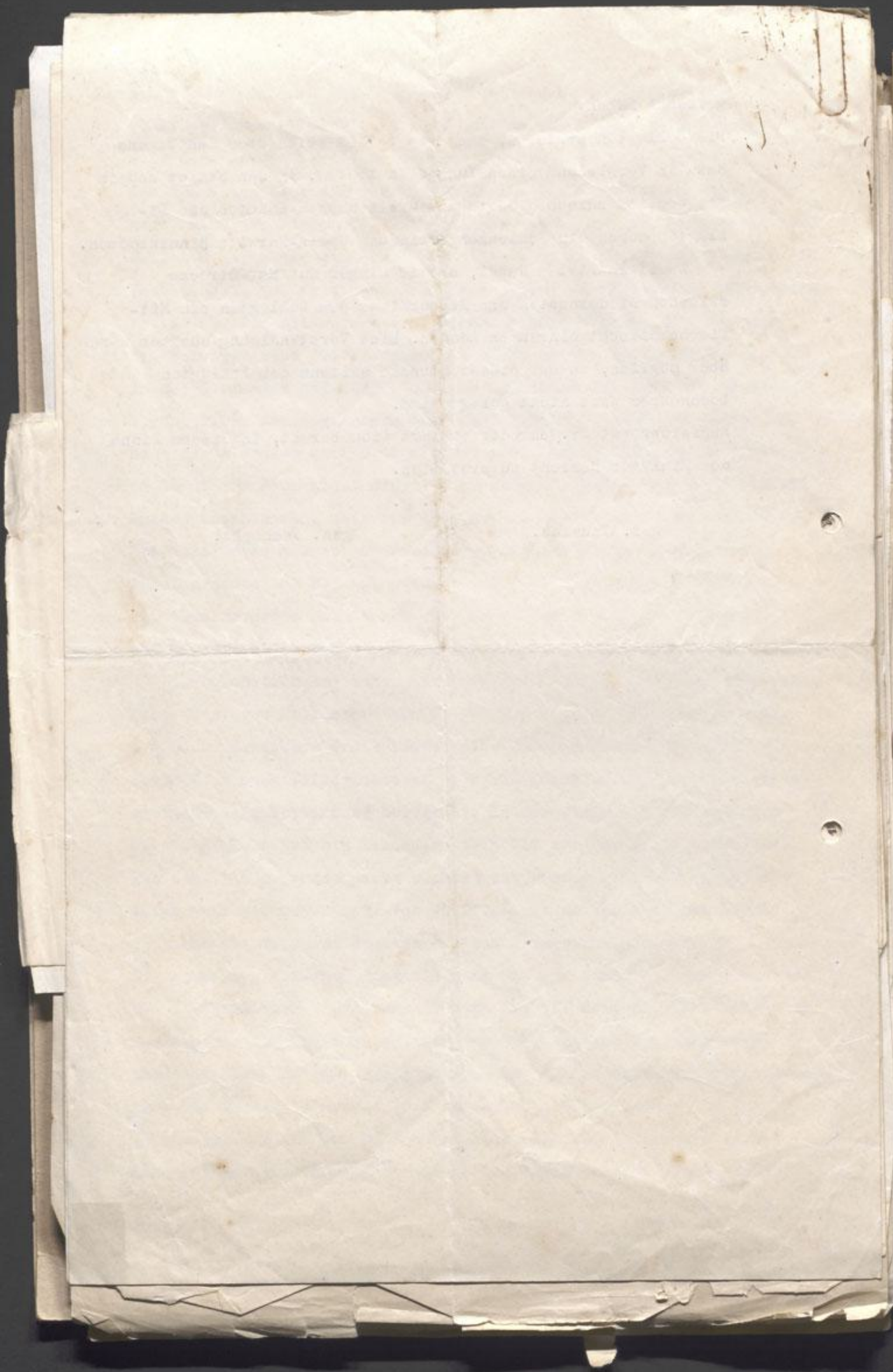
Zweifelhaft ist dabei, ob die Kläger auf der Strecke zwischen Niedersaaten und Ripperwiese dem Beklagten ein Mitfischereirecht einräumen können. Eine Verständigung darüber wäre aber möglich, da auf dieser Strecke seitens der Beklagten besonderer Wert nicht gelegt wird.

Regierungsrat Dr. Schröder erklärt sich bereit, in diesem Sinne dem Minister Bericht zu erstatten.

V. S.

gez. Thusius.

gez. Tschepke.



Notiz:

In Sachen
Deutsches Reich gegen Fischerinnungen

erscheint heute, Herr Oberaltmeister Hermann Schulze aus Frankfurt
a/O. Fischerstr. 62. Er legt ein Schreiben des Oberpräsidenten Wasser-
und Elektrizitätsdirektion -H. IV. V. 3/T. 2. 6721 III vom 21. Dezember 1927 vor. Mit
den gewesen,

Frankfurt a/O, den 6. August 1927
Fischerstr.

Herrn

Geh. Justizrat Fuchs I

Berlin

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

In Sachen Fischerinnung gegen Fischereifischereien-
tengemeinde habe ich Ihr gefl. Schreiben vom 4.
August 1927 erhalten.

Die Innungen sind der Ansicht, daß alle Punkte von
Herrn Justizrat Axhausen geprüft sind, auch der Punkt,
daß die Neumark sich nur bis zur Mitte der Oder an
der fragl. Strecke erstreckt hat und erstreckt, sodaß
selbst bei Zugrundelegung der betreffenden privi-
legierenden Verleihung durch den Vogt der Neumark,
die Fischerei nur bis zur Mitte der Oder und nicht
auf die Oder in der ganzen Breite hat beziehen können.

Ferner

den nebst
Lebuser Vor-
am, daß sowohl
nung der
geschlossen

meralversamm-
gesetzt ver-
barer Ver-

1927.

Ferner hat die Innung aufmerksam gemacht, daß es doch ganz etwas anderes ist, wenn die sogenannte Kietzer Realgemeinde Fischereirechte hatte bzw. verliehen erhalten hatte gegenüber den Ansprüchen, den jetzt ein sogenannter eingetragener Verein geltend macht, der sich Fischereiinteressentengemeinde, eingetragener Verein nennt.

Wenn also es richtig ist, daß auch diese Punkte geprüft und trotzdem zur Begründung der Revision nicht ausreichend gefunden sind, dann bitten die Innungen die Revision wieder zurückzunehmen.

Sollten die Punkte aber noch nicht geprüft sein, so bitten die Innungen noch einmal den Rechtsanwalt beim Reichsgericht aufmerksam zu machen und zu hören, was er zu diesen beiden Punkten sagt.

Hochachtungsvoll ergebenst

Obermeister

Notiz:

ersche
a/O. F
baudir
diesem
ohne D
Diesem
schrif

Der En
gleich
stadt
er wi
Mein
ersch
Die
lung
den,
gleit

Fp

Notiz:

In Sachen
Deutsches Reich gegen Fischerinnungen

erscheint heute, Herr Oberaltmeister Hermann Schulze aus Frankfurt a/O. Fischerstr. 62. Er legt ein Schreiben des Oberpräsidenten Wasseraudirektion -W.IV.V.3/T.2. 6721 III vom 21. Dezember 1927 vor. Mit diesem Schreiben ist ein ferner vorgelegter Entwurf verbunden gewesen, ohne Datum.

Diesem Entwurf war ferner beigelegt ein Übersichtsplan mit der Überschrift:

" Übersichtsplan
zu dem Vergleich mit den Frankfurter Fischern über die Neufestlegung der Fischereigerechtigkeit für die Frankfurter Fischer."

Der Erschienene machte aufmerksam, daß ein gleiches Schreiben nebst gleichen Anlagen dem Oberaltmeister der Fischerinnung der Leubuser Vorstadt zugegangen sei. Endlich machte Herr Schulze aufmerksam, daß sowohl er wie auch der Oberaltmeister Kahlisch von der anderen Innung der Meinung seien, daß ein Vergleich auf dieser Grundlage ausgeschlossen erscheine.

Die beiden Oberaltmeister werden eine gemeinschaftliche Generalversammlung einberufen und soll dann durch Mehrheitsbeschluß festgesetzt werden, welche Abänderungen verlangt werden, falls ein annehmbarer Vergleich in Betracht kommen soll.

Frankfurt a/O., den 31. Dezember 1927.

Für die Gubener Vorstadt

Herrn Schulze

Oberaltmeister

I/M

Frankfurt a/O., den 12. Februar 1928.

65

Herrn

Geh. Rat Fuchs I.

Berlin W 35

Verehrter Herr Geheimrat !

In Sachen Deutsches Reich gegen uns überreichen wir anliegend :

1. den Vergleichsvorschlag des Deutschen Reiches
nebst Anschreiben vom 21. Dez. 27,
2. eine Karte nebst Beschreibung sowie eine gleichlautende
zweite Karte. nebst einem gleichlautenden Verzeichnis.

In den Karten ist blau eingezeichnet, das Verzeichnis derjenigen Wasserstrecken, die das Reich uns der Fischerei nach überlassen will.

Auf einen Vergleich, wonach wir uns auf diese Fischereiwasserstrecken einlassen und einschränken könnten, ist für uns nicht annehmbar.

3. Wir haben nun auf denselben Karten, die uns der Fiskus zur Verfügung gestellt hat und in den anliegenden Verzeichnissen, diejenigen Wasserstrecken, kenntlich gemacht in die wir nach wie vor mittels der vorhandenen Schleusen hineinfahren können und in denen wir seit Menschengedenken die Fischerei stets ausgeübt haben.

Auf den Karten sind alle diese Strecken durch sogenannte rote schraffierte Querlinien kenntlich gemacht.

Wir wollen nun im Wege des Vergleiches uns mit diesen Strecken begnügen und unsere Fischereirechte auf diese Strecken einschränken und dagegen die anderen nicht mit solchen roten Querstrichen

Querstrichen bezeichneten Strecken aufgeben.

Falls Sie, sehr geehrter Herr Geheimrat, aus diesen schriftlichen Bemerkungen nicht ganz klar werden sollten, dann bitten wir um Nachricht und dann kommen die beiden Unterzeichneten oder einer von ihnen zur mündlichen Aufklärung. Ebenso wird es sehr schwer sein, im Wege des schriftlichen Verkehrs mit dem ~~Regierungsrat~~ Regierungsrat Schröter in Stettin sich zu verständigen und würden wir daher vorschlagen, daß herbeigeführt wird, daß eine Zusammenkunft in Berlin verschafft wird und daß dabei die unterzeichneten Vertreter der Insungen und der Herr Regierungsrat Schröter mündlich sich aussprechen können.

Hochachtungsvoll ergebenst

Obermeister der Lab. Vorstadt

Obermeister der Gub. Vorstadt

Geh.
Rech.
Jus.
Rech.
Dr. M.
Rech.

Geh. Ju
Jus
Dr. M.
Rechts
Fernsprech
n-3 und 5

68

Abschrift

Geh. Justizrat Fuchs I
Rechtsanwalt und Notar
Justizrat Koch
Rechtsanwalt und Notar
Dr. Martin Fuchs
Rechtsanwalt

Berlin W. 35, den 14. Febr. 28
Potsdamerstrasse 117

Herrn

Justizrat Gebhardt

Frankfurt a/O.

Sehr geehrter Herr Justizrat !

Abschrift

69

Geh. Justizrat Fuchs I
Justizrat Koch
Dr. Martin Fuchs
Rechtsanwälte und Notare
Fernsprecher: B 2 Lützow, Nr. 7432
Bürostunden:
9-3 und 5-7, Sonnabends 9-2 Uhr

Herrn

Berlin W 35, den 13. Februar 1928
Potsdamer Str. 117

Postscheckkonto: Geh. Justizrat Max Fuchs I
Berlin NW 7 Nr. 134894

Obermeister Hermann Schulze

Frankfurt a/O
=====

Sehr geehrter Herr Schulze !

In Sachen Deutsches Reich gegen Fischerinnungen
sende ich Ihnen anliegend Abschrift des Schreibens des Kam-
mergerichts vom 11. ds. Mts. zur gefl. Kenntnisnahme. Ich
bitte um gefl. umgehende Erklärung; auch auf mein Schreiben
vom 28. Januar und 8. Februar ds. Js. bin ich noch ohne Ant-
wort.

Hochachtungsvoll

Fuchs I
Geh. Justizrat

Innungsvorstände von unserer gemeinschaftlichen Besichtigungsfahrt
her.

Eine Zuziehung des Herrn Regierungsrats Schröder zu dieser
Besprechung halte ich nicht für ratsam, da ich erst mit den Innungs-
vorständen ins Reine kommen muss, ehe ich die auch meines Erachtens not-
wendige

Querstrichen bezeichneten Strecken aufgeben.

Falls Sie, sehr geehrter Herr Geheimrat, aus diesen schriftlichen Bemerkungen nicht ganz klar werden sollten, dann bitten wir um Nachricht und dann kommen die beiden Unterzeichneten oder einer von ihnen zur mündlichen Aufklärung. Ebenso wird es sehr schwer sein, im Wege des schriftlichen Verkehrs mit dem ~~Regierungsrat~~ Regierungsrat Schöster in Stettin sich zu verständigen und würden wir daher vorschlagen, daß herbeigeführt wird, daß eine Zusammenkunft in Berlin verschafft wird und daß dabei die unterzeichneten Vertreter der Innungen und der Herr

Geh.
Rech.
Jus.
Rech.
Dr. M.
Rech.

I/M
Justiz
u. Dr.
Rech.
Franz
Rech.

Abschrift

Geh. Justizrat Fuchs I
Rechtsanwalt und Notar
Justizrat Koch
Rechtsanwalt und Notar
Dr. Martin Fuchs
Rechtsanwalt

Berlin W. 35, den 14. Febr. 28
Potsdamerstrasse 117

Herrn

Justizrat Gebhardt

Frankfurt a/O.

Sehr geehrter Herr Justizrat !

Abschrift

Frankfurt a/O., den 13. Febr. 1928

I/M Justizrat W. Gebhardt
u. Dr. J. H. Gebhardt

Rechtsanwälte u. Notare
Frankfurt a. Oder
Regierungsstr. 4a.

Herrn

Geh. Justizrat Fuchs I,

Berlin W 35
Potsdamerstr. 117

Sehr geehrter Herr Geh. Justizrat!

Anliegend das Schreiben der Vorstände der hiesigen
Fischer-Innungen an Sie.

Es wäre schon früher an Sie geschrieben worden, wenn die Vorstände nicht die Hoffnung gehabt hätten, die Innungsmitglieder davon zu überzeugen, daß es klüger sei, den Bogen nicht zu überspannen. Bisher ist es noch nicht gelungen, in diesem Sinne einzuwirken. Am Dienstag abend, den 14. Februar 1928, findet eine Innungsmitgliederversammlung statt, und zwar eine Plenarversammlung von beiden Innungen. Wir hoffen, bei dieser Gelegenheit eine Entschliebung herbeizuführen, durch die die Vorstehenden eine unwiderrufliche Ermächtigung bekommen, nach bestem selbstständigen Ermessen einen Vergleich abschließen zu können.

Nach des Unterzeichneten Meinung kommt es wesentlich darauf an, sich darüber klar zu sein, welche wirtschaftliche Bedeutung der § 34 letzter Absatz in Verb. mit § 33 des neuen Fischereigesetzes

Innungsvorstände von unserer gemeinschaftlichen Besichtigungsfahrt
her.

Eine Zuziehung des Herrn Regierungsrats Schröder zu dieser
Besprechung halte ich nicht für ratsam, da ich erst mit den Innungs-
vorständen ins Reine kommen muss, ehe ich die auch meines Erachtens not
wendige

Querstrichen bezeichneten Strecken aufgeben.

Falls Sie, sehr geehrter Herr Geheimrat, aus diesen schriftlichen Bemerkungen nicht ganz klar werden sollten, dann bitten wir um Nachricht und dann kommen die beiden Unterzeichneten oder einer von ihnen zur mündlichen Aufklärung. Ebenso wird es sehr schwer sein, im Wege des schriftlichen Verkehrs mit dem ~~Rechtsrat~~ Regierungsrat Schöster in Stettin sich zu verständigen und würden wir daher vorschlagen, daß herbeigeführt

gesetzes hat. Wenn man sich die anliegende Karte ansieht, so sieht man daraus, daß es dermeistat sehr ungewiß sein und bleiben wird, welche Wasserstrecken untereinander dann die Stellung haben werden von Hauptwasserstrecke, Abzweigung, Neu-Arm und Alt-Arm. Die Bestimmungen des Gesetzes bedeuten kein zwingendes Recht; denn es kann auch durch vergleichsweise Festsetzung unter den verschiedenen Fischereiberechtigten jedenfalls mit Wirkung nach innen die betr. Relation festgesetzt werden.

Das scheint mir aber für die zukünftige Regelung von der allergrößten und praktischsten Bedeutung zu sein.

Wenn Sie einen Termin zur Rücksprache mit den Obermeistern angesetzt haben und diese zu Ihnen kommen werden, wird sich wahrscheinlich schon eine Klärung über obige Gesichtspunkte herausgestellt haben.

Hochachtungsvoll ergebenst

Die Rechtsrat W. Gebhardt
u. Dr. J. H. Gebhardt

durch:

gez. Gebhardt

Justizrat

Herrn Obermeister Schulz hier
zur gefl. Kenntnisnahme

Hochachtungsvoll

Die Rechtsrat W. Gebhardt
u. Dr. J. H. Gebhardt

durch:

Justizrat

Abschrift

Geh. Justizrat Fuchs I
Rechtsanwalt und Notar
Justizrat Koch
Rechtsanwalt und Notar
Dr. Martin Fuchs
Rechtsanwalt

Berlin W. 35, den 14. Febr. 28
Potsdamerstrasse 117

Herrn

Justizrat Gebhardt

Frankfurt a/O.

Sehr geehrter Herr Justizrat !

In Sachen Fiskus gegen Fischerinnungen erwidere ich auf Ihr Schreiben vom 13. d. Mts. folgendes:

Eine Rücksprache mit den beiden Innungsvorständen wird nötig sein, um eine klare Stellung zu den Vergleichsvorschlägen des Fiskus an der Hand der Karten in mündlicher Verhandlung nehmen zu können.

Es wird daher nötig sein, dass einer oder beide Innungsvorstände mich zur Rücksprache aufsuchen. Dies geschieht aber am besten wohl erst nach dem 14. Februar, an welchem Tage nach Ihrer Mitteilung Plenarversammlungen der Innungen stattfinden, in welchen sich der Vorstand Vollmacht zum Abschluss eines Vergleichs nach seinen besten Ermessen geben lassen würde.

Auch meinerseits kann nur geraten werden, den Bogen nicht zu überspannen. Die in Betracht kommenden Rechtsfragen sind durchaus nicht so einfach und so sicher zu Gunsten der Innungen zu beantworten, wie manche Innungsmitglieder wohl glauben.

Ich bitte mir sobald die Versammlungen gewesen sind, Mitteilung zu machen und den Innungsvorstand zu ersuchen, mich zur Rücksprache aufzusuchen, das Herkommen aber einige Tage vorher mitzutellen, damit ich mich entsprechend einrichten kann. Ich kenne ja die Innungsvorstände von unserer gemeinschaftlichen Besichtigungsfahrt her.

Eine Zuziehung des Herrn Regierungsrats Schröder zu dieser Besprechung halte ich nicht für ratsam, da ich erst mit den Innungsvorständen ins Reine kommen muss, ehe ich die auch meines Erachtens not

wendige

notwendige, Konferenz mit Herrn Regierungsrat Schröder ansetzen kann.
Da das Kammergericht schon wegen der Sache mahnt, bitte ich die
Sache zu beschleunigen.

Hochachtungsvoll

gez. Fuchs

Justizrat

Justizrat
Dr. J.
Rechtsanw.
Frankf.
Regierung

I/M Abschrift!

15. Febr. 28

Justizrat W. Gebhardt
Dr. J. H. Gebhardt
Rechtsanwälte u. Notare
Frankfurt a. Oder
Regierungsstr. 4a

Herrn

Geh. Justizrat Fuchs I

Berlin W 35
Potsdamerstr. 117 I

Sehr geehrter Herr Geh. Justizrat!

In Sachen Deutsches Reich gegen Fischerungen der
Lebuser und Gabener Vorstadt Frankfurt a/O. teilen
wir ergebenst mit, daß gestern auf der Plenarversammlung
der Innungen eine endgültige Regelung noch nicht zustande-
gekommen ist.

Im Grundsatz ist nur die Entsendung einer Kommission be-
schlossen worden. Diese Kommission soll möglichst weitgehen-
de Vollmacht für Abschluß eines Vergleiches erhalten. Es sol-
len ihr aber Schranken gesetzt werden, dadurch, daß bestim-
te Wasserstrecken unter keinen Umständen aufgegeben werden
sollen.

Es sieht daher so aus, als wenn ein Vergleich entweder nicht
oder jedenfalls nicht in baldiger Zeit zu erwarten sein
wird.

Für den Fall, daß der Prozeß weitergeführt wird, möchten
wir bei dieser Gelegenheit auf folgendes hinweisen, was wir
auch in erster Instanz schon angeführt haben:

I.

Die Fischereirechte, um die es sich hier handelt, sind
durch die sogen. Privilegien von Kurfürsten Friedrich
Wilhelm vom Jahre 1681, 1690 von Kurfürst Friedrich III

und

und 1714 vom König Friedrich Wilhelm von Preußen bestätigt.

Dabei handelt es sich nicht um eigentliche gründende Privilegien in Bezug auf das Fischereirecht selbst, sondern um sogen. Privilegien durch die die Handwerk^{er}artikel d.h. die Innungssatzung zum Zwecke der Unterhaltung guter Ordnung ~~an ^{den} ~~Handwerk~~ ~~Artikel~~ ~~der~~ ~~Innungssatzung~~ ~~zum~~ ~~Zwecke~~ ~~der~~ ~~Unterhaltung~~ ~~guter~~ ~~Ordnung~~~~ ~~an ^{den} ~~Handwerk~~ ~~Artikel~~ ~~der~~ ~~Innungssatzung~~ ~~zum~~ ~~Zwecke~~ ~~der~~ ~~Unterhaltung~~ ~~guter~~ ~~Ordnung~~~~ gewesen sind.

In den Privilegien ist bezüglich der Fischereirechte selbst gesagt:

"Weil die Stadt Frankfurt /Oder und die beiderseits befindlichen Fischer beider Vorstädte auf dem freien Oderstrom unterhalb der Stadt bis nach Gartz und Stettin, oberhalb aber bis nach Fürstenberg zu fischen, auch in allen Bruchdörfern und wohin sie zu fischen verlangen dürfen, allerhand Art Fische als Hechte, Karpfen, Aale, Bleie und dergl. wie sie seien groß oder klein, ausgenommen Herrenfische (Störe und Lachse) einzukaufen berechtigt seien, so soll keinem Fischer in der Gubener Vorstadt, gleich wie auch in der Lebuser Vorstadt mit denselben Kietzern und Ziegelgasern usw. usw. "

Im Artikel 13 der Zunftartikel bezüglich der Gubener Vorstadt und Art. 6 derjenigen der Lebuser Vorstadt heißt es:

"Und weil die Fischer und ihre Vorfahren weit über Hundert und mehr Jahren mit der Brisse, Baumgarn, Weitgarn und Treibgarn, Netzwade, Laufwade, Schwitzangel im freien Oderstrom aufwärts bis nach Fürstenberg an den Fähnle, abwärts bis nach Gartz und Stettin berechtigt sein zu fischen, so sollen sie ferner dabei ungehindert gelassen werden. Wie dann auch dem Amt Lebus und allen anderen Obrigkeiten, wohin sie an den Oderstrom anlagen vermittle dieses gütigen Privilegium hiermit ernstlich anbefohlen wird, ihnen hierin keinen Eintrag noch Hindernis ihres Fischens zu tun. us. "

Die Urkunden erkennen also ausdrücklich an, daß der Rechtstitel für diese Fischereirechte unvordenkliche Verjährung sei und sein soll.

Daß dieser Rechtsgrund in vorliegendem Falle nach wie vor die gerichtliche Beachtung finden muß, ist ausdrücklich vom RG. z.B. zuletzt in Seuffert-Archiv Bd. 80 S. 108 anerkannt.

Was den Ausdruck "freie Oder" anbetrifft, so ist höchstwahrscheinlich der Ausdruck auf diejenigen historischen Rechtsverhältnisse

zurück-

15. Febr. 1928

70

zurückzuführen², die im Landbuch der Mark Brandenburg und
des Markgrafthums Niederlausitz von Dr. Berghaus III. Bd. S. 61
genauer geschildert sind.

Hier heißt es:

"Hiergegen ist die Oder vermöge der der Stadt Frankfurt
zustehenden *jura prohibendi* nach wie vor geschlossen
geblieben und haben zwar beide Städte Frankfurt und Bres-
lau pp. anno 1510 einen Vergleich errichtet pp."
Kurfürst Johann Siegmund hat aber anno 1612 den 14.
September dahin verabschiedet, daß aus den actis soviel
zu befinden sei, daß der Rat der Stadt Frankfurt die an-
gezogene *quasi possession* des *Jura prohibendi* der Schifffahrt
auf dem Oderstrom zwischen Frankfurt und Breslau hinauf
und niederwärts ober- und unterhalb nach Notdurft bewiesen
und dargetan habe und derowegen bei dem *Exercitio* desselbi-
gen bis ein anderes in *ordinari possessorio* oder *petitorio*
ausgeführt und erkannt wird, ruhiglich zu lassen sei."

Auf diesem Hintergrunde stellt sich also der Ausdruck als dahin aus-
zulegen, daß der Kurfürst von Brandenburg damit nur hat anerkennen
wollen und können, daß die Fischereirechte und das damit notwendig
zusammenhängende Fahrtrecht auf der Oder von ihm anerkannt wird so-
weit nicht solche in *possessorio* anerkannte *jura prohibendi* vorhan-
den und zu respektieren seien.

Wenn man von diesem Standpunkte an die ganze Sache herantritt, wird
das Deutsche Reich doch nur durchdringen können, wenn dasselbe be-
weist, daß diese unvordenkliche Verjährung in Bezug auf die Wasser-
strecken, die jetzt fortgenommen werden sollen, sich nicht erstreckt
habe.

Hochachtungsvoll ergebenst

Als Rechtsanwältin Justizrat W. Gebhardt

u. Dr. J. H. Gebhardt

durch;

gez. Gebhardt

Justizrat

Herrn Overaltmeister Hermann Schulze,

hier

zur gefl. Kenntnisnahme.

Hochachtungsvoll

u. Dr. J. H. Gebhardt

durch;

Justizrat

I/D

16. März 1928

25. Februar

8

Abschrift

I/D

Frankfurt a/O, den 18. Februar 1928

Herrn

Geh. Justizrat Fuchs I

Berlin W.35

Potsdamerstr. 117

Sehr geehrter Herr Geheimrat !

In der Angelegenheit Deutsches Reiches gegen Fischer-
innungen hier haben wir den Altmeistern Abschrift Ihres
Schreibens vom 14.2.28. zugehen lassen.

Die seitens der Plenarversammlung der Fischer gewählte
Kommission von 4 Herren wird Sie am

Mittwoch, 22. Februar 1928 nachmittags 5 Uhr
aufsuchen, falls dieselben nicht zu Händen des Altmei-
sters Hermann Schulze hier, Fischerstr. 62 rechtzeitig
eine Abbestellung erhalten.

/ Abschrift des in derselben Sache ergangenen Schrei-
bens an die Klägerin wird beigelegt.
Hochachtungsvoll ergebenst

Justizrat

serbandirektion
t Dr. Schroeder,
e t t i n

den 8. März 1928

asse
senden wir
rrn Geh. Justizrats
liegend Abschrift
n in Stettin gerie

den.
ssen bemerke ich

Exemplaren

I/D

16. März 1928

25. Februar

8

Abschrift

Herrn

Oberpräsidenten, Wasserbaudirektion
z. Hd. des Herrn Regierungsrat Dr. Schroeder,
Stettin

Justizrat W. GEBHARDT
Rechtsanwalt und Notar
Dr. J. H. GEBHARDT
Rechtsanwalt

S.

Frankfurt a. Oder, den 8. März 1928
Regierungstr. 4a
Telefon 2288

Postcheckkonto: Nr. 27808 Berlin
Bankkonto: Diskonto-Gesellschaft Frankfurt a. O.
Rechtsanwälte Gebhardt „Firmenkonto“

Herrn

Sprechstunden:
Justizrat Gebhardt: Vormittags 10-12 $\frac{1}{2}$ Uhr
außer Montags und Mittwochs
Nachmittags 5-7 Uhr außer Sonnabends
Rechtsanwalt Dr. Gebhardt: Nachmittags 4-6 Uhr
außer Sonnabends.
Im übrigen nach Vereinbarung.

Obermeister Schulze

hier

Fischerstrasse

In Sachen Deutsches Reich gegen Fischerinnungen senden wir
Ihnen nachstehend Abschrift eines Schreibens des Herrn Geh. Justizrats
Fuchs Berlin zur gefl. Kenntnisnahme.:

"In Sachen pp übersende ich Ihnen anliegend Abschrift
eines von mir an Herrn Oberpräsidenten in Stettin gerie-
ten Schreibens"

Die Anlage erbitten wir zurück.

Hochachtungsvoll

Im Rechtsanwaltsbüro Justizrat W. Gebhardt
u. Dr. J. H. Gebhardt
dankt

Gebhardt
Justizrat

der Karte rot schraffiert sind, freigegeben werden.

Zur Vermeidung von Missverständnissen bemerke ich
noch folgendes:

In der Karte, die Sie die Güte hatten in zwei
Exemplaren

25. Februar 8

Abschrift

Herrn

Oberpräsidenten, Wasserbaudirektion
z. Hd. des Herrn Regierungsrat Dr. Schroeder,

N. IV. V. 3/I. 2. 6721. IIII

S t e t t i n

Sehr geehrter Herr Regierungsrat !

Auf Ihr Schreiben von 21.12.27 mit den beigefügten
Vergleichsvorschläge erwidere ich Ihnen namens der Fischerinnung
folgendes:

Die Innungen sind nicht in der Lage, den von Ihnen
vorgeschlagenen Vergleich anzunehmen. Sie haben die Güte gehabt,
eine Karte in zwei Exemplaren beizufügen, in welcher die nach den
Vorschläge des Fiskus den Innungen zustehenden Fischereiflächen
dunkelblau eingetragen sind. Die Innungen wollen sich mit diesen
blau eingetragenen Flächen nicht einverstanden erklären, vielmehr
verlangen sie die rot schraffiert eingetragenen Flächen für ihre
Fischerei. Sie wollen aber, um die Streitpunkte möglichst zu be-
seitigen, auch noch weiter verzichten auf die rot schraffierten
Flächen beginnend in der Kahnsohleuse bis an den Wehrkanal und
ferner auf die noch rot schraffierte Kreuzfahrt bis Gartz, eben-
so auf die rot schraffierte Stellen von Gartz, den sogenannten
Schloo bis Greifenhagen. Diese Stellen sollen also, obwohl sie in
der Karte rot schraffiert sind, freigegeben werden.

Zur Vermeidung von Missverständnissen bemerke ich
noch folgendes:

In der Karte, die Sie die Güte hatten in zwei
Exemplaren

mir zuzusenden, ist die Oder verzeichnet beginnend in Ndr. Saath.
Der Lauf der sogenannten alten Oder unterhalb von Hohen-Saathen
aufwärts bis nach Kriewen hin ist in der Karte nicht ver-
zeichnet offenbar, weil der Fiskus diese Strecke garnicht zum
Gegenstand des Streites gemacht hat. Diese Strecke, deren Umfang
auf der Karte gleichfalls rot schraffiert ist, soll sie bisher
den Innungen zum Fischen verbleiben. Ich sende Ihnen eine von
den beiden gleichliegenden Karten wieder zurück, versehen mit
den roten Schraffierungen, aus denen Sie sich selbst ein Bild
über das machen können, was die Innungen verlangen.

Was den übrigen Inhalt des Vergleiches betrifft
so müssen die Innungen denselben noch in zwei Punkten berügens,
nämlich:

1. In § 5 ist bestimmt, dass die Fischer auf alle
Entschädigungsansprüche gegen das Reich und gegen Preussen ver-
zichten und zwar für die Vergangenheit und auch für die Zukunft
wegen Ausbau und Veränderung des Wasserlaufes.

Wenn auch die Innungen vielleicht geneigt sein
würden, in Falle einer gütlichen Einigung über die ihnen zu
überlassenden Wasserfläche auf Entschädigung für die Vergangen-
heit zu verzichten, so können sie für die Zukunft auf solche An-
sprüche nicht verzichten, wenn diese Ansprüche irgend einen Teil
der in Vergleich festgelegten Wasserläufe betreffen sollen.

2. Die Innungen sind nicht in der Lage Gerichtskosten
der I. und II. Instanz zu übernehmen. Diese müsste der Fiskus, der
ja auch in erster Instanz unterlegen ist, tragen, was er unso-
leichter tun kann, als er an sich selber Kosten nicht zu be-
zahlen braucht. Ihre eigenen außergerichtlichen Kosten I. und II.
Instanz würden die Innungen im Vergleichswege übernehmen, ebenso
wie

16. März 1928

- 3 -

ihre aussergerichtlichen Kosten des Vergleiches, während der Fiskus die gerichtlichen Kosten des Vergleiches tragen müsste.

Ich bitte Sie sehr geehrter Herr Regierungsrat den Gegenvorschlag der Innungen dem Fiskus zu unterbreiten, und mir sobald als möglich mitzuteilen, ob Sie denselben zustimmen, oder in welchem Punkte er abgelehnt wird. Eine Abschrift meines Briefes habe ich direkt an Herrn Rechtsanwalt Hasse gesendet.

Hochachtungsvoll

ergebenst

gez. Koch

Justizrat.

I/D

75
16. März 1928

Herrn

Geh. Justizrat Fuchs I

Berlin

Potsdamerstr. 117

Sehr geehrter Herr Geheimrat !

In Sachen Deutsches Reich gegen Fischerinnungen - N. IV. 739. V. 3 T. 2. Oberpräsident Stettin - 2. U. 7215. 26. - haben die Innungen beschlossen, an den Ihnen mitgeteilten Mindestforderungen für einen Vergleich festzuhalten. Demgemäß haben die Innungen auch noch die mit Bleistift geschriebene anl. Instruktion uns zugehen lassen.

Unterzeichneter ist sehr betrübt, daß, wenn es dabei bleibt, ein Vergleich unmöglich werden sollte.

Diese Empfindung ist natürlich nur durch das Interesse für das Schicksal der Beklagten hervorgerufen. Denn es ist ausserordentlich schwer, sich davon überzeugt zu halten, daß die Beklagten unter allen Umständen so wie in I. Instanz gewinnen müssen, sowie daß selbst wenn es bei der Abweisung der Klage verbleibt, doch noch für die Zukunft völlig dunkel und zweifelhaft ist, wie sich bei den einzelnen Gewässerstrecken und bei Konflikten in Einzelfällen die Rechte der Innungen stellen, wenn die Innungen gezwungen sind, sich als Angeklagte zu verteidigen, ^{oder} als Kläger Besitzstörungen zu verfolgen.

In dem Schreiben des Herrn Vertreters der Regierung in Stettin ist z. B. aufmerksam gemacht, daß jetzt schon ein Strafverfahren schwebt, weil entgegen den bestehenden Spezialvorschriften in die sogen. eingepolderten Wassergebiete mit über Dämme geschleppten Wasserfahrzeugen zwecks Fische eingedrungen ist.

Wir regen daher nochmals an, ob es nicht möglich und von Ihnen herbeigeführt werden könnte, daß eine mündliche Aussprache zwischen dem Regierungsvertreter einerseits und der von den Innungen gewählten Kommission von 3 Herren andererseits in Ihrem Büro stattfindet.

Vielleicht gelingt es durch weiteres Entgegenkommen seitens des Regierungsvertreters zu erreichen daß:

1. einige der wichtigsten Fischereigründe, d.h. einige der wichtigsten Altarmstrecke den Fischerinnungen dauernd zugesprochen wird,
2. garantiert wird, daß wenn in den jetzt offenen Gewässern, die die Fischerinnungen jetzt bekommen sollen bzw. anerkannt bekommen sollen, diese Fischerei ihnen auch dann für die Zukunft endgültig konserviert bleibt, wenn diese jetzt offenen Strecken, sei es zu Altarmen umgewandelt werden, sei es in größeren Strecken als bisher zu Bahnenfeldern herangezogen werden.

Sehr wichtig halten wir schon das Entgegenkommen, daß der Staat alle Gerichtskosten I. und II. Instanz übernehmen will.

Da der Obermeister der einen und der anderen Innung sich den für den Vergleich sprechenden Argumenten nicht entziehen will, ist doch vielleicht noch Hoffnung, daß ein Vergleich zustande kommt.

Hochachtungsvoll ergebenst

Justisrat

Geh. J.
Recht
Just
Rech
Dr. Ma
Recht

I
dem
hatt
gefu
gebe
weis
wür
Einc
mit
sic
wür
prä
Gen
die
Rej
und
Ser
ste
eln

Abschrift

Geh. Justizrat Fuchs I
Rechtsanwalt und Notar
Justizrat Koch
Rechtsanwalt und Notar
Dr. Martin Fuchs,

Rechtsanwalt und Notar

Berlin W. 35, den 20. März 1928
Potsdamerstrasse 117

Herrn

Justizrat W. Gebhardt

Frankfurt a/O.

Sehr geehrter Herr Justizrat !

In Sachen Deutsches Reich gegen Fischerinnung habe ich dem Kammergericht, das schon wiederholt dieserhalb angefragt hatte, angezeigt, dass die Vergleichsverhandlungen nicht zum Ziele geführt haben, und habe um Ansetzung eines Verhandlungstermines gebeten. Ich bin zwar mit Ihnen der Meinung, dass eine vergleichsweise Erledigung dieser Sache im Interesse der Beteiligten liegen würde, sehe ich aber keine Möglichkeit, zu einer solchen zu kommen. Einer Aufforderung an den Vertreter der Regierung zu einer Konferenz mit der Innungskommission bei mir zu erscheinen, würde derselbe sicherlich nicht nachkommen. Wenn er aber selbst erschien, so würde das auch nicht weiter führen, da er immer erst den Oberpräsidenten bzw. dem Minister Vortrag halten müsste, und deren Genehmigung einholen müsste. Ich habe von der Besichtigungsfahrt die ich persönlich mitgemacht habe, den Eindruck gewonnen, dass der Referent nicht ungünstig zu den verschiedenen Rechtsfragen steht, und ich halte es daher für gut, wenn der Referent, solange er im Senat ist, das Urteil fällt. Wie ein neuer Referent zu der Sache stehen würde, ist nicht abzusehen. Deshalb habe ich die Ansetzung eines baldigen Verhandlungstermines erbeten.

Hochachtungsvoll

gez. Fuchs

Justizrat

I/D

78
2. Juni 1928

Herrn

Geh. Justizrat Fuchs I

Berlin W. 35

Potsdamerstr. 117

Justizrat W. Gebhardt

Rechtsanwalt und Notar

Dr. J. H. Gebhardt

Rechtsanwalt

S.

77
Frankfurt a. O., den 26. März 28
Regierungstr. 4a
Telefon 184

Postscheckkonto: Nr. 278 08 Berlin
Bankkonto: Diskonto-Gesellschaft Frankfurt a. O.
Rechtsanwälte Gebhardt „Firmenkonto“

Sprechstunden:

Justizrat Gebhardt: Vormittags 10–12 $\frac{1}{2}$ Uhr
ausser Montags und Donnerstags
Nachmittags 5–7 Uhr ausser Sonnabends
Rechtsanwalt Dr. Gebhardt: Nachmittags 4–6 Uhr
ausser Sonnabends. Im Uebrigen nach Vereinbarung

Herrn

Obermeister Schulze

hier

Fischerstrasse 62

In Sachen Dtsch. Reich gegen Fischerinnung senden
/ wir Ihnen anliegend Abschrift eines Schreibens des Herrn Justizrat
Fuchs Berlin vom 20. d. Mts, zur gefl. Kenntnisnahme.

Hochachtungsvoll

Die Rechtsanwälte Justizrat W. Gebhardt
u. Dr. J. H. Gebhardt.
(beide)

Gebhardt
Justizrat

Justizrat

I/D

78
2. Juni 1928

Herrn

Geh. Justizrat Fuchs I

Berlin W.35

Potsdamerstr. 117

Sehr geehrter Herr Geheimrat !

In Sachen Fiskus gegen Fischerinnung sind soeben die Mandanten bei uns.

Bei Durchsprechung der Angelegenheit stellt sich heraus, daß auf Grund der blossen Namensbezeichnungen, ohne daß gleichzeitig auf der Karte Identifizierung stattfindet, eine zuverlässige Erklärung über die Freigabe der einzelnen Gewässerstrecken nicht erzielbar ist.

Die betreffenden Herren werden daher, am Montag. 4. Juni 1928 in Ihrem Büro sich einfinden. Sie kommen zwischen 11 und 12 Uhr vormittags in das Büro und nehmen an, daß Sie dann zur Aussprache zugelassen werden. Sollte dies nicht möglich sein, so werden sie warten, bis eine gründliche Aussprache ausführbar ist.

Hochachtungsvoll ergebenst

Justizrat

Abschrift

79

2.U.7215/26

Verkündet
am 5. Juni 1928
geh. Bock
Urkundsbeamter

Im Namen des Volkes!

In Sachen

des Deutschen Reiches und des Preussischen Staates,
vertreten durch den Oberpräsidenten der Preussischen
Provinz Pommern in Stettin,

Klägers und Berufungsklägers,

-Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Hasse in Berlin W 8,
Französische Straße 7,

gegen

1. die Fischerinnung der Gubener Vorstadt in Frankfurt a.O.,
vertreten durch den Altmeister Hermann Schulze, Neben-
altmeister Gustav Schwarz und Schriftführer Hermann Wilke,
dasselbst,

2. die Fischerinnung der Lebuser Vorstadt in Frankfurt a.O.,
vertreten durch ihren Vorstand Altmeister Richard Schade,
Nebenaltmeister Otto Kalisch und Schriftführer Siegfried
Krammann daselbst,

Beklagte u. Berufungsbeklagte

-Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Geheimer Justizrat Fuchs I
und Justizrat Koch in Berlin W 35, Potsdamerstr. 117-
hat der 2. Zivilsenat des Kammergerichts in Berlin auf die
mündliche Verhandlung vom 10. Mai 1928 durch den Kammergerichts-
rat Geheimer Justizrat Thusius
für Recht erkannt:

Die Beklagten werden ihrem Anerkenntnis gemäß
verurteilt, anzuerkennen, daß sie nicht berech-

tigt

tigt sind, die Fischerei auszuüben:

- a) auf dem Kanal von Hohenseeten bis zur Verbindung zwischen der Stromoder und dem Kanal zwischen Kilometerstein 20 und 21 südwestlich Criewen,
- b) auf dem Kanal zwischen Criewen und Schwedt von Kilometerstein 21 bis Kilometerstein 27,
- c) auf den Verbindungsgewässern zwischen Stromoder und dem Kanal bei Stützkow.

Tatbestand und Entscheidungsgründe.

Die Beklagten haben auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 10. Mai 1928 vor dem Einzelrichter den Anspruch der Kläger in dem im Tenor dieses Urteils wiedergegebenen Umfange anerkannt, aber ihre Verpflichtung zur Tragung von Kosten bestritten. Die Kläger haben die Verurteilung der Beklagten ihrem Anerkenntnis gemäß beantragt. Diesem Antrage ist nach § 307 ZPO. stattzugeben. Die Entscheidung durch den Einzelrichter rechtfertigt sich nach §§ 523, 349 Abs. 1 Ziffer 3 ZPO.

Die Entscheidung über die Kosten bleibt dem Endurteil vorbehalten. gez. Thusius

Ausgefertigt

Berlin, den 26. Juni 1928

L.S. gez. Unterschrift Kanzleisekretär

als Urkundsbefugter der Geschäftsstelle

des Kammergerichts.

Vorstehende Ausfertigung wird heute
Herrn Geh. Jr. Fuchs in Berlin zugestellt.
Berlin, den 29. Juni 1928
gez. Unterschrift
Rechtsanwalt

Auszugsweise Abschrift !

2.U.7215.26.

In Sachen des Deutschen Reiches und des Preussischen Staates,
beide vertreten durch den Oberpräsidenten in Stettin,
Kläger und Berufungskläger,

gegen

1. die Fischerinnung der Gubener Vorstadt in Frankfurt a/O.,
2. die Fischerinnung der Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/O.,

Beklagten und Berufungsbeklagten,

hat der 2. Zivilsenat des Kammergerichts in Berlin auf die mündliche
Verhandlung vom 25. September 1928 für Recht erkannt :

Die Beklagten werden verurteilt, die Fischerei bei Vermeidung
fiskalischer Strafen bis zu 300 Reichsmark für jeden Zuwiderhandlungs-
fall zu unterlassen :

- a) auf dem Grossfischfahrtswege Berlin-Stettin,
- b) auf den Poldergewässern, Nebenarmen, Seen, Laken der Oder von
Hohensaaten bis Stettin.

Im übrigen wird die Klage abgewiesen.

Tatbestand.

Den beiden beklagten Innungen sind durch alte Privilegien Korpo-
rationsrechte und die Fischerei auf der freien Oder von Fürstenberg
bis Stettin verliehen. Auf Grund des Preussischen Vorflutverbesserungs-
gesetzes vom 4. August 1904 fand eine erhebliche Umgestaltung des
Oderlaufs von Niedersaaten abwärts statt. Die Kläger behaupten, da
durch die Privilegien den Beklagten die Befischung der "Seen und
Laken" untersagt und auch die "Ausgänge" von der Befischung ausge-
schlossen seien, seien die Beklagten nicht mehr berechtigt, in der
Weise bei Friedrichsthal und in dem Kreuzfahrtskanal bei der Scholwer
Grube zu fischen, da diese nicht mehr als freier Oderstrom in Be-
tracht kämen.

Die Kläger verlangen im vorliegenden Rechtsstreit

1. die Feststellung, daß als freier Oderstrom im Sinne der den Be-
klagten verliehenen Privilegien nur die Ostoder in Betracht komme,
und daß die Beklagten auf der Westoder und auf den Armen und
Nebengewässern der Ost- und Westoder sowie auf den in den
Poldern liegenden Gewässern keine Fischereiberechtigung haben,
2. die Feststellung, daß das Fischereirecht der Beklagten auf der als
freier Oderstrom anzusehenden Oder unterhalb von Niedersaaten
durch Verjährung erloschen ist,

3.

3. Verurteilung der Beklagten, sich jeder Ausübung der Fischerei auf den zu 1 genannten Gewässern, sowie auf der Ostoder unterhalb Niedersaathen durch ihre Mitglieder bei einer Geldstrafe von 1000 Reichsmark für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu enthalten.

Gründe.

Nach §§ 38 ff II, 15 des Preuß. All. Landrechts stehen in den von Natur schiffbaren Strömen, zu denen auch die Oder gehört, dem Staate deren Nutzungen zu. Nach dem durch das Preussische Gesetz vom 26. September 1921 (Ges. Samml. S. 519 ff) genehmigte Staatsverträge sind die in der Anlage aufgeführten Binnenwasserstrassen, darunter die Oder von der Reichsgrenze bis zur Ostsee mit dem Dammschen See und Pazenwasser und der Hohensaathen-Friedrichshaler Wasserstraße seit dem 1. April 1921 in das Eigentum des Reiches übergegangen. Doch verbleiben nach § 2b die staatlichen Fischereien an den natürlichen Wasserstrassen, auch an den kanalisierten Strecken natürlicher Wasserstrassen den Ländern, während an den künstlichen Wasserstraßen die Fischerei ebenfalls auf das Reich übergeht. Die beiden beklagten Fischerinnungen, denen nach den vom Kurfürsten von Brandenburg bestätigten Innungsartikeln die Rechte einer juristischen Person zustehen, nehmen von Alters her eine Fischereiberechtigung auf der freien Oder von Fürstenberg abwärts bis Stettin als Privileg in Anspruch. Sie können zwar nur die Privilegien selbst nicht mehr vorlegen. Ihr Bestehen ergibt sich aus den in unbestrittener Abschrift vorgelegten Erlassen des Kurfürsten Friedrich III. und des Königs Friedrich Wilhelm I. vom 20. Januar 1696 und 21. Mai 1714 für die Fischerinnung der Gubener Vorstadt und vom 10. Februar und 21. März 1714 für die Fischerinnung der Lebusener Vorstadt. In diesen Urkunden hat der Landesherr die Fischereiberechtigung der Beklagten auf der freien Oder von Fürstenberg bis Stettin anerkannt. Wenn es in diesen Urkunden heisst, daß der Landesherr sich ausdrücklich reserviere, dies Privilegium oder Konfirmation nach Befinden und Gelegenheit der Sachen und Zeiten zu ändern und aufzuheben, so ist einmal nicht daran zu denken, ob dieses Reservat auch auf das Privileg selbst oder nur auf die dem Landesherrn damals nur zur Bestätigung vorgelegten Zunft- oder Innungsartikel bezieht, sodann aber eine Änderung oder Aufhebung der Privilegien durch die Staatsgewalt bisher nicht erfolgt, so daß die Frage, welche Bedeutung derartige Wendungen in den vorgelegten Urkunden haben und ob auch jetzt noch eine Änderung oder Aufhebung durch die Staatsgewalt erfolgen kann, im vorliegenden Rechtsstreit unerörtert

unerörtert bleiben kann. Darin, daß die vorliegende Klage erhoben und das von den Klägern geltend gemacht worden ist, ist jedenfalls eine Aufhebung nicht zu erblicken. Denn der Oberpräsident der Preussischen Provinz Pommern, der die beiden Kläger im vorliegenden Rechtsstreit vertritt, hat nur die fiskalischen Interessen der Kläger zu vertreten, ist aber nicht berechtigt, ein durch den Landesherrn erteiltes Privileg aufzuheben oder abzuändern.

Die Kläger machen geltend, die Privilegien der beklagten Innungen seien durch Verjährung durch Nichtgebrauch auf einem großen Teile der hier in Frage kommenden Oderstrecke untergegangen und behaupten, die Beklagten hätten seit Jahrzehnten die Fischerei auf der freien Oder nur bis Schwedt und Niedersaathen ausgeübt und seien unterhalb dieser Orte nicht mehr zur Ausübung der Fischerei erschienen. Daß die Beklagten bis Schwedt und Niedersaathen die Fischerei ausgeübt haben, ist unbestritten, dem Senat auch aus zahlreichen Rechtsstreitigkeiten, die vor ihm geschwebt haben, bekannt, Ihre Privilegien stellen ein einheitliches Recht dar, nicht wie die Kläger behaupten, eine Summe von Einzelberechtigungen, nämlich die Fischereiberechtigung auf der freien Oder von Fürstenberg bis Stettin. Daß auf der Oder daneben eine Reihe von Einzelberechtigungen auf der Oder mit beschränkten Gebieten bestehen, steht der Einheitlichkeit der den Beklagten verliehenen Privilegien, die bei ihrer Beschränkung auf die freie Oder sich sicher nicht mit den daneben bestehenden Berechtigungen decken, nicht entgegen. Liegt aber ein einheitliches Recht vor, so kann eine Verjährung durch Nichtgebrauch erst anfangen, wenn eine Ausübung des Rechtes überhaupt nicht stattgefunden hat. (Erkenntnis des Preuß. Obertribunals vom 22. Oktober 1841 Präjudiz No 1059 Präm. Samml. S. 40 bezüglich der Schäferereigerechtigkeit). Es ist deshalb für das Fortbestehen der Privilegien unerheblich, wenn auf einzelnen Teilen, auf die sich die Fischereigerechtigkeit erstreckt, die Fischerei nicht ausgeübt worden ist, sofern nur eine Ausübung der Fischerei in dem verliehenen Fischereigebiet überhaupt stattgefunden hat. Im übrigen würde, wenn man das nicht annehmen wollte, der Beweis der Nichtausübung innerhalb dreißig Jahren vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches den Klägern obliegen und durch Benennung einiger Zeugen, die das bekunden sollen, nicht zu führen sein, da kein Zeuge bekunden kann, daß während der Dreißig Jahre kein Mitglied der beklagten Innungen auf der ca 45 bzw. 50 Kilometer langen Strecke von Schwedt bzw. Niedersaathen die Fischerei ausgeübt hat.

Die Kläger vertreten weiter die Auffassung, daß durch die Stromregulierungsarbeiten auf Grund des Preussischen Vorflutverbesserungsgesetzes

setzes vom 4. August 1904 der freien Oderstrom in der Ausgestaltung in der er zur Zeit der Verleihung der Privilegien vorhanden gewesen sei, nicht mehr existiere, als solcher vielmehr die Ostoder anzusehen sei, die zu gewöhnlichen Zeiten das ablaufende Wasser aufnehme und jetzt zugleich den Schiffahrtsweg auf der Oder bilde, und verlangen die Feststellung, daß als freier Oderstrom im Sinne der Privilegien der Beklagten nur die Ostoder und auf den Armen und Nebengewässern der Ostoder auf der Westoder, sowie auf den in den Poldern liegenden Gewässern keine Fischereiberechtigung haben. An sich wird durch derartige Regulierungsarbeiten eine bestehende Fischereiberechtigung nicht berührt. Vielmehr ergibt sich aus §§ 68 ff II, 15 All. Landrechts, insbesondere aus § 72, daß die Fischereigerechtigkeit solange ausgeübt werden darf, als dies tatsächlich möglich ist (Urteil des Reichsgerichts vom 15. November 1898 V. 205.98. in Sachen Dübener Mulde-Deichverband gegen Stadtgemeinde Düben. JW. 1898 S. 687). Es fragt sich, ob dieser Grundsatz, der für künstliche Veränderungen des Flussbettes gilt, auch auf den vorliegenden Fall Anwendung zu finden hat, in dem den Beklagten nicht die Fischerei auf der Oder schlechthin, sondern nur die Fischerei auf der freien Oder verliehen ist. Der Senat hat diese Frage beantwortet.

Geht man aber von dem Grundsatz aus, daß durch künstliche Anlagen eine Fischereiberechtigung nicht untergeht, so steht dem nichts entgegen, daß die Beklagten nach wie vor auf dem alten Strome die Fischerei nach wie vor ausüben dürfen. Auf diesem ist ihnen die Fischereiberechtigung durch die alten Privilegien verliehen worden und es ist nicht angingig, daß die Kläger diesen Privilegien jetzt die Auslegung geben wollen, daß die Beklagten sich auf die neu angelegten Stromoder, die sich als ein ganz anderer Strom darstellt als der, auf dem die Fischerei seiner Zeit den Beklagten verliehen worden ist, beschränken müßten. Dazu kommt, daß, soweit die Alt-Oder in den Großschiffahrtsweg übergegangen ist, nach wie vor ein freier Oderstrom vorhanden ist, so daß es sich höchstens darum handeln könnte, ob den Beklagten die Fischerei auf den früheren Verbindungen, die jetzt nicht mehr als freier Oderstrom angesehen werden können, zu untersagen ist. Das ist aber ebenfalls abzulehnen, weil die Beklagten dadurch, daß diese Strecken durch künstliche Anlagen den Charakter als freier Strom verloren haben, nicht ihres Rechtes verloren gehen können. Ist hiervon auszugehen, so steht den Beklagten die Fischerei in dem ihnen durch die Privilegien verliehenen Umfange zu. Sie sind berechtigt, auf dem freien Oderstrom, wie er früher verlaufen ist, die Fischerei auszuüben.

üben. Ihre Fischereigerechtigkeit beschränkt sich aber auf den freien Oderstrom - In Seen und Laken waren sie nach den vorgelegten Urkunden nicht berechtigt zu fischen. Die Fischerei in den Nebengewässern der Oder steht ihnen nicht zu. Das ergibt sich schon daraus, daß sie ihnen nur in der freien Oder verliehen worden ist. Danach ist ihnen die Fischerei in den Poldergewässern, soweit sie sich jetzt im Laufe der früheren Stromoder befinden, zu untersagen.

Ra.

Abschrift.

Kammergericht Berlin

Berlin, den 30. Oktober 1928.

In Sachen

Fiskus ./ .Fischerinnung Guben.

83

Es wurde die Formel des anl. Urteils verkündet:

Das am 11. Mai 1926 verkündete Urteil der 3. Zivilkammer des Landgerichts in Frankfurt a. Oder wird abgeändert:

Die Beklagten werden verurteilt, soweit sie nicht bereits durch das Anerkenntnisurteil des erkennenden Senats vom 5. Juni 1928 verurteilt sind, die Fischerrei bei Vermeidung fiskalischer Strafen bis zu 300.-RM für jeden Zuwiderhandlungsfall zu unterlassen:

a) auf dem Grossschifffahrtswege Berlin-Stettin von Kilometerstein 39 bis zur Mündung der Welse bei der Kahn-schleuse bei Friedrichsthal bei Kilometerstein 42,

b) auf den Poldergewässern, Nebenarmen, Seen, Laken der Oder, von Hohensaathen bis Stettin, insbesondere im Welsensee der Kreuzfahrt, soweit diese Gewässer sich nicht im Fluss-bette der früheren Stromoder von Hohensaathen abwärts bis Peetsig, von da über den Griewener Polder nach der westlichen Talseite zum Grossschifffahrtsweg Berlin-Stettin zwischen Kilometerstein 20 und 21 bei Griewen vorbei, von Kilometerstein 22 im Bogen durch den Saathener Graben nach Schwedt bzw. an Raduhn vorbei nach Niedersaathen nach Schwedt, dann durch den Fiddedurchstich bis Kilometerstein 31, alsdann durch das Tal und den Schellergraben nach Nipperwiese, im jetzigen Oderstrombett von Kilometerstein 697 bis Kilometerstein 705, alsdann westlich durch das Tal und die Stolver Grube zur Kahn-schleuse bei Kilometerstein 42 bei Friedrichsthal und von dort im Grossschifffahrtsweg bis Stettin befinden.

Im übrigen wird die Klage abgewiesen.

Die Kosten des Rechtsstreits werden den Klägern zu 9/10, den Beklagten zu 1/10 auferlegt.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Den Beklagten wird nachgelassen, die Zwangsvollstreckung durch Hinterlegung von 4000.-RM abzuwenden, den Klägern, sie durch Hinterlegung von 1000 Reichsmark abzuwenden.

Abschrift

84

2.U.7215.26.

Im Namen des Volkes !

Verkündet
am 30. Oktober 1928
gez: Kellner, Angestellter
als Urkundsbe-amter der
Geschäftsstelle

In Sachen des Deutschen Reiches und des Preussischen Staates, beide vertre-
ten durch den Oberpräsidenten in Stettin,

Kläger und Berufungskläger,

Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Hasse in Berlin W.8, Französische-
strasse 7

gegen

1. die Fischerinnung der Gabener Vorstadt in Frankfurt a/O,
vertreten durch ihren Vorstand, Altmeister Hermann Schulze, Neben-
altmeister Gustav Schwarz und Schriftführer Hermann Wilke, daselbst
2. die Fischerinnung der Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/O, vertreten
durch ihren Vorstand, Altmeister Richard Schade, Nebenaltmeister
Otto Kalisch und Schriftführer Siegfried Krummann, daselbst

Beklagten und Berufungsbeklagten

Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Geheimer Justizrat Fuchs und Ju-
stizrat Koch, in Berlin W.35, Potsdamerstr. 117

hat der 2. Zivilsenat des Kammergerichts in Berlin auf die mündliche
Verhandlung vom 25. September 1928 unter Mitwirkung des Vizepräsidenten r-
Dr. David, des Kammergerichtsrats Geheimen Justizrats Thusius und des
Landgerichtsrats Basch für Recht erkannt :

Das am 11. Mai 1926 verkündete Urteil der 3. Zivilkammer des
Landgerichts zu Frankfurt a/O wird abgeändert :

Die Beklagten werden verurteilt, soweit sie nicht
bereits durch das Anerkenntnisurteil des erkennenden
Senats vom 5. Juni 1928 verurteilt sind, die Fischerei
bei Vermeidung fiskalischer Strafen bis zu 300 Reichs-
mark für jeden Zuwiderhandlungsfall zu unterlassen :

a)

- a) auf dem Grossschifffahrtswege Berlin-Stettin von Kilometerstein 39 bis zur Mündung der Welse bei der Kahnschleuse bei Friedrichsthal bei Kilometerstein 42,
- b) auf den Poldergewässern, Nebenarmen, Seen, Laken der Oder von Hohensaaten bis Stettin, insbesondere im Welsensee, der Kreuzfahrt, soweit diese Gewässer sich nicht im Flussbette der früheren Stromader von Hohensaaten abwärts bis Peetzig, von da über den Criewener Polder nach der westlichen Talseite zum Grossschifffahrtsweg Berlin-Stettin zwischen Kilometerstein 20 und 21 bei Criewen vorbei, von Kilometerstein 22 im Bogen durch den Saathener Graben nach Schwedt bzw. an Raduhn vorbei nach Niedersaathen nach Schwedt, dann durch den Fäddedurchstich bis Kilometerstein 31, alsdann durch das Teil und den Schellergraben nach Nipperwiese, im jetzigen Oderstrombett von Kilometerstein 697 bis Kilometerstein 705, alsdann westlich durch das Tal und die Scholwer Grube zur Kahnschleuse bei Kilometerstein 42 bei Friedrichsthal und von dort im Schifffahrtsweg bis Stettin befinden.

Im übrigen wird die Klage abgewiesen.

Die Kosten des Rechtsstreites werden den Klägern zu 9/10 den Beklagten zu 1/10 auferlegt.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Den Beklagten wird nachgelassen, die Zwangsvollstreckung durch Hinterlegung von 4000 Rm abzuwenden, den Klägern, sie durch Hinterlegung von 1000 Reichsmark abzuwenden.

Tatbestand.

Den beiden beklagten Innungen sind durch alte Privilegien Korporationsrechte und die Fischerei auf der freien Oder von Fürstenberg i/M bis Stettin verliehen. Auf Grund des Preussischen Vorflutverbesserungsgesetzes vom 4. August 1904 fand eine erhebliche Umgestaltung des Oderlaufs von Niedersaathen abwärts statt.

Die

85

Die Kläger behauptet, da durch die Privilegien den Beklagten die Befischung der „Seen und Laken“ untersagt und auch die „Ausgänge“ von der Befischung ausgeschlossen seien, seien die Beklagten nicht mehr berechtigt, in der Weise bei Friedrichsthal und in dem Kreuzfahrtkanal bei der Scholwer Grube zu fischen, da diese nicht mehr als freier Oderstrom in Betracht kämen; die Welse, schon durch ihren besonderen Namen als nicht zum freien Oderstrom gehörend erkennbar, sei in die künstliche Wasserstrasse Schwedt-Friedrichsthal aufgegangen und ausgebaut, der Kreuzfahrtkanal sei seiner Lage nach nicht freier Oderstrom, die Scholwer Grube sei durch Abdämmung von der Oder getrennt, der freie Oderstrom sei in der Ausgestaltung zur Zeit der Verleihung der Privilegien nicht mehr vorhanden, als solcher vielmehr jetzt die Ostoder anzusehen, die zu gewöhnlichen Zeiten das ablaufende Wasser aufnehme und zugleich den Schiffahrtsweg bilde. Während durch diese Umgestaltung des Stromlaufs den Beklagten ein Gebiet genommen worden sei, in dem sie früher hätten fischen dürfen, sei ein anderer Teil von ihnen freiwillig aufgegeben worden. Etwa seit 1860 hätten die Beklagten die Fischerei nur bis Schwedt und Niedersaathen ausgeübt, unterhalb aber nicht mehr gefischt. Die Oder habe von jeher eine Anzahl von Fischereigebieten gehabt, in denen verschiedene Berechtigten die Fischerei zugestanden habe. Wenn also den Beklagten die Fischereiberechtigung bis Stettin verliehen sei, so setze das Recht der Beklagten aus soviel Berechtigungen zusammen, als diese in den Gebieten in Betracht kämen. Sie hätten deshalb auch in einzelnen Gebieten ihr Recht durch Nichtausübung verlieren können und tatsächlich verloren.

Die Kläger verlangen im vorliegenden Rechtsstreit

1. die Feststellung, daß als freier Oderstrom im Sinne der den Beklagten verliehenen Privilegien nur die Ostoder in Betracht komme, und daß die Beklagten auf der Westoder und auf den Armen und Nebengewässern der Ost- und Westoder sowie auf den in den Poldern liegenden Gewässern keine Fischereiberechtigung haben,

2.

2. die Feststellung, daß das Fischereirecht der Beklagten auf der als freier Oderstrom anzusehenden Oder unterhalb von Niedersaathen durch Verjährung erloschen ist,

3. Verurteilung der Beklagten, sich jeder Ausübung der Fischerei auf den zu 1 genannten Gewässern, sowie auf der Ostoder unterhalb Niedersaathen durch ihre Mitglieder bei einer Geldstrafe von 1000 Reichsmark für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu enthalten. Die Beklagten bemängeln die Aktivlegitimation der Kläger sowie die genügende Bestimmtheit der Klageanträge, da nicht ersichtlich sei, was die Kläger unter der Bezeichnung Ost- und Westoder verstehen, bestreiten, daß sie seit Jahrzehnten die Fischerei unterhalb Niedersaathen nicht mehr ausgeübt hätten und führen aus, ihre Berechtigung sei eine einheitliche und brauche nicht auf allen Teilen der ihnen zu Gebote stehenden Wasserflächen ausgeübt zu werden. Durch die Umgestaltung der Oder durch künstliche Anlagen könne ihnen nicht ihre Fischereiberechtigung genommen werden, wenn ihnen das Privileg der Fischerei auf dem freien Oderstrom verliehen sei, so seien sie berechtigt, auf allen seinen Teilen von Ufer zu Ufer und allen Oderarmen zu fischen, soweit sie zum fließenden Strom gehören.

Die 3. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt a/O hat durch Urteil vom Mai 1926 die Klage abgewiesen und die Kosten des Rechtsstreits den Klägern auferlegt. Gegen dieses Urteil, auf dessen Inhalt Bezug genommen wird, haben die Kläger Berufung eingelegt und beantragen:

unter Abänderung des angefochtenen Urteils

1. festzustellen, daß die Beklagten keine Fischereiberechtigung haben auf

- a) dem Kanal Hohensaathen-Friedrichsthal (km 0 nordöstlich Hohensaathen bis km 40 nordöstlich des Welsenasees),
- b) dem Gewässer von km 40 nördlich des Welsenasees bis km 72, südlich der Insel Piepenwerder bei Stettin,
- c) allen Nebenarmen und Seitengewässern der Oder von km 666 (östlich Hohensaathen) bis km 737 (westlich Finkenwalde), sowie des Grossschiffahrtsweges ~~Stettin-Berlin~~ Stettin-Berlin von km 0 (nordöstlich Hohensaathen) bis km 72 (südlich der Insel Piepenwerder),

d)

d) allen zwischen den zu c genannten Gewässern
Poldergewässern,

e) der Oder von km 687 (westlich Niedersaathen) abwärts bis
km 737 (westlich Finkenwalde),

2. festzustellen, daß das Fischereirecht der Beklagten auf der als
freier Oderstrom anzusehenden Ostoder unterhalb von Niedersaathen
durch Verjährung erloschen ist,
3. die Beklagten zu verurteilen, jede Ausübung der Fischerei auf den
zu 1 genannten Gewässern durch ihre Mitglieder zur Vermeidung einer
vom Gericht festzusetzenden Strafe für den Fall der Zuwiderhand-
lung zu unterlassen,
4. den Beklagten die Kosten des Rechtsstreites aufzuerlegen,
5. das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar
zu erklären.

Die Beklagten beantragen :

die gegnerische Berufung kostenpflichtig zurückzuweisen, das Urteil
für vorläufig vollstreckbar zu erklären, eventuell ihnen Hinterle-
gungsbefugnis nachzulassen.

Die Parteien tragen den Inhalt der Schriftsätze vom 24. August, 3. Oktober,
18. November, 3. Dezember 1926, 28. Februar, 17. März, 6. April und 23. April
1927 vor.

Es ist Beweis erhoben worden nach Massgabe des Beschlusses vom 18. März
1927 durch Einnahme des richterlichen Augenscheins und Vorlegung der in
dem Beschlusse bezeichneten Akten und Urkunden, aus denen die aus den
Funden ersichtlichen Feststellungen getroffen und zum Gegenstande der Ver-
handlung gemacht worden sind. Das Ergebnis der Augenscheineinnahme ist in
dem Protokoll vom 16. Juni 1927 niedergelegt.

Die Parteien haben alsdann die in dem Protokoll vom 10. Mai 1928 ent-
haltenen Erklärungen abgegeben und über das Ergebnis der Beweisaufnahme
nach Massgabe der Schriftsätze vom 28. März, 30. April und 4. Juni 1928 ver-
handelt.

Gründe.

Die Aktivlegitimation des Deutschen Reiches sowohl wie des Preussischen
Staates ist gegeben. Nach §§ 38 ff II, 15 des Preuss. All. Landrechts stehen
in den von Natur schiffbaren Strömen, zu denen auch die Oder gehört, dem

Staate

den Nutzungen als Regal zu. Nach dem durch das Preussische
Staatsgesetz vom 26. September 1921 (Ges. Samml. S. 519 ff) genehmigten Staats-
vertrage betreffend den Übergang der Wasserstrassen von den Ländern
auf das Reich vom 31. März 1921 sind die in der Anlage aufgeführten Bin-
^{26. September}nenwasserstrassen, darunter die Oder von der Reichsgrenze bis zur Ostsee
mit dem Dammschen See und Pazenwasser und der Hohensaathen-Friedrichs-
thaler Wasserstrasse seit dem 1. April 1921 in das Eigentum des Reiches
übergegangen.

Doch verbleiben nach § 2b die staatlichen Fischereien an den natürli-
chen Wasserstrassen, auch an den kanalisierten Strecken natürlicher Was-
serstrassen den Ländern, während an den künstlichen Wasserstrassen die
Fischerei ebenfalls auf das Reich übergeht. Unberechtigtes Fischen auf
diesen Gewässern beeinträchtigt sowohl das Eigentum des Reichs, wie
auch die Fischerei der Länder und die des Reichs auf den künstlichen
Wasserstrassen. Es unterliegt auch keinem Bedenken, daß die Kläger ein
rechtliches Interesse an der Feststellung des Umfanges der von den Be-
klagten in Anspruch genommenen Fischereiberechtigung und auf Unterlas-
sung der Fischerei haben, soweit sie den Beklagten nicht zusteht. Dieses
Interesse ist aber zu verneinen, soweit die Beklagten eine Fischereibe-
rechtigung nicht in Anspruch nehmen und auch sonst zur Klage keine Ver-
anlassung gegeben haben.

Die beiden beklagten Fischerinnungen, denen nach den vom Kurfürsten von
Brandenburg bestätigten Innungsartikeln die Rechte einer juristischen
Person zustehen, nehmen von Alters her eine Fischereiberechtigung auf
der freien Oder von Fürstenberg abwärts bis Stettin als Privileg in
Anspruch. Sie können zwar nur die Privilegien selbst nicht mehr vorle-
gen. Ihr Bestehen ergibt sich aus den in unbestrittener Abschrift vor-
gelegten Erlassen des Kurfürsten Friedrich III. und des Königs Friedrich
Wilhelm I. vom 20. Januar 1696 und 21. Mai 1714 für die Fischerinnung
der Gubener Vorstadt und vom 10. Februar und 21. März 1714 für die Fi-
scherinnung der Lebuser Vorstadt. In diesen Urkunden hat der Landes-
herr die Fischereiberechtigung der Beklagten auf der freien Oder von
Fürstenberg bis Stettin anerkannt. Wenn es in diesen Urkunden heißt,
daß der Landesherr sich ausdrücklich reserviere, dies Privilegium oder

Konfirmation

Konfirmation nach Befinden und Gelegenheit der Sachen und Zeiten zu ändern und aufzuheben, so ist ~~ist~~ einmal nicht dargetan, ob dieses Reservat sich auf das Privileg selbst oder nur auf die dem Landesherrn damals nur zur Bestätigung vorgelegten Zunft - oder Innungsartikel bezieht, sodann aber eine Änderung oder Aufhebung der Privilegien durch die Staatsgewalt bisher nicht erfolgt, so daß die Fragen, welche Bedeutung derartige Wendungen in den vorgelegten Urkunden haben und ob auch jetzt noch eine Änderung oder Aufhebung durch die Staatsgewalt erfolgen kann, im vorliegenden Rechtsstreit unerörtert bleiben kann. Darin, daß die vorliegende Klage erhoben und das von den Klägern geltend gemacht worden ist, ist jedenfalls eine Aufhebung nicht zu erblicken. Denn der Oberpräsident der Preussischen Provinz Pommern, der die beiden Kläger im vorliegenden Rechtsstreit vertritt, hat nur die fiskalischen Interessen der Kläger zu vertreten, ist aber nicht berechtigt, ein durch den Landesherrn erteiltes Privileg aufzuheben oder abzuändern.

Die Kläger machen geltend, die Privilegien der beklagten Innungen seien durch Verjährung durch Nichtgebrauch auf einem grossen Teile der hier in Frage kommenden Oderstrecke untergegangen und behaupten, die Beklagten hätten seit Jahrzehnten die Fischerei auf der freien Oder nur bis Schwedt und Niedersaathen ausgeübt und seien unterhalb dieser Orte nicht mehr zur Ausübung der Fischerei erschienen. Daß die Beklagten bis Schwedt und Niedersaathen die Fischerei ausgeübt haben, ist unbestritten, dem Senat auch aus zahlreichen Rechtsstreitigkeiten, die vor ihm geschwebt haben, bekannt. Ihre Privilegien stellen ein einheitliches Recht dar, nicht wie die Kläger behaupten, eine Summe von Einzelberechtigungen, nämlich die Fischereiberechtigung auf der freien Oder von Fürstenberg bis Stettin. Daß auf der Oder daneben eine Reihe von Einzelberechtigungen auf der Oder mit beschränkten Gebieten bestehen, steht der Einheitlichkeit der den Beklagten verliehenen Privilegien, die bei ihrer Beschränkung auf die freie Oder sich sicher nicht mit den daneben bestehenden Berechtigungen decken, nicht entgegen. Liegt aber ein einheitliches Recht vor, so kann eine Verjährung durch Nichtgebrauch erst anfangen, wenn eine Ausübung des Rechtes überhaupt nicht stattgefunden hat. (Erkenntnis des Preuss. Obertribunals vom 22. Oktober 1841 Präjudiz No 1059 Präj. Samml. S. 40 bezüglich der Echtfischereigerechtigkeit). Es ist

deshalb

deshalb für das Fortbestehen der Privilegien unerheblich, wenn auf einzelnen Teilen, auf die sich die Fischereigerechtigkeit erstreckt, die Fischerei nicht ausgeübt worden ist, sofern nur eine Ausübung der Fischerei in dem verliesenen Fischereigebiet überhaupt stattgefunden hat. Im übrigen würde, wenn man das nicht annehmen wollte, der Beweis der Nichtausübung innerhalb dreissig Jahren vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches den Klägern obliegen und durch Benennung einiger Zeugen, die das bekunden sollen, nicht zu führen sein, da kein Zeuge bekunden kann, daß während der dreissig Jahre kein Mitglied der beiden beklagten Innungen auf der ca 45 bzw. 50 Kilometer langen Strecke von Schwedt bzw. Niedersaathen die Fischerei ausgeübt hat. Im übrigen ergibt auch der Rechtsstreit der Beklagten gegen die Criesener Wassergenossenschaft O⁸⁸/98 des Landgerichts Prenzlau, dessen Akten vorlagen und aus denen die nachfolgenden Feststellungen getroffen und zum Gegenstand der Verhandlung gemacht worden sind, daß tatsächlich eine Ausübung der Fischerei durch die beiden beklagten Innungen in dem Stromgebiet von Stätzkow bis hinter Zülzen stattgefunden hat. Die in diesem Rechtsstreit vernommenen Zeugen Schroback, Wilhelm Schmädicke, Ramicke, Hermann Schwartz, Schultze, Karl Schmädicke, Karl Schwartz, Benjamin Schwartz, Witte, Seel, Fritsche, Hessner, Lehmppuhl, Pallanske haben auch bekundet, daß in dem in diesem Rechtsstreit im Streit befindlichen Gebiet eine Ausübung der Fischerei durch Mitglieder der beklagten Innungen seit dem Ende der vierziger bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts stattgefunden hat. Wenn die hier genannten Orte auch oberhalb Schwedt liegen, so ist doch wahrscheinlich, daß, wenn die Beklagten bis zu dem von Frankfurt weit entfernten Schwedt gefischt haben, sie auch dabei über Schwedt hinaus gefischt haben. Dafür spricht folgender Vorgang :

In dem Beweissicherungsverfahren des Amtsgerichts Greifenhagen 4 H 10/14 zwischen den jetzigen Parteien bekundet, der damals 76jährige Ludwig Weger, daß er sich erinnert, daß in seinem 18. oder 19. Lebensjahre ein Frankfurter Fischer mit einem Fischköcher über die lange Brücke bei Stettin gegangen ist und die Stettiner Fischer sich darüber lustig machten. In dem Beweissicherungsverfahren des Amtsgerichts Schwedt 2. H. ¹³ 14. bekundet Georg Hermes, daß die Beklagten in den 80er

und

und 90er Jahren im eigentlichen Oderstrom und in der alten Oder (Crie-
wener Oder) gefischt haben. Daß die Beklagten weniger in die hier
streitigen Gewässer gekommen sind, liegt auf der Hand, da diese von
Frankfurt a/O weit entfernt sind. Wenn daher auch eine Anzahl Zeugen
bekunden, daß sie Frankfurter Fischer nicht in diesen Wässern gesehen
haben, so besagt das gar nichts. Von einer Verjährung der Fischerei
durch Nichtgebrauch kann keine Rede sein.

Die Kläger vertreten weiter die Auffassung, daß durch die Stromregulie-
rungsarbeiten auf Grund des Preussischen Vorflutverbesserungsgesetzes
vom 4. August 1904 der freie Oderstrom in der Ausgestaltung, in der er
zur Zeit der Verleihung der Privilegien vorhanden gewesen sei, nicht
mehr existiere, als solcher vielmehr die Ostoder anzusehen sei, die zu
gewöhnlichen Zeiten das ablaufende Wasser aufnehme und jetzt zugleich
den Schiffahrtsweg auf der Oder bilde, und verlangen die Feststellung,
daß als freier Oderstrom im Sinne der Privilegien der Beklagten nur
die Ostoder in Betracht komme, und daß die Beklagten auf der Westoder
und auf den Armen und Nebengewässern der Ost- und Westoder, sowie auf
den in den Poldern liegenden Gewässern keine Fischereiberechtigung ha-
ben. An sich wird durch derartige Regulierungsarbeiten eine bestehende
Fischereiberechtigung nicht berührt. Vielmehr ergibt sich aus §§ 68 ff
II, 15 All. Landrechts, insbesondere aus § 72, daß die Fischereigerechtig-
keit solange ausgeübt werden darf, als dies tatsächlich möglich ist
(Urteil des Reichsgerichts vom 15. November 1898 V. 205.98. in Sachen Dä-
bener Mulde-Deichverband ca Stadtgemeinde Däben. JW. 1898 S. 687)
Es fragt sich, ob dieser Grundsatz, der für künstliche Veränderungen des
Flussbettes gilt, auch auf den vorliegenden Fall Anwendung^{zu}/finden hat, in
dem den Beklagten nicht die Fischerei auf der Oder schlechthin, sondern
nur die Fischerei auf der freien Oder verliehen ist. Der Senat hat die-
se Frage bejaht. Allerdings hat infolge der Regulierungsarbeiten die
durchfließende Oder, der Schiffahrtsweg, einen ganz anderen Lauf als
früher. Früher teilte sich die Stromoder in der Gegend von Petzig bei
Kilometerstein 682, der eine Arm gelangte durch den jetzigen Criewener
Polder nach der westlichen Teilseite, zwischen Kilometerstein 20 und 21
in den jetzigen Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin und floss bei Criewen
vorbei, zweigte bei Kilometerstein 22 wieder aus dem Großschiffahrtsweg

ab

ab und gelangte im Bogen durch den Saathener Graben nach Schwedt; der andere Arm ging zunächst im Strombette der jetzigen Stromoder über Raduhn nach Niedersaathen und vereinigte sich dann durch den Saathener Graben mit dem ersten Arm noch oberhalb Schwedt. Von Schwedt aus floss die alte Stromoder im Grossschiffahrtsweg durch den jetzt ausgebauten Fiddle-Durchstich über Kilometerstein 29 und 30 bis Kilometerstein 31 und von da durch das Teil und den Scheller Graben auf die Ostseite des Tals nach Nipperwiese und erreichte das jetzige Oderstrombett bei Kilometerstein 697, verfolgte dies über Fiddichow über das Marienhofer Wehr hinaus bis Kilometerstein 705, bog hier wieder von der jetzigen Stromoder ab und floss durch die Scholwer Grube nach der westlichen Teilseite zum jetzigen Großschiffahrtsweg, den sie bei der jetzigen Kahnschleuse bei E der Karte erreichte und von da im Flussbett des Großschiffahrtsweges weiter über Gartz, Niedersahden, Curow nach Stettin (Kilometerstein 43 bis 73). Die jetzige Stromoder dagegen fließt von Petzig bei Kilometerstein 680 über Raduhn nach Niedersaathen, von da zwischen Kilometerstein 687 und 697 in dem ausgebauten Flussbette der Meglitze bis Nipperwiese, dann im alten Stromoderbette an Fiddichow vorbei bis Kilometerstein 705, alsdann durch den Marwitzer Durchstich bis Kilometerstein 717 und von da im ausgebauten Flussbett der Gelitz bei Greifenhagen vorbei hinter Kilometerstein 758 in den Dammschen See ostwärts von Stettin. Die Übergänge von der jetzigen Stromoder zur alten Stromoder nach dem Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin zu sind bei Kilometerstein 682 (bei Petzig, 687 bei Niedersaathen, 697 bei Nipperwiese, 704 Marienhöfer Wehrn unterhalb Fiddichow) und 705 teils abgedämmt, teils durch Wehre gesperrt, so daß eine Schifffahrt nach der Westoder zu nicht mehr stattfindet. Geht man aber von dem Grundsatz aus, daß durch künstliche Anlagen eine Fischereiberechtigung nicht untergeht, so steht dem nichts entgegen, daß die Beklagten nach wie vor auf dem alten Strome die Fischerei nach wie vor ausüben dürfen. Auf diesem ist ihnen die Fischereiberechtigung durch die alten Privilegien verliehen worden und es ist nicht anständig, daß die Kläger diesen Privilegien jetzt die Auslegung geben wollen, daß die Beklagten sich auf die neu angelegte

Stromoder

Stromoder, die sich als ein ganz anderer Strom darstellt als der, auf dem die Fischerei seiner Zeit den Beklagten verliehen worden ist, beschränken müßten. Dazu kommt, daß, soweit die Alt-Oder in den Großschiffahrtsweg übergegangen ist, nach wie vor ein freier Oderstrom vorhanden ist, so daß es sich höchstens darum handeln könnte, ob den Beklagten die Fischerei auf den früheren Verbindungen, die jetzt nicht mehr als freier Oderstrom angesehen werden können, zu untersagen ist. Das ist aber ebenfalls abzulehnen, weil die Beklagten dadurch, daß diese Strecken durch künstliche Anlagen den Charakter als freier Strom verloren haben, nicht ihres Rechtes verloren gehen können. Ist hiervon auszugehen, so steht den Beklagten die Fischerei in dem ihnen durch die Privilegien verliehenen Umfange zu. Sie sind berechtigt, auf dem freien Oderstrom, wie er früher verlaufen ist, die Fischerei auszuüben. Ihre Fischereigerechtigkeit beschränkte sich aber auf den freien Oderstrom. In Seen und Laken waren sie nach den vorgelegten Urkunden nicht berechtigt zu fischen. Die Fischerei in den Nebengewässern der Oder steht ihnen nicht zu. ~~xxxxxxx~~ Das ergibt sich schon daraus, daß sie ihnen nur in der freien Oder verliehen worden ist. Danach ist ihnen die Fischerei in den Poldergewässern, soweit sie sich jetzt im Laufe der früheren Stromoder befinden, zu untersagen.

Was im einzelnen den in der Berufungsinanz gestellten Antrag der Kläger anlangt, so haben die Beklagten anerkannt, und sind auf Antrag der Kläger durch Anerkenntnisurteil vom 5. Juni 1928 bereits verurteilt worden, anzuerkennen, daß sie nicht berechtigt sind, die Fischerei auszuüben :

- a) auf dem Kanal von Hohensaathen bis zur Verbindung zwischen der jetzigen Stromoder und dem Kanal zwischen Kilometerstein 20 und 21 südwestlich Criewen,
- b) auf dem Kanal zwischen Criewen und Schwedt von Kilometerstein 21 bis Kilometerstein 27,
- c) auf den Verbindungsgewässern zwischen Stromoder und dem Kanal bei Stützkow.

Von der Stelle an, wo der Criewener Polder in seiner früheren Gestalt zwischen

zwischen Kilometerstein 20 und 21 in den jetzigen Großschiffahrtskanal gelangte bis zum Kilometerstein 22, wo die frühere Oder wieder aus dem jetzigen Großschiffahrtskanal in nordwestlicher Richtung abzweigte, sind die Beklagten fischereiberechtigt, weil dieser Teil des Großschiffahrtsweges von der früheren Oder durchflossen wurde. Auf der Strecke Kilometerstein 22 bis Kilometerstein 27 des Großschiffahrtsweges sind die Beklagten nicht fischereiberechtigt, haben das auch in dem Termin zur Einnahme des richterlichen Augenscheins am 16. Juni 1927 angegeben, ohne allerdings ein prozessuales Anerkenntnis in dieser Beziehung abzugeben. Die Kläger behaupten aber selbst nicht, daß die Beklagten auf dieser Strecke jemals gefischt haben, haben deshalb auch kein rechtliches Interesse an der alsbaldigen Feststellung der Nichtberechtigung der Beklagten auf dieser Strecke. Auf der Strecke des Großschiffahrtsweges von Kilometerstein 27 bis Kilometerstein 31 floss die frühere Oder im Bette des jetzigen Großschiffahrtskanals. Auf ihr sind die Beklagten fischereiberechtigt. Die Strecke von Kilometerstein 31 bis zur Kahnschleuse bei Kilometerstein 39,2 Kilometer oberhalb Friedrichsthal haben die Beklagten niemals gefischt. Sie ist ein neu von der Strombauverwaltung angelegter Kanal. Die Kläger haben auch nicht behauptet, daß die Beklagten jemals dort die Fischerei ausgeübt haben. Bezüglich dieser Strecke ist deshalb das Feststellungsinteresse der Kläger zu verneinen. Dagegen haben die Beklagten in ihren Schriftsätzen die Fischerei im Welsensee und in dem Ausfluss der Welse und deren Mündung in die frühere Oder in Anspruch genommen und die Welse als einen Nebenarm der Oder bezeichnet. Zur Fischerei auf diesen Strecken sind die Beklagten aber nach den ihnen erteilten Privilegien, die ihnen nur die Fischerei auf der freien Oder zugestehen, nicht auf Nebengewässern, nicht berechtigt. Sie sind deshalb insoweit zur Unterlassung der Fischerei zu verurteilen. Es handelt sich hierbei um die Strecke von Kilometerstein 39 des jetzigen Großschiffahrtsweges bis zur Einmündung der Welse in die frühere Oder bei der Kahnschleuse bei Kilometerstein 42 bei Friedrichsthal (Punkt E der Messtischblattkarte). Von dieser Kahnschleuse an bis Stettin verläuft der Großschiffahrtsweg bis Stettin im Flussbett der früheren Oder, in der die Beklagten

fischerei-

fischereiberechtigt sind. In dem Marwitzer Durchstich von Kilometerstein 687 bis Kilometerstein 697 der jetzigen Stromoder von Niedersaathen bis Nipperwiese und in der jetzigen Stromoder von Kilometerstein 705 bis zum Dammschen See, haben die Beklagten niemals gefischt; die Kläger haben das auch nicht behauptet. Hier ist deshalb das Feststellungsinteresse der Kläger zu verneinen. Die Strecke zwischen Kilometerstein 697 und 705 ist Teil der früheren Oder. Hier sind die Beklagten fischereiberechtigt. Wenn die Beklagten einen Teil, der Ansprüche der Kläger bezüglich Strecken in denen sie ebenfalls nicht gefischt haben und bezüglich deren die Kläger das auch nicht behauptet haben, also an sich auch das Feststellungsinteresse zu verneinen gewesen wäre, anerkannt haben, einen anderen Teil, bei dem die Sachlage die gleiche ist, nicht, so kann ihnen das nicht zum Nachteile gereichen, da sie zu einem Anerkenntnis nicht verpflichtet waren. Sie haben es nicht getan, weil sie der Ansicht waren, daß sie für den Fall, daß die Fischerei nicht, wie geschehen, auf den bezeichneten Strecken anerkannt würde, sie sich offen halten wollten, die Fischerei auf der jetzigen Stromoder als Ersatz für die verlorenen Stromteile zu beanspruchen und sie sich dieses Rechts nicht durch eine vorzeitiges Anerkenntnis begeben konnten. Von den Teilen, auf denen die Fischerei den Beklagten untersagt wird, haben die Beklagten noch behauptet, daß sie eine durch Ersitzung erworbene Fischereiberechtigung in Anspruch nehmen, ohne in dieser Richtung ihre Behauptungen im einzelnen zu substantiieren. Das Gericht hat aber keinen Anlass gesehen, in dieser Richtung das richterliche Fragerecht auszuüben, weil der Ersitzungseinwand von vornherein deswegen unbegründet ist, weil die Beklagten bei Ausübung der Fischerei auf diesen Gewässern nicht in gutem Glauben gewesen sein können. Die Privilegien waren ihnen bekannt und ergeben ganz unzweideutig, daß sie nur in der freien Oder, nicht in Nebengewässern fischereiberechtigt sind. Die Kostenentscheidung beruht auf § 92 ZPO. Dabei treffen die Beklagten Kosten nicht, soweit sie den Anspruch der Kläger anerkannt haben, da sie insoweit keinen Anlass zur Klage gegeben haben. Nach § 708² ZPO. ist das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären. Nach § 713 ZPO. ist den Parteien nachzulassen, die Zwangsvollstreckung durch Sicherheitsleistung abzuwenden.

gez: David

gez: Thusius

gez: Basch

Ausgefertigt

Ausgefertigt

Berlin, den 13. November 1928

(LS.) Unterschrift, Angestellter

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Landgerichts

Vorstehende Ausfertigung wird heute den Prozessbevollmächtigten
der Beklagten, Rechtsanwälte Gb. Justizrat Fuchs und Justizrat Koch
in Berlin W.35, Potsdamerstr. 117 zugestellt.

Berlin, den 15. November 1928

Hasse

Rechtsanwalt. H.

2. U. 7

Ver
am 30. 11.
gez. Ke
stei
als Urku
der Ges

2.U.7215/26

Verkündet
am 30. Oktober 1928
gez. Kellner, Ange-
stellter
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

Im Namen des Volkes!

In Sachen des Deutschen Reiches und des Preussischen
Staates,

beide vertreten durch den Oberpräsidenten in Stettin,

Kläger und Berufungskläger,

Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Hasse in Berlin W 8,
Französischestraße 7,

gegen

1. die Fischerinnung der Gubener Vorstadt in Frankfurt a/O.,
vertreten durch ihren Vorstand, Altmeister Hermann
Schulze, Nebenalmeister Gustav Schwarz und Schrift-
führer Hermann Wilke, daselbst,

2. die Fischerinnung der Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/O.
vertreten durch ihren Vorstand, Altmeister Richard
Schade, Nebenalmeister Otto Kalisch und Schriftführer
Stiegfried Krummann, daselbst,

Beklagten und Berufungsbeklagten,

Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Geheimer Justizrat
Fuchs und Justizrat Koch, in Berlin W 35, Potsdamerstr. 117,
hat der 2. Zivilsenat des Kammergerichts in Berlin
auf die mündliche Verhandlung vom 25. September 1928
unter Mitwirkung des Vicepräsidenten Dr. David, des Kammer-
gerichtsrats Geheimen Justizrats Thustus und des Landge-
richtsrats Basch für Recht erkannt:

das am 11. Mai 1926 verkündete Urteil der 3. Zivilkammer des Landgerichts in Frankfurt a.O. wird abgeändert:

Die Beklagten werden verurteilt, soweit sie nicht bereits durch das Anerkenntnisurteil des erkennenden Senats vom 5. Juni 1928 verurteilt sind, die Fischerei bei Vermeidung fiskalischer Strafen bis zu 300 Reichsmark für jeden Zuwiderhandlungsfall zu unterlassen:

- a. auf dem Großschifffahrtswege Berlin-Stettin von Kilometerstein 39 bis zur Mündung der Welse bei der Kahnschleuse bei Friedrichsthal bei Kilometerstein 42,
- b. auf den Poldergewässern, Nebenarmen, Seen, Laken der Oder von Hohensaathen bis Stettin, insbesondere im Welsensee, der Kreuzfahrt, soweit diese Gewässer sich nicht im Flußbette der früheren Stromoder von Hohensaathen abwärts bis Peetzig, von da über den Crielwener Polder nach der westlichen Talseite zum Großschifffahrtsweg Berlin-Stettin zwischen Kilometerstein 20 und 21 bei Crielwen vorbei, von Kilometerstein 22 im Bogen durch den Saathener Graben nach Schwedt bezw. an Raduhn vorbei nach Niedersaathen nach Schwedt, dann durch den Fiddedurchstich bis Kilometerstein 31, alsdann durch das Tal und den Schellergraben nach Nipperwiese, im jetzigen Oderstrombett von Kilometerstein 697 bis Kilometerstein 705, alsdann westlich durch das Tal und die Scholwer Grube zur Kahnschleuse bei Kilometerstein 42 bei Friedrichsthal und von dort im Großschifffahrtsweg bis Stettin befinden.

Im übrigen wird die Klage abgewiesen. Die Kosten des Rechtsstreits werden den Klägern zu 9/10, den Beklagten zu

zu 1/10 auferlegt.

Das Urteil ~~st~~vorläufig vollstreckbar.

Den Beklagten wird nachgelassen, die Zwangsvollstreckung durch Hinterlegung von 4000 Reichsmark abzuwenden, den Klägern, sie durch Hinterlegung von 1000 Reichsmark abzuwenden.

T_a_t_b_e_s_t_a_n_d: -

Den beiden beklagten Innungen sind durch alte Privilegien Korporationsrechte und die Fischerei auf der freien Oder von Fürstenberg i/M bis Stettin verliehen. Auf Grund des Preussischen Vorflutverbesserungsgesetzes vom 4. August 1904 fand eine erhebliche Umgestaltung des Oderlaufs von Niedersaathen abwärts statt.

Die Kläger behaupten, da durch die Privilegien den Beklagten die Befischung der "Seen und Laken" untersagt und auch die "Ausgänge" von der Befischung ausgeschlossen seien, seien die Beklagten nicht mehr berechtigt, in der Welse bei Friedrichsthal und in dem Kreuzfahrkanal bei der Scholwer Grube zu fischen, da diese nicht mehr als freier Oderstrom in Betracht kämen; die Welse, schon durch ihren besonderen Namen als nicht zum freien Oderstrom gehörend erkennbar, sei in die künstliche Wasserstrasse Schwedt-Friedrichsthal aufgegangen und ausgebaut, der Kreuzfahrkanal sei seiner Lage nach nicht freier Oderstrom, die Scholwer Grube sei durch Abdämmung von der Oder getrennt, der freie Oderstrom sei in der Ausgestaltung zur Zeit der Verleihung der Privilegien nicht mehr vorhanden, als solcher vielmehr jetzt die Ostoder anzusehen,

sehen, die zu gewöhnlichen Zeiten das ablaufende Wasser aufnehmen und zugleich den Schiffahrtsweg bilden. Während durch diese Umgestaltung des Stromlaufs den Beklagten ein Gebiet genommen worden sei, in dem sie früher hätten fischen dürfen, sei ein anderer Teil von ihnen freiwillig aufgegeben worden. Etwa seit 1860 hätten die Beklagten die Fischerei nur bis Schwedt und Niedersaathen ausgeübt, unterhalb aber nicht mehr gefischt. Die Oder habe von jeher eine Anzahl von Fischereigezeiten gehabt, in denen verschiedenen Berechtigten die Fischerei zugestanden habe. Wenn also den Beklagten die Fischereiberechtigung bis Stettin verliehen sei, so setze sich das Recht der Beklagten aus soviel Berechtigungen zusammen, als Fischereigezeiten in Betracht kämen. Sie hätten deshalb auch in einzelnen Gebieten ihr Recht durch Nichtausübung verlieren können und tatsächlich verloren. Die Kläger verlangen im vorliegenden Rechtsstreit

1. die Feststellung, daß als freier Oderstrom im Sinne der den Beklagten verliehenen Privilegien nur die Ostoder in Betracht komme und daß die Beklagten auf der Westoder und auf den Arnen und Nebengewässern der Ost- und Westoder sowie auf den in den Poldern liegenden Gewässern keine Fischereiberechtigung haben,
2. die Feststellung, daß das Fischereirecht der Beklagten auf der als freier Oderstrom anzusehenden Oder unterhalb von Niedersaathen durch Verjährung erloschen ist,
3. Verurteilung der Beklagten, sich jeder Ausübung der Fischerei auf den zu 1 genannten Gewässern sowie auf der

der Ostoder unterhalb Niedersaathen durch ihre Mitglieder bei einer Geldstrafe von 1000 Reichsmark für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu enthalten.

Die Beklagten bemängeln die Akziolegitimation der Kläger sowie die genügende Bestimmtheit der Klageanträge, da nicht ersichtlich sei, was die Kläger unter der Bezeichnung Ost- und Westoder verstehen, bestreiten, daß sie seit Jahrzehnten die Fischerei unterhalb Niedersaathen nicht mehr ausgeübt hätten und führen aus, ihre Berechtigung sei eine einheitliche und brauche nicht auf allen Teilen der ihnen zu Gebote stehenden Wasserflächen ausgeübt zu werden. Durch die Umgestaltung der Oder durch künstliche Anlagen könne ihnen nicht ihre Fischereiberechtigung genommen werden. Wenn ihnen das Privileg der Fischerei auf dem freien Oderstrom verliehen sei, so seien sie berechtigt, auf allen seinen Teilen von Ufer zu Ufer und allen Oderarmen zu fischen, soweit sie zum fließenden Strom gehören.

Die 3. Zivilkammer des Landgerichts in Frankfurt a/O. hat durch Urteil vom 11. Mai 1926 die Klage abgewiesen und die Kosten des Rechtsstreits den Klägern auferlegt. Gegen dieses Urteil, auf dessen Inhalt Bezug genommen wird, haben die Kläger Berufung eingelegt und beantragen,

unter Abänderung des angefochtenen Urteils

1. festzustellen, daß die Beklagten keine Fischereiberechtigung haben auf

a. dem Kanal Hohensaathen-Friedrichsthal (km 0 nordöstlich Hohensaathen bis km 40 nordöstlich des Welsensees),

b. dem Gewässer von km 40 nörd-

lich

lich des Helsensees bis km 72, südlich der Insel Piepenwerder bei Stettin,

- c. allen Nebenarmen und Seitengewässern der Oder von km 666 (östlich Hohensaathen) bis km 737 (westlich Finkenwalde), sowie des Großschiffahrtsweges Stettin-Berlin von km 0 (nordöstlich Hohensaathen) bis km 72 (südlich der Insel Piepenwerder),
- d. allen zwischen den zu c genannten Gewässern liegenden Poldergewässern,
- e. der Oder von km 687 (westlich Niedersaathen) abwärts bis km 737 (westlich Finkenwalde),

- 2. festzustellen, daß das Fischereirecht der Beklagten auf der als freier Oderstrom anzusehenden Ostoder unterhalb von Niedersaathen durch Verjährung erloschen ist,
- 3. die Beklagten zu verurteilen, jede Ausübung der Fischerei auf den zu 1 genannten Gewässern durch ihre Mitglieder zur Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Strafe für den Fall der Zuwiderhandlung zu unterlassen,
- 4. den Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen,
- 5. das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Die Beklagten beantragen,

die gegnerische Berufung kostenpflichtig zurückzuweisen, das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären und eventuell ihnen Hinterlegungsbefugnis nachzulassen.

zulassen.

Die Parteien tragen den Inhalt der Schriftsätze vom 24. August, 8. Oktober, 18. November, 3. Dezember 1926, 28. Februar, 17. März, 6. April und 28. April 1927 vor.

Es ist Beweis erhoben worden nach Maßgabe des Beschlusses vom 18. März 1927 durch Einnahme des richterlichen Augenscheins und Vorlegung der in dem Beschlusse bezeichneten Akten und Urkunden, aus denen die aus den Gründen ersichtlichen Feststellungen getroffen und zum Gegenstande der Verhandlung gemacht worden sind. Das Ergebnis der Augenscheinseinnahme ist in dem Protokoll vom 16. Juni 1927 niedergelegt.

Die Parteien haben alsdann die in dem Protokoll vom 16. Juni 1928 enthaltenen Erklärungen abgegeben und über das Ergebnis der Beweisaufnahme nach Maßgabe der Schriftsätze vom 28. März, 30. April und 4. Juni 1928 verhandelt.

G r ü n d e

Die Aktiolegitimation des Deutschen Reiches sowohl wie des Preussischen Staates ist gegeben. Nach §§ 38 ff. II, 15 des Preuss. All. Landrechts stehen in den von Natur schiffbaren Strömen, zu denen auch die Oder gehört, dem Staate deren Nutzungen als Regal zu. Nach dem durch das Preussische Gesetz vom 26. September 1921 (Ges. Samml. S. 519 ff.) genehmigten Staatsvertrage betreffend den Übergang der Wasserstrassen von den Ländern auf das Reich vom 31. März 1921 sind die in der Anlage aufgeführten Binnenwasserstrassen, darunter die Oder von der Reichsgrenze bis zur Ostsee mit dem Danischen See und Posenwasser

ser

ser und der Hohensaathen-Friedrichsthaler Wasserstrasse seit dem 1. April 1921 in das Eigentum des Reiches übergegangen.

Doch verbleiben nach § 2 b die staatlichen Fischereien an den natürlichen Wasserstraßen, auch an den kanalisierten Strecken natürlicher Wasserstrassen den Ländern, während an den künstlichen Wasserstraßen die Fischerei ebenfalls auf das Reich übergeht. Unberechtigtes Fischen auf diesen Gewässern beeinträchtigt sowohl das Eigentum des Reichs, wie auch die Fischerei der Länder und die des Reichs auf den künstlichen Wasserstrassen. Es unterliegt auch keinem Bedenken, daß die Kläger ein rechtliches Interesse an der Feststellung des Umfanges der von den Beklagten in Anspruch genommenen Fischereiberechtigung und auf Unterlassung der Fischerei haben, soweit sie den Beklagten nicht zusteht. Dieses Interesse ist aber zu verneinen, soweit die Beklagten eine Fischereiberechtigung nicht in Anspruch nehmen und auch sonst zur Klage keine Veranlassung gegeben haben.

< Die beiden beklagten Fischerinnungen, denen nach den von Kurfürsten von Brandenburg bestätigten Innungsartikeln die Rechte einer juristischen Person zustehen, nehmen von Alters her eine Fischereiberechtigung auf der freien Oder von Fürstenberg abwärts bis Stettin als Privileg in Anspruch. Sie können zwar die Privilegien selbst nicht mehr vorlegen. Ihr Bestehen ergibt sich aber aus den in unbestrittener Abschrift vorgelegten Erlassen des Kurfürsten Friedrich III und des Königs Friedrich Wilhelm

helm I von 20. Januar 1696 und 21. Mai 1714 für die Fischerinnung der Gubener Vorstadt und vom 10. Februar und 21. März 1714 für die Fischerinnung der Lebuser Vorstadt. In diesen Urkunden hat der Landesherr die Fischereiberechtigung der Beklagten auf der freien Oder von Fürstenberg bis Stettin anerkannt. Wenn es in diesen Urkunden heißt, daß der Landesherr sich ausdrücklich reserviert, das Privilegium oder Konfirmation nach Befinden und Gelegenheit der Sachen und Zeiten zu ändern und aufzuheben, so ist einmal nicht dargetan, ob dieses Reservat sich auf das Privileg selbst oder nur auf die den Landesherrn damals nur zur Bestätigung vorgelegten Zunft- oder Innungsartikel bezieht, sodann aber ist eine Änderung oder Aufhebung der Privilegien durch die Staatsgewalt bisher nicht erfolgt, so daß die Frage, welche Bedeutung derartige Wendungen in den vorgelegten Urkunden haben und ob auch jetzt noch eine Änderung oder Aufhebung durch die Staatsgewalt erfolgen kann, im vorliegenden Rechtsstreit unerörtert bleiben kann. Darin, daß die vorliegende Klage erhoben und das von den Klägern geltend gemacht worden ist, ist jedenfalls eine Aufhebung nicht zu erblicken. Denn der Oberpräsident der Preussischen Provinz Pommern, der die beiden Kläger im vorliegenden Rechtsstreit vertritt, hat nur die fiskalischen Interessen der Kläger zu vertreten, ist aber nicht berechtigt, ein durch den Landesherrn erteiltes Privileg aufzuheben oder abzuändern.

Die Kläger machen geltend, die Privilegien der beklagten Innungen seien durch Verjährung durch Nichtgebrauch

brauch auf einem großen Teile der hier in Frage kommenden Oderstrecke untergegangen und behaupten, die Beklagten hätten seit Jahrzehnten die Fischerei auf der freien Oder nur bis Schwedt und Niedersaathen ausgeübt und seien unterhalb dieser Orte nicht mehr zur Ausübung der Fischerei erschienen. Daß die Beklagten bis Schwedt und Niedersaathen die Fischerei ausgeübt haben, ist unbestritten, dem Senat auch aus zahlreichen Rechtsstreitigkeiten, die vor ihm geschwebt haben, bekannt. Ihre Privilegien stellen ein einheitliches Recht dar, nicht wie die Kläger behaupten, eine Summe von Einzelberechtigungen, nämlich die Fischereiberechtigung auf der freien Oder von Fürstenberg bis Stettin. Daß auf der Oder daneben eine Reihe von Einzelberechtigungen auf der Oder mit beschränkten Gebieten bestehen, steht der Einheitlichkeit der den Beklagten verliehenen Privilegien, die bei ihrer Beschränkung auf die freie Oder sich sicher nicht mit den daneben bestehenden Berechtigungen decken, nicht entgegen. Liegt aber ein einheitliches Recht vor, so kann eine Verjährung durch Nichtgebrauch erst anfangen, wenn eine Ausübung des Rechtes überhaupt nicht stattgefunden hat (Erkenntnis des Preuss. Obertribunals vom 22. Oktober 1841 Präjudiz No. 1059 Präj. Samml. S. 40 bezüglich der Schäferereigerechtigkeit). Es ist deshalb für das Fortbestehen der Privilegien unerheblich, wenn auf einzelnen Teilen, auf die sich die Fischereigerechtigkeit erstreckt, die Fischerei nicht ausgeübt worden ist, sofern nur eine Ausübung der Fischerei in dem verliehenen Fischereigebiet überhaupt

überhaupt stattgefunden hat. Im übrigen würde, wenn man das nicht annehmen wollte, der Beweis der Nichtausübung innerhalb dreißig Jahren vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches den Klägern obliegen und durch Benennung einiger Zeugen, die das bekunden sollen, nicht zu führen sein, da kein Zeuge bekunden kann, daß während der dreißig Jahre kein Mitglied der beiden beklagten Innungen auf der ca. 45 bzw. 50 Kilometer langen Strecke von Schwedt bzw. Niedersaathen/die Fischerei ausgeübt hat. Im übrigen ergibt auch der Rechtsstreit der Beklagten gegen die Criesener Wassergenossenschaft O⁸⁸/98 des Landgerichts in Prenzlau, dessen Akten vorlagen und aus denen die nachfolgenden Feststellungen getroffen und zum Gegenstand der Verhandlung gemacht worden sind, daß tatsächlich eine Ausübung der Fischerei durch die beiden beklagten Innungen in dem Strömgebiet von Stützkow bis hinter Zülzen stattgefunden hat. Die in diesem Rechtsstreit vernommenen Zeugen Schroback, Wilhelm Schmüdcke, Rantke, Hermann Schwartz, Schultz, Karl Schmüdcke, Karl Schwartz, Benjamin Schwartz, Witte, Seel, Fritsche, Hessner, Lehnpuhl, Pallonske haben auch bekundet, dass in dem in diesem Rechtsstreit im Streit befindlichen Gebiet einer Ausübung der Fischerei durch Mitglieder der Beklagten Innungen seit dem Ende der vierziger bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts stattgefunden hat. Wenn die hier genannten Orte auch oberhalb Schwedt liegen, so ist doch wahrscheinlich, dass, wenn die Beklagten bis zu dem von Frankfurt weit entfernten Schwedt gefischt haben, sie auch dabei über Schwedt hinaus gefischt haben. Dafür spricht folgender Vorgang: In den Beweis-

sicherungs-

sicherungsverfahren des Amtsgerichts Greifenhagen 4.H. 10/14 zwischen den jetzigen Parteien bekundet der damals 76jährige Ludwig Wegener, dass er sich erinnere, dass in seinem 18. oder 19. Lebensjahre ein Frankfurter Fischer mit einem Fischköcher über die lange Brücke bei Stettingen gegangen ist und die Stettiner Fischer sich darüber lustig machten. In dem Beweissicherungsverfahren des Amtsgerichts Schwedt 2. H. ¹³/14 bekundet Georg Hernes, dass die Beklagten in den 80 er und 90 er Jahren in eigentlichen Oderstrom und in der alten Oder (Criesener Oder) gefischt haben. Dass die Beklagten weniger in die hier streitigen Gewässer gekommen sind, liegt auf der Hand, da diese von Frankfurt a/O. weit entfernt sind. Wenn daher auch eine Anzahl Zeugen bekunden, dass sie Frankfurter Fischer nicht in diesen Wässern gesehen haben, so besagt das gar nichts. Von einer Verjährung der Fischerei durch Nichtgebrauch kann keine Rede sein.

Die Kläger vertreten weiter die Auffassung, dass durch die Stromregulierungsarbeiten auf Grund des Preussischen Vorflutverbesserungsgesetzes vom 4. August 1904 der freie Oderstrom in der Ausgestaltung, in der er zur Zeit der Verleihung der Privilegien vorhanden gewesen sei, nicht mehr existiere, als solcher vielmehr die Ostoder anzusehen sei, die zu gewöhnlichen Zeiten das ablaufende Wasser aufnehme und jetzt zugleich den Schiffahrtsweg auf der Oder bilde und verlangen die Feststellung, dass als freier Oderstrom im Sinne der Privilegien der Beklagten nur die Ostoder in Betracht komme und dass die Beklagten auf der Westoder und auf den Armen und Nebengewässern

missern der Ost- und Westoder, sowie auf den in den Poldern liegenden Gewässern keine Fischereiberechtigung haben. An sich wird durch derartige Regulierungsarbeiten eine bestehende Fischereiberechtigung nicht berührt. Vielmehr ergibt sich aus §§ 68 ff II, 15 All.Landrechts, insbesondere aus § 72, dass die Fischereigerechtigkeit solange ausgeübt werden darf, als dies tatsächlich möglich ist (Urteil des Reichsgerichts vom 15. November 1898 V 205/98 in Sachen Dübener Mulde-Deichverband ca. Stadtgemeinde Dübener Jur. Wochenschrift 1898 S. 687). Es fragt sich, ob dieser Grundsatz, der für künstliche Veränderungen des Flussbette gilt, auch auf den vorliegenden Fall Anwendung zu finden hat, in dem den Beklagten nicht die Fischerei auf der Oder schlechthin, sondern nur die Fischerei auf der freien Oder verliehen ist. Der Senat hat diese Frage bejaht. Allerdings hat infolge der Regulierungsarbeiten die durchfließende Oder, der Schifffahrtsweg, einen ganz anderen Lauf als früher. Früher teilte sich die Stromoder in der Gegend von Petzig bei Kilometerstein 682, der eine Arm gelangte durch den jetzigen Criesener Polder nach der westlichen Talsette zwischen Kilometerstein 20 und 21 in den jetzigen Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin und floss bei Criesen vorbei, zweigte bei Kilometerstein 22 wieder aus dem Großschiffahrtsweg ab und gelangte im Bogen durch den Saathener Graben nach Schwedt; der andere Arm ging zunächst im Strombette der jetzigen Stromoder über Raduhn nach Niedersaathen und vereinigte sich dann durch den Saathener Graben mit dem ersten Arm noch oberhalb Schwedt. Von Schwedt aus
floss

floss die alte Stromoder im Großschiffahrtsweg durch den jetzt ausgebauten Fiddle-Durchstich über Kilometerstein 29 und 30 bis Kilometerstein 31 und von da durch das Tal und den Scheller Graben auf die Ostseite des Tals nach "Ipperviese und erreichte das jetzige Oderstrombett bei Kilometerstein 697, verfolgte dies über Fiddichow über das Marienhofer Wehr hinaus bis Kilometerstein 705, bog hier wieder von der jetzigen Stromoder ab und floss durch die Scholler Grube nach der westlichen Talseite zum jetzigen Großschiffahrtsweg, den sie bei der jetzigen Kahnschleuse bei E der Karte erreichte und von da im Flussbett des Großschiffahrtsweges weiter über Gartz, Niedersahden, Curow nach Stettin (Kilometerstein 43 bis 73). Die jetzige Stromoder dagegen fließt von Peitzig bei Kilometerstein 680 über Raduhn nach Niedersaathen, von da zwischen Kilometerstein 687 und 697 in dem ausgebauten Flussbette der Reglitz bis Ipperviese, dann in alten Stromoderbette an Fiddichow vorbei bis Kilometerstein 705, alsdann durch den Marwitzer Durchstich bis Kilometerstein 717 und von da in ausgebauten Flussbett der Reglitz bei Greifenhagen vorbei hinter Kilometerstein 758 in den Dammschen See ostwärts von Stettin. Die Übergänge von der jetzigen Stromoder zur alten Stromoder nach dem Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin zu sind bei Kilometerstein 682 (bei Peitzig), 687 (bei Niedersaathen), 697 (bei Ipperviese), 704 (Marienhofer Wehr unterhalb Fiddichow) und 705 teils abgedämmt, teils durch Wehre gesperrt, so daß eine Schifffahrt nach der Westoder zu nicht mehr stattfindet. Geht man aber von dem Grundsatz aus, daß

durch

durch künstliche Anlagen eine Fischereiberechtigung nicht untergeht, so steht den nichts entgegen, daß die Beklagten nach wie vor auf dem alten Strom die Fischerei ausüben dürfen. Auf diesen ist ihnen die Fischereiberechtigung durch die alten Privilegien verliehen worden, und es ist nicht anständig, daß die Kläger diesen Privilegien jetzt die Auslegung geben wollen, daß die Beklagten sich auf die neu angelegte Stromoder, die sich als ein ganz anderer Strom darstellt als der, auf den die Fischerei seiner Zeit den Beklagten verliehen worden ist, beschränken müßten. Dazu kommt, daß, soweit die Alt-Oder in den Großschiffahrtsweg übergegangen ist, nach wie vor ein freier Oderstrom vorhanden ist, so daß es sich höchstens darum handeln könnte, ob den Beklagten die Fischerei auf den früheren Verbindungen, die jetzt nicht mehr als freier Oderstrom angesehen werden können, zu untersagen ist. Das ist aber ebenfalls abzulehnen, weil die Beklagten dadurch, daß diese Strecken durch künstliche Anlagen den Charakter als freier Strom verloren haben, nicht ihres Rechtes verloren gehen können. Ist hieron auszugehen, so steht den Beklagten die Fischerei in dem ihnen durch die Privilegien verliehenen Umfange zu. Sie sind berechtigt, auf dem freien Oderstrom, wie er früher verlaufen ist, die Fischerei auszuüben. Ihre Fischereigerechtigkeit beschränkte sich aber auf den freien Oderstrom. In Seen und Lücken waren sie nach den vorgelegten Urkunden nicht berechtigt zu fischen. Die Fischerei in den Nebengewässern der Oder steht ihnen nicht zu. Das ergibt sich schon daraus, daß sie ihnen nur in der freien Oder verliehen worden

den ist. Danach ist ihnen die Fischerei in den Földer-
gewässern, soweit sie sich jetzt nicht im Laufe der frü-
heren Stromoder befinden, zu untersagen.

Für in einzelnen den in der Berufungsinstanz ge-
stellten Antrag der Kläger anlangt, so haben die Beklag-
ten anerkannt und sind auf den Antrag der Kläger durch An-
erkennungsurteil vom 5. Juni 1928, bereits verurteilt wor-
den, anzuerkennen, daß sie nicht berechtigt sind, die
Fischerei auszuüben:

- a. auf dem Kanal von Hohensaathen bis zur Verbindung
zwischen der jetzigen Stromoder und dem Kanal zwi-
schen Kilometerstein 20 und 21 südwestlich Criesen,
- b. auf dem Kanal zwischen Criesen und Schwedt von Ki-
lometerstein 21 bis Kilometerstein 27,
- c. auf den Verbindungsgewässern zwischen Stromoder
und dem Kanal bei Stützkow.

Von der Stelle an, wo der Criesener Polle in seiner
früheren Gestalt zwischen Kilometerstein 20 und 21 in
den jetzigen Großschifffahrtskanal gelangte bis zum Ki-
lometerstein 22, wo die frühere Oder wieder aus dem jetzi-
gen Großschifffahrtskanal in nordwestlicher Richtung ab-
zweigte, sind die Beklagten fischereiberechtigt, weil
dieser Teil des Großschifffahrtsweges von der früheren Oder
durchflossen wurde. Auf der Strecke Kilometerstein 22
bis Kilometerstein 27 des Großschifffahrtsweges sind die
Beklagten nicht fischereiberechtigt, haben das auch in den
Termin zur Einnahme des richterlichen Augenscheins am
16. Juni 1927 zugegeben, ohne allerdings ein prozessuales
Anerkennnis in dieser Beziehung abzugeben. Die Kläger
behaupten aber selbst nicht, daß die Beklagten auf die-
ser

ser Strecke jemals gefischt haben, haben deshalb auch kein rechtliches Interesse an der alsbaldigen Feststellung der Nichtberechtigung der Beklagten auf dieser Strecke. Auf der Strecke des Großschiffahrtsweges von Kilometerstein 27 bis Kilometerstein 31 floss die frühere Oder im Bette des jetzigen Großschiffahrtskanals. Auf ihr sind die Beklagten fischereiberechtigt. Die Strecke von Kilometerstein 31 bis zur Kahnschleuse bei Kilometerstein 39, 2 Kilometer oberhalb Friedrichsthal, haben die Beklagten niemals befischt. Sie ist ein neu von der Strombauverwaltung angelegter Kanal. Die Kläger haben auch nicht behauptet, daß die Beklagten jemals dort die Fischerei ausgeübt haben. Bezüglich dieser Strecke ist deshalb das Feststellungsinteresse der Kläger zu verneinen. Dagegen haben die Beklagten in ihren Schriftsätzen die Fischerei im Wellensee und in den Ausfluß der Weise und deren Mündung in die frühere Oder in Anspruch genommen und die Weise als einen Nebenarm der Oder bezeichnet. Zur Fischerei auf diesen Strecken sind die Beklagten aber nach den ihnen erteilten Privilegien, die ihnen nur die Fischerei auf der freien Oder zugestehen, nicht auf Nebengewässern, auch nicht berechtigt. Sie sind deshalb insoweit zur Unterlassung der Fischerei zu verurteilen. Es handelt sich hierbei um die Strecke von Kilometerstein 39 des jetzigen Großschiffahrtsweges bis zur Einmündung der Weise in die frühere Oder bei der Kahnschleuse bei Kilometerstein 42 bei Friedrichsthal (Punkt E der Messtischblattkarte). Von dieser Kahnschleuse an bis Stettin verläuft der Großschiffahrtsweg bis Stettin im Flußbett der früheren Oder, in der die Beklagten

klagten fischereiberechtigt sind. In dem Harwitzer Durchstich von Kilometerstein 687 bis Kilometerstein 697 der jetzigen Stromoder von Niedersaathen bis Hipperweise und in der jetzigen Stromoder von Kilometerstein 705 bis zum Damschen See haben die Beklagten niemals gefischt; die Kläger haben das auch nicht behauptet. Hier ist deshalb das Feststellungsinteresse der Kläger zu verneinen. Die Strecke zwischen Kilometerstein 697 und 705 ist Teil der früheren Oder. Hier sind die Beklagten fischereiberechtigt.

Wenn die Beklagten einen Teil der Ansprüche der Kläger bezüglich Strecken, in denen sie ebenfalls nicht gefischt haben und bezüglich deren die Kläger das auch nicht behauptet haben, also an sich auch das Feststellungsinteresse zu verneinen gewesen wäre, anerkannt haben, einen anderen Teil, bei dem die Sachlage die gleiche ist, nicht, so kann ihnen das nicht zum Nachteil gereichen, da sie zu einem Anerkenntnis nicht verpflichtet waren. Sie haben es nicht getan, weil sie der Ansicht waren, daß sie für den Fall, daß die Fischerei nicht, wie geschehen, auf den bezeichneten Strecken anerkannt würde, sie sich offen halten wollten, die Fischerei auf der jetzigen Stromoder als Ersatz für die verlorenen Stromteile zu beanspruchen und sie sich dieses Rechts nicht durch ein vorzeitiges Anerkenntnis begeben konnten.

Von den Teilen, auf denen die Fischerei den Beklagten untersagt wird, haben die Beklagten noch behauptet, daß sie eine durch Ersitzung erworbene Fischereiberechtigung in Anspruch nehmen, ohne in dieser Richtung ihre Behauptungen im einzelnen zu substantiieren. Das

Gericht

Gericht hat aber keinen Anlaß gesehen, in dieser Richtung das richterliche Fragerecht auszuüben, weil der Ersitzungseinwand von vornherein deswegen unbegründet ist, weil die Beklagten bei Ausübung der Fischerei auf diesen Gewässern nicht in gutem Glauben gewesen sein können. Die Privilegien waren ihnen bekannt und ergeben ganz unzweideutig, daß sie nur in der freien Oder, nicht in Nebengewässern fischereiberechtigt sind.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 92 ZPO.

Dabei treffen die Beklagten Kosten nicht, soweit sie den Anspruch der Kläger anerkannt haben, da sie insoweit keinen Anlaß zur Klage gegeben haben.

Nach § 708² ZPO ist das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären. Nach § 713 ZPO ist den Parteien nachzulassen, die Zwangsvollstreckung durch Sicherstellungsleistung abzuwenden.

gez. David gez. Thustius gez. Basch

Ausgefertigt:

Berlin, den 13. November 1928

L.S. gez. Rotter Angestellter

als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle
des Kammergerichts.

Vorstehende Ausfertigung wird heute den Prozeßbevollmächtigten der Beklagten, Rechtsanwälte Geh. Justizrat Fuchs und Justizrat Koch in Berlin W 35, Potsdamerstraße 117, zugestellt.

Berlin, den 15. November 1928.

gez. Hasse

Rechtsanwalt. N.

101
R. U. 72/5.26

In Namen des Volkes!

Verkündet
am 30. Oktober 1928
gen. Kollner, Ange-
stellter
als Urkundsbeamt
der Geschäftsstelle

15. Nov. 1928

In Sachen des Deutschen Reiches und des preussischen Staates,
beide vertreten durch den Oberpräsidenten in Stettin,

Kläger und Berufungskläger,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Hasse in Berlin W.8,
Friedrichsstraße 7,

gegen

1. die Fischerinnung der Gubener Vorstadt in Frankfurt a/O.,
vertreten durch ihren Vorstand, Altknecht Hermann Schulze,
Hobeknecht Gustav Schwarz und Schriftführer Hermann Wilke,
daselbst,

2. die Fischerinnung der Lebusser Vorstadt in Frankfurt a/O.,
vertreten durch ihren Vorstand, Altknecht Richard Schade,
Hobeknecht Otto Kalisch und Schriftführer Siegfried
Krumm, daselbst,

Beklagte und Berufungsbeklagte

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwälte Geheimen Justizrat Fuchs
und Justizrat Koch, in Berlin W.35, Potsdamerstr. 117,

hat der 2. Zivilsenat des Kammergerichts in Berlin

auf die mündliche Verhandlung vom 25. September 1928

unter Mitwirkung des Vizepräsidenten Dr. David, des Kammer-

gerichtsrats Geheimen Justizrats Thinius und des Landgerichtsrats

rats Basch für Recht erkannt:

das am 11. Mai 1926 verkündete Urteil der 3. Zivilkammer
des Landgerichts in Frankfurt a/O. wird abgeändert:

Die Beklagten werden verurteilt, soweit sie nicht
bereits durch das Anerkenntnisurteil des erkennenden
Senats vom 5. Juni 1926 verurteilt sind, die Fischerei
bei Vermeidung fiskalischer Strafen bis zu 300 Reichs-
mark für jeden Zuwiderhandlungsfall zu unterlassen:

- a. auf dem Grossschiffahrtswege Berlin-Stettin von Kilo-
meterstein 39 bis zur Mündung der Welse bei der
Kahnenschleuse bei Friedrichthal bei Kilometerstein 42,
- b. auf den Poldergewässern, Hebenarmen, Seen, Laken der
Oder von Hohensaaten bis Stettin, insbesondere in
Welfensee, der Kreuzfahrt, [soweit diese Gewässer sich
nicht im Flussbette der früheren Stromader von Hohensaaten
abwärts bis Pötsig, von da über den Briewer
Polder nach der westlichen Talseite zum Gross-
schiffahrtsweg Berlin-Stettin zwischen Kilometerstein
20 und 21 bei Briewen vorbei, von Kilometerstein 22
im Bogen durch den Santhener Graben nach Schwedt bzw.
an Raduhn vorbei nach Niedersaathen nach Schwedt,
dann durch den Fiddedurchstich bis Kilometerstein 31,
alsdann ^{Lück} ~~am~~ das Tal und den Schellergraben nach Hip-
perwiese, im jetzigen Oderstrombett von Kilometerstein
697 bis Kilometerstein 705, alsdann westlich durch das
Tal und die ~~Stiller~~ ^{Scheller} Grube zur Kahnenschleuse bei Kilo-
meterstein 42 bei Friedrichthal und von dort im Gross-

Schiffahrtsweg bis Stettin befinden.

Im übrigen wird die Klage abgewiesen. Die Kosten des Rechtsstreits werden den Klägern zu 9/10, den Beklagten zu 1/10 auferlegt.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Den Beklagten wird nachgelassen, die Zwangsvollstreckung durch Hinterlegung von 4000 Reichsmark abzuwenden, den Klägern, sie durch Hinterlegung von 1000 Reichsmark abzuwenden.

F a t b e s t a n d :

Den beiden beklagten Innungen sind durch alte Privilegien Korporationsrechte und die Fischerei auf der freien Oder von Fürstenberg 1/4 bis Stettin verliehen. Auf Grund des Preussischen Vorflutverbesserungsgesetzes vom 4. August 1904 fand eine erhebliche Umgestaltung des Oderlaufs von Niedersaathen abwärts statt.

Die Kläger behaupten, da durch die Privilegien den Beklagten die Befischung der "Seen und Laken" untersagt und auch die "Ausgänge" von der Befischung ausgeschlossen seien, seien die Beklagten nicht mehr berechtigt, in der Wolse bei Friedrichsthal und in dem Kreuzfahrtskanal bei der ^{Schölwer} ~~Stelwer~~ Grube zu fischen, da diese nicht mehr als freier Oderstrom in Betracht kämen; die Wolse, schon durch ihren besonderen Namen als nicht zum freien Oderstrom gehörend erkennbar, sei in die künstliche Wasserstrasse Schwedt-Friedrichsthal eingegangen und ausgebaut, der Kreuzfahrtskanal sei seiner Lage nach nicht freier Oderstrom, die ^{Schölwer} ~~Stelwer~~ Grube sei durch Abdämmung von der Oder getrennt, der freie Oderstrom sei in der Ausgestaltung zur

Zeit der Verleihung der Privilegien nicht mehr vorhanden, als solcher vielmehr jetzt die Ostoder anzusehen, die zu gewöhnlichen Zeiten das ablaufende Wasser aufnehmen und zugleich den Schiffahrtsweg bilden. Während durch diese Umgestaltung des Stromlaufs den Beklagten ein Gebiet genommen worden sei, in dem sie früher hätten fischen dürfen, sei ein anderer Teil von ihnen freiwillig aufgegeben worden. Etwa seit 1860 hätten die Beklagten die Fischerei nur bis Schwedt und Niedersaathen ausgeübt, unterhalb aber nicht mehr gefischt. Die Oder habe von jeher eine Anzahl von Fischereigebieten gehabt, in denen verschiedenen Berechtigten die Fischerei zugestanden habe. Wenn also den Beklagten die Fischereiberechtigung bis Stettin verliehen sei, so setze sich das Recht der Beklagten aus soviel Berechtigungen zusammen, als Fischereigebiete in Betracht kämen. Sie hätten deshalb auch in einzelnen Gebieten ihr Recht durch Nichtausübung verlieren können und tatsächlich verloren. Die Kläger verlangen im vorliegenden Rechtsstreit

1. die Feststellung, dass als freier Oderstrom im Sinne der den Beklagten verliehenen Privilegien nur die Ostoder in Betracht komme und dass die Beklagten auf der Westoder und auf den Armen und Nebengewässern der Ost- und Westoder sowie auf den in den Poldern liegenden Gewässern keine Fischereiberechtigung haben,
2. die Feststellung, dass das Fischereirecht der Beklagten auf der als freier Oderstrom anzusehenden Oder unterhalb von Niedersaathen durch Verjährung erloschen ist,
3. Verurteilung der Beklagten, sich jeder Ausübung der Fischerei auf den zu 1 genannten Gewässern sowie auf der Ostoder unter-

halb Niedersaathen durch ihre Mitglieder bei einer Geldstrafe von 1000 Reichsmark für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu enthalten. Die Beklagten bemängeln die Aktivlegitimation der Kläger sowie die genügende Bestimmtheit der Klageanträge, da nicht ersichtlich sei, was die Kläger unter der Bezeichnung Ost- und Westoder verstehen, bestreiten, dass sie seit Jahrzehnten die Fischerei unterhalb Niedersaathen nicht mehr ausgeübt hätten und führen aus, ihre Berechtigung sei eine einheitliche und brauche nicht auf allen Teilen der ihnen zu Gebote stehenden Wasserflächen ausgeübt zu werden. Durch die Umgestaltung der Oder durch künstliche Anlagen könne ihnen nicht ihre Fischereiberechtigung genommen werden. Wenn ihnen das Privileg der Fischerei auf dem freien Oderstrom verliehen sei, so seien sie berechtigt, auf allen seinen Teilen von Ufer zu Ufer und allen Oderarmen zu fischen, soweit sie dem fließenden Strom gehören.

Die 3. Zivilkammer des Landgerichts in Frankfurt a/O. hat durch Urteil vom 11. Mai 1926 die Klage abgewiesen und die Kosten des Rechtsstreits den Klägern auferlegt. Gegen dieses Urteil, auf dessen Inhalt Bezug genommen wird, haben die Kläger Berufung eingelegt und beantragen,

unter Abänderung des angefochtenen Urteils

1. festzustellen, dass die Beklagten keine Fischereiberechtigung haben auf
 - a. dem Kanal Hohensaathen-Friedrichsthal (km 0 nordöstlich Hohensaathen bis km 40 nordöstlich des Welsen-sees),
 - b. dem Gewässer von km 40 nördlich des Welsen-sees bis

km 72, südlich der Insel Piepenwerder bei Stettin,

c. allen Nebenarmen und Seitengewässern der Oder von km 666 (östlich Hohensaathen) bis km 737 (westlich Finkenwalde), sowie des Grossschiffahrtsweges Stettin-Berlin von km 0 (nordöstlich Hohensaathen) bis km 72 (südlich der Insel Piepenwerder),

d. allen zwischen den zu c genannten Gewässern liegenden Polabergewässern,

e. der Oder von km 687 (westlich Niedersaathen) abwärts bis km ⁷37 (westlich Finkenwalde),

2. festzustellen, dass das Fischereirecht der Beklagten auf der als freier Oderstrom anzusehenden Ostoder unterhalb von Niedersaathen durch Verjährung erloschen ist,

3. die Beklagten zu verurteilen, jede Ausübung der Fischerei auf den zu 1 genannten Gewässern durch ihre Mitglieder zur Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden *Verurteilung* für den Fall der Zuwiderhandlung zu unterlassen,

4. den Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen,

5. das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Die Beklagten beantragen,

die gegnerische Berufung kostenpflichtig zurückzuweisen, das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären eventuell ihnen Hinterlegungsbezugnis nachzulassen.

Die Parteien tragen den Inhalt der Schriftsätze vom 24. August, 8. Oktober, 18. November, 3. Dezember 1926, 28. Februar, ^{14.} März, 6. April

und 28. April 1927 vor.

Es ist Beweis erhoben worden nach Massgabe des Beschlusses vom 18. März 1927 durch Einnahme des richterlichen Augenscheins und Vorlegung der in dem Beschlusse bezeichneten Akten und Urkunden, aus denen die aus den Gründen ersichtlichen Feststellungen getroffen und zum Gegenstande der Verhandlung gemacht worden sind. Das Ergebnis der Augenscheinseinnahme ist in dem Protokoll vom 16. Juni 1927 niedergelegt.

Die Parteien haben alsdann die in dem Protokoll vom 10. Mai 1928 enthaltenen Erklärungen abgegeben und über das Ergebnis der Beweisaufnahme nach Massgabe der Schriftsätze vom 28. März, 30. April und 4. Juni 1928 verhandelt.

G r ü n d e.

Die Aktivlegitimation des Deutschen Reiches sowohl wie des Preussischen Staates ist gegeben. Nach §§ 38 ff II, 15 des Preuss. All. Landrechts steen in den von Natur schiffbaren Strömen, zu denen auch die Oder gehört, dem Staate deren Nutzungen als Regal zu. Nach dem durch das Preussische Gesetz vom 26. September 1921 (Ges. Samml. S. 519 ff.) genehmigten Staatsvertrage betreffend den Übergang der Wasserstrassen von den Ländern auf das Reich vom 31. März 1921 26. September sind die in der Anlage aufgeführten Binnenwasserstrassen, darunter die Oder von der Reichsgrenze bis zur Ostsee mit dem Dammschen See und Pasenwasser und der Hohensaathen-Friedrichstaler Wasserstrasse seit dem 1. April 1921 in das Eigentum des Reiches übergegangen. Doch verbleiben nach § 2 b die staatlichen Fischereien an den natürlichen Wasserstrassen, auch an den kanalisierten Strecken natürli-

cher Wasserstrassen den Ländern, während an den künstlichen Wasserstrassen die Fischerei ebenfalls auf das Reich übergeht. Unberechtigtes Fischen auf diesen Gewässern beeinträchtigt sowohl das Eigentum des Reichs, wie auch die Fischerei der Länder und die des Reichs auf den künstlichen Wasserstrassen. Es unterliegt auch keinem Bedenken, dass die Kläger ein rechtliches Interesse an der Feststellung des Umfanges der von den Beklagten in Anspruch genommenen Fischereiberechtigung und auf Unterlassung der Fischerei haben, soweit sie den Beklagten nicht zusteht. Dieses Interesse ist aber zu verneinen, soweit die Beklagten eine Fischereiberechtigung nicht in Anspruch nehmen und auch sonst zur Klage keine Veranlassung gegeben haben.

Die beiden beklagten Fischerinnungen, denen nach den vom Kurfürsten von Brandenburg bestätigten Innungsartikeln die Rechte einer juristischen Person zustehen, nehmen von Alters her eine Fischereiberechtigung auf der freien Oder von Fürstenberg abwärts bis Stettin als Privileg in Anspruch. Sie können zwar die Privilegien selbst nicht mehr vorlegen. Ihr Bestehen ergibt sich aber aus den in unbestrittener Abschrift vorgelegten Erlassen des Kurfürsten Friedrich III und des Königs Friedrich Wilhelm I vom 20. Januar 1696 und 21. Mai 1714 für die Fischerinnung der Gubener Vorstadt und vom 10. Februar und 21. März 1714 für die Fischerinnung der Lebuser Vorstadt. In diesen Urkunden hat der Landesherr die Fischereiberechtigung der Beklagten auf der freien Oder von Fürstenberg bis Stettin anerkannt. Wenn es in diesen Urkunden heisst, dass der Landesherr sich ausdrücklich reserviere, dies Privilegium oder Konfirmation nach Befinden und Gelegenheit der Sachen und Zeiten zu ändern und aufzuheben, so ist ein-

mal nicht dargetan, ob dieses Reservat sich auf das Privileg selbst oder nur auf die dem Landesherrn damals nur zur Bestätigung vorgelegten Zunft- oder Innungsartikel bezieht, sodann aber eine Änderung oder Aufhebung der Privilegien durch die Staatsgewalt bisher nicht erfolgt, so dass die Frage, welche Bedeutung derartige Wendungen in den vorgelegten Urkunden haben und ob auch jetzt noch eine Änderung oder Aufhebung durch die Staatsgewalt erfolgen kann, im vorliegenden Rechtsstreit unerörtert bleiben kann. Darin, dass die vorliegende Klage erhoben worden ist, ist jedenfalls eine Aufhebung nicht zu erblicken. Denn der Oberpräsident der Preussischen Provinz Pommern, der die beiden Kläger im vorliegenden Rechtsstreit vertritt, hat nur die fiskalischen Interessen der Kläger zu vertreten, ist aber nicht berechtigt, ein durch den Landesherrn erteiltes Privileg aufzuheben oder abzumindern.

Die Kläger machen geltend, die Privilegien der beklagten Innungen seien durch Verjährung durch Nichtgebrauch auf einem grossen Teile der hier in Frage kommenden Oderstrecke untergegangen und behaupten, die Beklagten hätten seit Jahrzehnten die Fischerei auf der freien Oder nur bis Schwedt^G und Niedersaathen ausgeübt und seien unterhalb dieser Orte nicht mehr zur Ausübung der Fischerei erschienen. Dass die Beklagten bis Schwedt^G und Niedersaathen die Fischerei ausgeübt haben, ist unbestritten, dem Senat auch aus zahlreichen Rechtsstreitigkeiten, die vor ihm geschwebt haben bekannt. Ihre Privilegien stellen ein einheitliches Recht dar, nicht wie die Kläger behaupten, eine Summe von Einzelberechtigungen, nämlich die Fischereiberechtigung auf der freien Oder von Fürstenberg bis Stettin.

tin. Dass auf der Oder daneben eine Reihe von Einzelberechtigungen auf der Oder mit beschränkten Gebieten bestehen, steht der Einheitlichkeit der den Beklagten verliehenen Privilegien, die bei ihrer Beschränkung auf die freie Oder sich sicher nicht mit den daneben bestehenden Berechtigungen decken, nicht entgegen. Liegt aber ein einheitliches Recht vor, so kann eine Verjährung durch Nichtgebrauch erst anfangen, wenn eine Ausübung des Rechts überhaupt nicht stattgefunden hat (Erkenntnis des Preuss. Obertribunals vom 22. Oktober 1841 Präjudiz No. 1059 Präj. Samml. S. 40 bezüglich der Schiffsreigerechtigkeit). Es ist deshalb für das Fortbestehen der Privilegien unerheblich, wenn auf einzelnen Teilen, auf die sich die Fischereigerechtigkeit erstreckt, die Fischerei nicht ausgeübt worden ist, sofern nur eine Ausübung der Fischerei in dem verliehenen Fischereigebiet überhaupt stattgefunden hat. Im übrigen würde auch, wenn man das nicht annehmen wollte, der Beweis der Nichtausübung innerhalb dreissig Jahren vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs den Klägern obliegen und durch Benennung einiger Zeugen, die das bekunden sollen, nicht zu führen sein, da kein Zeuge bekunden kann, dass während der dreissig Jahre kein Mitglied der beiden beklagten Innungen auf der ca 45 bzw. 50 Kilometer langen Strecke von Schwedt ~~bis~~ bzw. Niedersaathen die Fischerei ausgeübt hat. Im übrigen ergibt auch der Rechtsstreit der Beklagten gegen die Criewener Wassergenossenschaft O^{88/98} des Landgerichts in Prenslau, dessen Akten vorlagen und aus denen die nachfolgenden Feststellungen getroffen und zum Gegenstand der Verhandlung gemacht worden sind, dass tatsächlich eine Ausübung der Fischerei ^{hier} auch die beiden be-

Fritz Koss.

Klagten Innungen in dem Stromgebiet von ~~Stettin~~ bis hinter Zülzen stattgefunden hat. Die in diesem Rechtsstreit vernommenen Zeugen Schrobach, Wilhelm Schmiedicke, Ramcke, Hermann Schwartz, Schultze, Karl Schmaedicke, Karl Schwartz, Benjamin Schwartz, Witte, Seel, Fritsche, Hessner, Lehmppfahl, Pallancke haben auch bekundet, dass in dem in diesem Rechtsstreit im Streit befindlichen Gebiet einer Ausübung der Fischerei durch Mitglieder der Beklagten Innungen seit dem Ende der vierziger bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts stattgefunden hat. Wenn die hier genannten Orte auch oberhalb Schwedt liegen, so ist doch wahrscheinlich, dass, wenn die Beklagten bis zudem von Frankfurt weit entfernten Schwedt gefischt haben, sie auch dabei über Schwedt hinaus gefischt haben. Dafür spricht folgender Vorgang: In dem Beweissicherungsverfahren des Amtsgerichts Greifenhagen 4 H 10/14 zwischen den jetzigen Parteien bekundet, der damals 76 jährige Ludwig Wegener, dass er sich erinnere, dass in seinem 18. oder 19. Lebensjahre ein Frankfurter Fischer mit einem Fischküscher über die lange Brücke bei Stettin gegangen ist und die Stettiner Fischer sich darüber lustig machten. In dem Beweissicherungsverfahren des Amtsgerichts Schwedt 2 H¹³/14 bekundet Georg Hermes, dass die Beklagten in den 80 er und 90 er Jahren im eigentlichen Oderstrom und in der alten Oder (Griewener Oder) gefischt haben. Dass die Beklagten weniger in die hier streitigen Gewässer gekommen sind, liegt auf der Hand, da diese von Frankfurt a/O. weit entfernt sind. Wenn daher auch eine Anzahl Zeugen bekunden, dass sie Frankfurter Fischer nicht in diesen Wässern gesehen haben, so besagt das gar nichts. Von einer Verjährung der Fischerei durch

Nichtgebrauch kann keine Rede sein.

Die Kläger vertreten weiter die Auffassung, dass durch die Stromregulierungsarbeiten auf Grund des Preussischen Vorflutverbesserungsgesetzes vom 4. August 1904 der freie Oderstrom in der Ausgestaltung, in der er zur Zeit der Verleihung der Privilegien vorhanden gewesen sei, nicht mehr existiere, als solcher vielmehr die Ostoder anzusehen sei, die zu gewöhnlichen Zeiten das ablaufende Wasser aufnehme und jetzt zugleich den Schiffahrtsweg auf der Oder bilde, und verlangen die Feststellung, dass als freier Oderstrom im Sinne der Privilegien der Beklagten nur die Ostoder in Betracht komme und dass die Beklagten auf der Westoder und auf den Armen und Nebengewässern der Ost- und Westoder, sowie auf den in den Poldern liegenden Gewässern keine Fischereiberechtigung haben. An sich wird durch derartige Regulierungsarbeiten eine bestehende Fischereiberechtigung nicht berührt. Vielmehr ergibt sich aus §§ 68 ff II, 15 All. Landrechts, insbesondere aus § 72, dass die Fischereigerechtigkeit solange ausgeübt werden darf, als dies tatsächlich möglich ist (Urteil des Reichsgerichts vom 15. November 1898 V 205/98 in Sachen Dübener Mulde-Deichverband ca. Stadtgemeinde Düben Jur. Wochenschrift 1898 S. 647). Es fragt sich, ob dieser Grundsatz, der ^{hier} künstliche Veränderungen des Flussbetts gilt, auch auf den vorliegenden Fall Anwendung zu finden hat, in dem den Beklagten nicht die Fischerei auf der Oder schlechthin, sondern nur die Fischerei auf der freien Oder verliehen ist. Der Senat hat diese Frage bejaht. Allerdings hat infolge der Regulierungsarbeiten die durchfließende Oder, der Schiffahrtsweg, einen ganz anderen Lauf als früher. Früher teilte sich

die Stromoder in der Gegend von Petzig bei Kilometerstein 682, der eine Arm gelangte durch den jetzigen Criewener Polder nach der westlichen Talseite zwischen Kilometerstein 20 und 21 in den jetzigen Grossschiffahrtsweg Berlin-Stettin und floss bei Criewen vorbei, zweigte bei Kilometerstein 22 wieder aus dem Grossschiffahrtsweg ab und gelangte im Bogen ⁱⁿ auf den Saathener Graben nach Schwedt; der andere Arm ging zunächst in die Strombette der jetzigen Stromoder über Raduhn nach Niedersaathen und vereinigte sich dann durch den Saathener Graben mit dem ersten Arm noch oberhalb Schwedt. Von Schwedt aus floss die alte Stromoder im Grossschiffahrtsweg durch den jetzt ausgebauten Fiddle-Durchstich über Kilometerstein 29 und 30 bis Kilometerstein 31 und von da durch das Tal und den Scheller Graben auf die Ostseite des Tals nach Nipperwiese und erreichte das jetzige Oderstrombett bei Kilometerstein 697, verfolgte dies über Fiddichow über das Marienhofer Wehr hinaus bis Kilometerstein 705, ^{hier} ~~bei~~ wieder von der jetzigen Stromoder ab und floss durch die ⁱⁿ ~~alten~~ Grube nach der westlichen Talseite zum jetzigen Grossschiffahrtsweg, den sie bei der jetzigen Kahnschleuse bei E der Karte erreichte und von da im Flussbett des Grossschiffahrtsweges weiter über Gartz, Niederraden, Curow nach Stettin (Kilometerstein 43 bis 73). Die jetzige Stromoder dagegen fließt von Petzig bei Kilometerstein 680 über Raduhn nach Niedersaathen, von da zwischen Kilometerstein 687 und 697 ⁱⁿ ~~zu~~ dem ausgebauten Flussbette der Reglitze bis Nipperwiese, dann in die alte Stromoderbette an Fiddichow ^{cho} ~~vorbei~~ bis Kilometerstein 705, alsdann durch den Marwitzer Durchstich bis Kilometerstein 717 und von da im ausgebauten Flussbett der Reglitz bei Greifenhagen vorbei hinter Kilometerstein 758 in den Dammschen See ostwärts von Stettin. Die Uebergänge von der jetzigen Stromoder ~~zur~~ zur alten Stromoder nach dem Grossschiffahrtsweg Berlin-Stettin zu sind bei Kilo-

meterstein 682 (bei Petzig), 687 (bei Niedersaathen), 697 (bei Nipperwiese), 704 (Marienhöfer Wehr unterhalb Fiddichow) und 705 teils abgedämmt, teils durch Wehre gesperrt, so dass eine Schifffahrt nach der Westoder zu nicht mehr stattfindet. Geht man aber von dem Grundsatz aus, dass durch künstliche Anlagen eine Fischereiberechtigung nicht untergeht, so steht dem nichts entgegen, dass die Beklagten nach wie vor auf dem alten Strome die Fischerei nach wie vor ausüben dürfen. Auf diesem ist ihnen die Fischereiberechtigung durch die alten Privilegien verliehen worden und es ist nicht angängig, dass die Kläger diesen Privilegien jetzt die Auslegung geben wollen, dass die Beklagten sich auf die neu angelegten Stromoder, die sich als ein ganz anderer Strom darstellt als der, auf dem die Fischerei seiner Zeit den Beklagten verliehen worden ist, beschränken müssten. Dazu kommt, dass, soweit die Alt-Oder in den Grossschifffahrtsweg übergegangen ist, nach wie vor ein freier Oderstrom vorhanden ist, so dass es sich höchstens darum handeln könnte, ob den Beklagten die Fischerei auf den früheren Verbindungen, die jetzt nicht mehr als freier Oderstrom angesehen werden können, zu untersagen ist. Das ist aber ebenfalls abzulehnen, weil die Beklagten dadurch, dass diese Strecken durch künstliche Anlagen den Charakter als freier Strom verloren haben, nicht ihres Rechtes verloren gehen können. Ist hiervon auszugehen, so steht den Beklagten die Fischerei in dem ihnen durch die Privilegien verliehenen Umfange zu. Sie sind berechtigt, auf dem freien Oderstrom, wie er früher verlaufen ist, die Fischerei auszuüben. Ihre Fischereigerechtigkeit beschränkte sich aber auf den freien Oderstrom. In Seen und Laacken waren sie nach den vorgelegten Urkunden nicht berechtigt zu fischen. Die Fischerei in den Nebengewässern der Oder steht ihnen nicht zu. Das ergibt sich schon daraus, dass sie ihnen nur in der freien Oder verliehen worden ist. Demnach ist ihnen die Fischerei in den

Poldergewässern, soweit sie sich jetzt nicht im Laufe der früheren Stromoder befinden, zu untersagen.

Was im einzelnen den in der Berufungsinstanz gestellten Antrag der Kläger anlangt, so haben die Beklagten anerkannt, und sind auf Antrag der Kläger durch Anerkenntnisurteil vom 5. Juni 1928 bereits verurteilt worden, anzuerkennen, dass sie nicht berechtigt sind, die Fischerei auszuüben:

- a. auf dem Kanal von Hohensaathen bis zur Verbindung zwischen der jetzigen Stromoder und dem Kanal zwischen Kilometerstein 20 und 21 südwestlich Criewen,
- b. auf dem Kanal zwischen Criewen und Schwedt von Kilometerstein 21 bis Kilometerstein 27,
- c. auf den Verbindungsgewässern zwischen Stromoder und dem Kanal bei Stützkow. Von der Stelle an, wo der Criewener Polder in seiner früheren Gestalt zwischen Kilometerstein 20 und 21 in den jetzigen Grossschiffahrtskanal gelangte bis zum Kilometerstein 22, wo die frühere Oder wieder aus dem jetzigen Grossschiffahrtskanal in nordwestlicher Richtung abzweigte, sind die Beklagten fischereiberechtigt, weil dieser Teil des Grossschiffahrtsweges von der früheren Oder durchflossen wurde. Auf der Strecke Kilometerstein 22 bis Kilometerstein 27 des Grossschiffahrtsweges sind die Beklagten nicht fischereiberechtigt, haben das auch in dem Termin zur Einnahme des richterlichen Augenscheins am 16. Juni 1927 zugegeben, ohne allerdings ein prozessuales Anerkenntnis in dieser Beziehung abzugeben. Die Kläger behaupten aber selbst nicht, dass die Beklagten auf dieser Strecke jemals gefischt haben, haben deshalb auch kein rechtliches Interesse an der alß baldigen

Feststellung der Nichtberechtigung der Beklagten auf dieser Strecke. Auf der Strecke des Grossschiffahrtsweges von Kilometerstein 27 bis Kilometerstein 31 floss die frühere Oder im Bette des jetzigen Grossschiffahrtskanals. Auf ihr sind die Beklagten fischereiberechtigt. Die Strecke von Kilometerstein 31 bis zur Kahnschleuse bei Kilometerstein 39,2 Kilometer oberhalb Friedrichsthal haben die Beklagten niemals befischt. Sie ist ein neu von der Strombauverwaltung angelegter Kanal. Die Kläger haben auch nicht behauptet, dass die Beklagten jemals dort die Fischerei ausgeübt haben. Bezüglich dieser Strecke ist deshalb das Feststellungsinteresse der Kläger zu verneinen. Dagegen haben die Beklagten in ihren Schriftsätzen die Fischerei im Welsee und in dem Ausfluss der Welse und deren Mündung in die frühere Oder in Anspruch genommen und die Welse als einen Nebenarm der Oder bezeichnet. Zur Fischerei auf diesen Strecken sind die Beklagten aber nach den ihnen erteilten Privilegien, die ihnen nur die Fischerei auf der freien Oder zugestehen, nicht auf Nebengewässern, nicht berechtigt. Sie sind deshalb insoweit zur Unterlassung der Fischerei zu verurteilen. Es handelt sich hierbei um die Strecke von Kilometerstein 39 des jetzigen Grossschiffahrtsweges bis zur Einmündung der Welse in die frühere Oder bei der Kahnschleuse bei Kilometerstein 42 bei Friedrichsthal (Punkt E der Messtischblattkarte). Von dieser Kahnschleuse an bis Stettin verläuft der Grossschiffahrtsweg bis Stettin im Flussbett der früheren Oder, in der die Beklagten fischereiberechtigt sind. In dem Marwitzer Durchstich von Kilometerstein 687 bis Kilometerstein 697 der jetzigen Stromoder von Niedersaathen bis Hipperwiese und in der jetzigen Stromoder von Kilometerstein

705 bis zum Dammschen See haben die Beklagten niemals gefischt; die Kläger haben das auch nicht behauptet. Hier ist deshalb das Feststellungsinteresse der Kläger zu verneinen. Die Strecke zwischen Kilometerstein 697 und 705 ist Teil der früheren Oder. Hier sind die Beklagten fischereiberechtigt.

Wenn die Beklagten einen Teil der Ansprüche der Kläger bezüglich Strecken, in denen sie ebenfalls nicht gefischt haben und bezüglich deren die Kläger das auch nicht behauptet haben, also an sich auch das Feststellungsinteresse zu verneinen gewesen wäre, anerkannt haben, einen anderen Teil, bei dem die Sachlage die gleiche ist, nicht, so kann ihnen das nicht zum Nachteile gereichen, da sie zu einem Anerkenntnis nicht verpflichtet waren. Sie haben es nicht getan, weil sie der Ansicht waren, dass sie für den Fall, dass die Fischerei nicht, wie geschehen, auf den bezeichneten Strecken anerkannt würde, sie sich offen halten wollten, die Fischerei auf der jetzigen Stromoder als Ersatz für die verlorenen Stromteile zu beanspruchen und sie sich dieses Rechts nicht durch ein vorzeitiges Anerkenntnis begeben könnten.

Von den Teilen, auf denen die Fischerei den Beklagten untersagt wird, haben die Beklagten noch behauptet, dass sie eine durch Ersitzung erworbene Fischereiberechtigung in Anspruch nehmen, ohne in dieser Richtung ihre Behauptungen im einzelnen zu substantiieren. Das Gericht hat aber keinen Anlass gesehen, in dieser Richtung das richterliche Fragerecht auszuüben, weil der Ersitzungseinwand von vornherein deswegen unbegründet ist, weil die Beklagten bei Ausübung der Fischerei auf diesen Gewässern nicht in gutem Glauben gewesen sein können. Die Privilegien waren ihnen bekannt und ergeben

ganz unabweisend, dass sie nur in der freien Oder, nicht in Nebengewässern fischereiberechtigt sind.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 92 ZPO. Dabei treffen die Beklagten Kosten nicht, soweit sie den Anspruch der Kläger anerkannt haben, da sie insoweit keinen Anlass zur Klage gegeben haben.

Nach § 708² ZPO ist das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären. Nach § 713 ZPO ist den Parteien nachzulassen, die Zwangsvollstreckung durch Sicherheitsleistung abzuwenden.

gez. David,

gez. Thusius,

gez. Basch.

Ausgefertigt:

Berlin, den 13. November 1928

Rottler, Angewandter

als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle
des Kammergerichts.

Vorstehende Ausfertigung wird heute den Prozessbevollmächtigten der Beklagten, Rechtsanwälte Geh. Justizrat Fuchs und Justizrat Koch in Berlin W.35, Potsdamerstrasse 117 zugestellt.

Berlin, den 15. November 1928.

J. Fuchs
Rechtsanwalt. N.

In vorerwähnter Prozesssache ist innerhalb
der Zeit vom 30. Oktober 1928 bis 15. November 1928
einschließlich eine Rechtsmittelschrift bei dem Reichs-
gericht nicht eingereicht worden.

Leipzig, den 15. Januar 1929.
Geschäftsstelle XII des Reichsgerichts.



Justiz

Es wird hiermit bezeugt, daß das vorstehende Urteil am 16. Januar 1929
die Rechtskraft beschritten hat.

Frankfurt-Oder, den 16.1.29

Mund Justizrat

Urteilsbeamter der Geschäftsstelle
des Landgerichts.

~~Vorstehende Ausfertigung wird dem
B. des Rechts-
anwalts zum Zwecke
der Zwangsvollstreckung erteilt.~~



13 7 773/29

Neu (neue Geb. Iranung)	133.25 RM
Portoauslagen	5.60 RM
Ums. Steuer	7.50 "
Sa:	1007.60 RM
Vorschuss	400.00 "
Rest:	607.60 RMk.

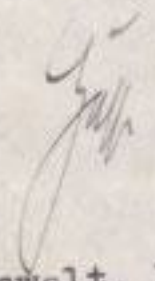
Fuchs I

Geh. Justizrat.

als Verkündungsamt
der Geschäftsstelle
des Kammergerichts.

Vorstehende Ausfertigung wird heute den Prozessbevollmächtigten der Beklagten, Rechtsanwälte Geh. Justizrat Fuchs und Justizrat Koch in Berlin W.35, Potsdamerstrasse 117 zugestellt.

Berlin, den 15. November 1928.


Rechtsanwalt. N.

der R
Koch

Fisc
für

Proze
Verha
Bewe
Weiter

Porto
Ums.S

In Sachen Deutsches gegen Fischerinnungen erschienen heute
beklagtes Fischerinnungen, Herr Obermeister Hermann Schulze

schwarz von hier

hier,

109

Kostenrechnung

der Rechtsanwälte Geh. Justizrat Fuchs I, Justizrat
Koch zu Berlin, Potsdamerstrasse 117
in Sachen

Fischerinnung ./. Deutsches Reich
für die Vertretung der Fischerinnung in II. Inst.

Objekt: 10.000 Mk.

-2.U.7215/26 -

Prozessgebühr	344.50 RM.
Verhandlungsgeb. \ Alte Geb. Ordn.	344.50 "
Beweisgeb.	172.25 RM
Weitere Verhandlungsgeb. 10.5.28 (neue Geb. Ordnung)	133.25 RM
Portoauslagen	5.60 RM
Ums. Steuer	7.50 "

Sa: 1007.60 RM

Vorschuss 400.00 "

Rest: 607.60 RMk.

Fuchs I

Geh. Justizrat.

essbevol
Fuchs ab
gestellt.

In Sachen Deutsches gegen Fischerinnungen erschienen heute
beklagteschen Fischerinnungen, Herr Obermeister Hermann Schulze

Schwarz von hier

hier,

Frankfurt a/O, den 26. November 1928
Fischerstr. 62

140

ts durchge-

Herrn

Geh. Justizrat Fuchs I

zeitig bis

Berlin

jedenfalls

Sehr geehrter Herr Geheimrat !

In Sachen Deutsches Reich habe ich Ihr gefl. Schreiben
vom 15.11.28. erhalten und auch von dem Justizrat Geb-
hardt ein gleiches Schreiben und die Kostenrechnung.
Die Kostenrechnung habe ich schon eingeschickt, soweit
sie noch unbezahlt war.

Das Urteil habe ich im Büro von Justizrat Gebhardt
nicht bekommen können, weil es wieder an die zurückge-
schickt war. Es ist mir aber dort gesagt worden, daß
das Urteil schon am 15.11.28. zugestellt ist, und die
Revisionsfrist also am 15.12.28. abläuft.

Ich bitte um Mitteilung, ob dies stimmt.

Ferner bitte ich um gütige Mitteilung, wie Sie darüber
denken

denken, ob wir uns an einen Rechtsanwalt beim
Reichsgericht wenden sollen zwecks Äusserung, ob
eine Revision aussichtsvoll ist.
Herr Justizrat Gebhardt ist, ebenso wie Sie, gegen
eine Revision.

Wir Obermeister wollen uns den gemeinschaftlichen
Äusserungen von Ihrer Seite und seitens des Betref-
fenden fügen.

Die Innungsversammlungen wollen aber eine Revision
eingelegt sehen. Deshalb wende ich mich nochmals an
Sie und bitte insbesondere um Belehrung, ob die Re-
visionsfrist allemal am 15.12.28. abläuft.

Hochachtungsvoll ergebenst

gez: Hermann Schulze

Obermeister

In Sachen Deutsches gegen Fischerinnungen erschienen heute für die beklagteschen Fischerinnungen, Herr Obermeister Hermann Schulze von hier, sowie ferner die Herren Fischermeister Gustav Schwarz von hier Fischerstr. 61 und Herr Fischermeister Albert Schmädicke hier, Fischerstr. 69.

Mit ihnen wird noch einmal das Urteil des Kammergerichts durchgesprochen. Dieselben erklären :

Es wird keine Revision angemeldet, wenn nicht noch rechtzeitig bis spätestens 12. Dezember 1928 Anweisung eingeht, Revision jedenfalls anmelden zu lassen.

Ffo. 4. 12. 28.

Justizrat W. GEBHARDT
Dr. J. H. GEBHARDT
Rechtsanwälte und Notare

R/S.

Frankfurt a. Oder, den 24. April
Regierungstr. 4a
Telefon 2283

Postscheckkonto: Nr. 27808 Berlin
Bankkonto: Disconto-Gesellschaft Frankfurt a. O.
Rechtsanwälte Gebhardt „Firmenkonto“

Sprechstunden:
Justizrat Gebhardt: Vormittags 10-12 $\frac{1}{2}$ Uhr
Nachmittags 5-7 Uhr außer Sonnabends
Rechtsanwalt Dr. Gebhardt: Nachmittags 4-6 Uhr
außer Sonnabends

An die Fischerinnungen der Lebuser
und der Gubener Vorstadt

Justizrat W. GEBHARDT
Dr. J. H. GEBHARDT S.
Rechtsanwälte und Notare

Frankfurt a. Oder, den 3. Januar 1929
Regierungstr. 4a
Telefon 2283

Postscheckkonto: Nr. 27808 Berlin
Bankkonto: Disconto-Gesellschaft Frankfurt a. O.
Rechtsanwälte Gebhardt „Firmenkonto“

Sprechstunden:
Justizrat Gebhardt: Vormittags 10-12 $\frac{1}{2}$ Uhr
außer Montags und Mittwochs
Nachmittags 5-7 Uhr außer Sonnabends
Rechtsanwalt Dr. Gebhardt: Nachmittags 4-6 Uhr
außer Sonnabends
Im übrigen nach Vereinbarung

Herrn

Altmeister Hermann Schulze

hier

Fischerstrasse 62

In Sachen Dtsch. Reich gegen Fischerinnung

/ senden wir Ihnen ergebenst Abschrift des Beschlusses des Kammer-
gerichts Berlin vom 11.12.28, wonach der Streitwert für beide
Instanzen auf 50.000 RM. festgesetzt ist. Danach erhöhen sich auch
unsere Kosten. Wir bitten um gefl. umgehende Rücksendung des Urteils,
damit wir Rechtskraftattest erwirken, die Kosten festsetzen und
den

Herrn Geheimrat Fuchs schon bezahlt haben, bitten wir um
gefl. umgehende Nachricht, ob wir davon die Kosten an Herrn
Geheimrat Fuchs zunächst bezahlen sollen.

Die

den vom Fiskus zu zahlenden Teil einziehen zu können.

Hochachtungsvoll

Die Rechtsanwältin W. Gebhardt

u. Dr. J. H. Gebhardt

Gebhardt

Justizrat

Justizrat W. GEBHARDT
Dr. J. H. GEBHARDT
Rechtsanwälte und Notare

Postscheckkonto: Nr. 27808 Berlin
Bankkonto: Disconto-Gesellschaft Frankfurt a. O.
Rechtsanwälte Gebhardt „Firmenkonto“

Sprechstunden:
Justizrat Gebhardt: Vormittags 10-12 $\frac{1}{2}$ Uhr
Nachmittags 5-7 Uhr außer Sonnabends
Rechtsanwalt Dr. Gebhardt: Nachmittags 4-6 Uhr
außer Sonnabends

R/S.

Frankfurt a. Oder, den 24. April
Regierungstr. 4a
Telefon 2283

An die Fischerinnungen der Lebuser
und der Gubener Vorstadt

Abschrift

Beschluss

In Sachen Fiskus gegen Fischerinnung wird der Wert des Streit-
gegenstandes für beide Instanzen auf 50.000 RM. festgesetzt.

Berlin W. 57, den 11. Dezember 1928

Elssholzstrasse 32

Kammergericht 2. Zivilsenat

--- --

Herrn Geheimrat Fuchs schon bezahlt haben, bitten wir um
gefl. umgehende Nachricht, ob wir davon die Kosten an Herrn
Geheimrat Fuchs zunächst bezahlen sollen.

Die

Justizrat W. GEBHARDT
Dr. J. H. GEBHARDT
Rechtsanwälte und Notare

R/S.

Frankfurt a. Oder, den 24. April 1929
Regierungstr. 4a
Telefon 2283

Postscheckkonto: Nr. 27808 Berlin
Bankkonto: Disconto-Gesellschaft Frankfurt a. O.
Rechtsanwälte Gebhardt „Firmenkonto“

Sprechstunden:
Justizrat Gebhardt: Vormittags 10-12 $\frac{1}{2}$ Uhr
Nachmittags 5-7 Uhr außer Sonnabends
Rechtsanwalt Dr. Gebhardt: Nachmittags 4-6 Uhr
außer Sonnabends
Im übrigen nach Vereinbarung

An die Fischerinnungen der Lebuser
und der Gubener Vorstadt
zu Händen des Herrn Oberaltmeisters Schulze

hier

Fischerstr. 62

In Sachen mit dem Deutschen Reich sind uns
die von dem Gegner zu erstattenden Kosten mit 4046.78 RM.
bezahlt worden. Sie zahlten uns s. Zt. an Honorar
an Stelle der gesetzlichen Gebühren den Betrag von 1000.--
Dieses Honorar galt natürlich nur für den Fall, dass unsere
uns gesetzmässig zustehenden Gebühren, nicht höher sind.
Unsere Kosten betragen:

Kostenrechnung		
Objekt 50.000 RM.		
1. Prozessgebühr I. Instanz		665.--
2. Verhandlungsgebühr		665.--
3. Kostenfestsetzungsgebühr II. Instanz § 52		864.50
4. Kostenfestsetzungsgebühr		46.50
5. Umsatzsteuer		19.81
6. Porto		6.50
7. Auslagen an Stempel für beglaubigte Abschrift von verschiedenen Schriftstücken am 24.3.26		24.--
	Sa:	2291.31
Wir haben erhalten:		
vom Staat	4046.78	
von den Innungen	1000.--	5046.78
folglich erhalten Sie noch:		2755.47

Da uns nicht bekannt ist, ob Sie die Rechnung des
Herrn Geheimrat Fuchs schon bezahlt haben, bitten wir um
gefl. umgehende Nachricht, ob wir davon die Kosten an Herrn
Geheimrat Fuchs zunächst bezahlen sollen.

Die

Die Urteile in dieser Sache und ein altes Aktenstück
der Fischerinnungen bitten wir bei Gelegenheit in unserem
Büro in Empfang zu nehmen.

Hochachtungsvoll

Die Hochachtungsvoll Justizrat W. Gebhardt
u. Dr. J. H. Gebhardt
durch:

Justizrat
Kraußmüller

De
des W

Fern

G.M.

An d
Fische
zu F
z.Hd.d
Herrn

Der Vorstand
des Wasserbauamts

Küstrin-Nr. den 17. Januar 1931.
Landberger Straße 88

Fernsprecher Nr. 558

G.Nr.

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 11.d.Mts. bitte ich um
möglichst umgehende Mitteilung, ob Ihnen bekannt ist, in
welchem Blatt (Zeitschrift, Mitteilungen für Fischereiver-
eine oder dergleichen) die Reichsgerichtsentscheidung, be-
treffend den Rechtsstreit zwischen Ihrer Innung und dem Reich
enthalten ist, bzw. wo sie als Druckschrift erhältlich ist.

An die
Fischerinnungen

Falls

zu Frankfurt a/O.

z.Hd. des Obermeisters
Herrn Hermann Schulze
Frankfurt a.O.

Die Urteile in dieser Sache und ein altes Aktenstück
der Fischerinnungen bitten wir bei Gelegenheit in unserem
Büro in Empfang zu nehmen.

Hochachtungsvoll

Falls Ihnen dies nicht bekannt ist, Sie aber das fragliche
Urteil in Händen haben, bitte ich um Mitteilung, ob Sie
davon eine Abschrift auf Kosten des Bauamts anfertigen
lassen können.

Ein Freiumschlag liegt zur gefl. Benutzung bei.

J.V.

Hermann

Hermann S.
Obermeister
der Gubener

das
Kam
Zeit

nicht
Rev
tig
Zeit

welc
Händ
um

Hermann Schulze
Obermeister der Fischerinnung
der Gubener Vorstadt

Frankfurt a.O., den 28. Januar 1931
Fischerstr. 62

Einschreiben!

An den
Vorstand
des Wasserbauamtes

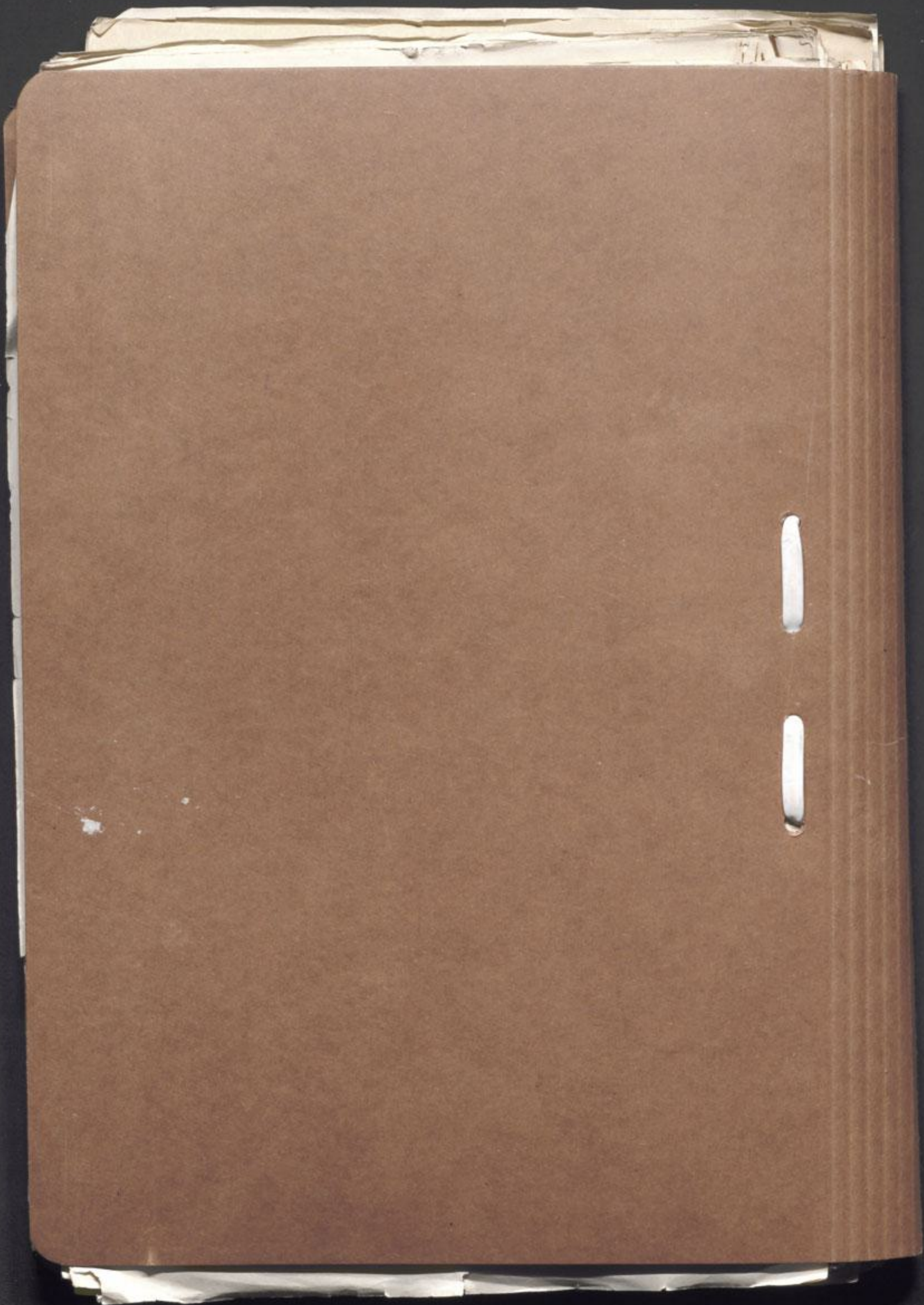
Küstrin N
Landsbergerstr. 88

Auf das Schreiben vom 17. ds. Mts. teile ich ergebenst mit,
daß die in Frage kommenden Urteile, insbesondere das Urteil des
Kammergerichts, bezw. des Reichsgerichts, abgedruckt sind in der
Zeitschrift für Agrar- und Wasserrecht.

Eine Entscheidung des Reichsgerichts als solche kommt gar
nicht in Frage, weil gegen das Urteil des Kammergerichts gar keine
Revision eingelegt ist. Die maßgebenden Ausführungen des rechtskräf-
tig gewordenen Urteils des Kammergerichts sind, wie erwähnt, in der
Zeitschrift für Agrar- und Wasserrecht abgedruckt.

Da ich aber augenblicklich nicht genau angeben kann, in
welchem Jahrgang der Abdruck sich findet, so sende ich zu treuen
Händen eine Abschrift des Urteils des Kammergerichts mit der Bitte
um Rückgabe nach Gebrauch.

Der Obermeister
der Fischerinnung der Gub. Vorstadt



staff_1-313_ba1-tit27-nr234

NEU
START
KULTUR

Partner von



STADTARCHIV FRANKFURT (ODER

